

Das Parlament

Berlin, Dienstag 11. Juni 2019

www.das-parlament.de

69. Jahrgang | Nr. 24-26 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Chef für den Übergang

Rolf Mützenich Er gilt als unpräzise und pragmatisch: Der bisherige SPD-Fraktionsvize Rolf Mützenich ist einer der Interims-Chefs, die die Posten der zurückgetretenen Partei- und Fraktionschefin Andrea Nahles zeitweilig übernommen haben. Der Kölner, der seit 2002 im Bundestag sitzt, ist der dienstälteste der SPD-Fraktionsvizechefs und war deshalb prädestiniert für die Aufgabe des Übergangs-Fraktionschefs. Der 59-jährige Außen- und Sicherheitsexperte will sie nur so lange wie nötig wahrnehmen und muss in den nächsten Wochen die Kandidatenfindung unterstützen. Der promovierte Politologe zählt zum linken Parteiflügel und war schon mit acht bei den Falken und mit 16 bei den Jusos und der SPD. Jetzt muss er die Fraktion durch schwere Zeiten führen: „Ich will mir treu bleiben in meiner Art und Weise, wie ich Politik verstehe.“ kru



ZAHL DER WOCHE

15

Politiker haben die SPD-Bundestagsfraktion seit dem Jahr 1949 geführt. Die nun zurückgetretene Andrea Nahles (2017 bis 2019) war die 14., Rolf Mützenich ist als Interimschef der 15. Fraktionschef. Erster SPD-Fraktionsvorsitzender in der Bundesrepublik Deutschland war Kurt Schumacher von 1949 bis 1952.

ZITAT DER WOCHE

»Bis morgen um 12 Uhr sollten Sie sich entfernt haben.«

Wolfgang Schäuble (CDU), Bundestagspräsident, einen Tag vor der regulären Sitzung zu Jugendlichen, die sich im Plenarsaal auf den Boden legten, um gegen die Klimapolitik zu protestieren

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Kinderrechte Oppositionsvorstoß zur Änderung des Grundgesetzes Seite 6

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Schuldenbremse Abgeordnete debattieren über FDP-Vorstoß Seite 12

KULTUR UND BILDUNG
Wendzeit Deutscher Bundestag erinnert an 30 Jahre friedliche Revolution Seite 13

KEHRSEITE
IPS-Stipendien Hochschulabsolventen trafen sich zum „Länderabend“ Seite 14

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



4 194560 401004

Auf der Kippe

BÜNDNIS Verluste bei der Europawahl und die Krise der SPD bringen die Große Koalition in Not

Es ist ein symbolisches Bild in einer turbulenten Zeit: Eine Handvoll junger Aktivisten nutzte vergangene Woche das Planspiel „Jugend und Parlament“ als Bühne, um auf eine aus ihrer Sicht verfehlte Klimapolitik der Bundesregierung aufmerksam zu machen. Einige entrollten ein Transparent, andere legten sich zu Füßen des Rednerpults auf den Boden und dritte protestierten gegen die Aktion, Wolfgang Schäuble (CDU) aber blieb gelassen. „Bleiben Sie ruhig liegen“, sagte der Bundespräsident offenbar in dem Vertrauen darauf, dass spätestens zum Abschlussfoto alle wieder auf den Beinen sein würden.

Manche werteten die Aktion als Grenzüberschreitung und wiesen darauf hin, dass auch andere Akteure eine Dringlichkeit für ihre ganz anders gelagerten Interessen für sich reklamieren könnten, die es rechtfertigen würde, den Bundestag als Bühne für sich zu nutzen. Für andere fasste der Auftritt zwei Entwicklungen wie unter einem Brennglas zusammen, die das Geschehen im politischen Berlin nach dem europäischen Wahlsonntag Ende Mai so turbulent gemacht haben: Die Klima- und Umweltpolitik, die laut Umfragen für die Deutschen die größte Relevanz bei der Wahlentscheidung noch vor anderen Politikfeldern hatte und bei der die Koalitionsparteien von Union und SPD gerade aus Sicht der Jungwähler bisher offenbar zu wenig geliefert haben. Und zum zweiten der Eindruck, dass die Volksparteien keinen Sinn, kein Ohr für die Sprache dieser Jungwähler haben, für deren Zugang zu Politik und die digitalen Kanäle, über die sich Protest artikuliert. Als in der Woche vor der Europawahl das YouTube-Video des 30-jährigen Rezo aus Aachen mit dem Titel „Die Zerstörung der CDU“ millionenfach angeklickt wurde, in der er Union und SPD vorwarf, in der Klimapolitik zu versagen, entstand rasch der Eindruck, dass es beiden Parteien mit ihren ja nicht unbedeutlichen Apparaten und Kommunikationsmöglichkeiten schwer fiel, eine überzeugende Antwort zu finden.

Brechstange Beide Volksparteien mussten bei dieser Europawahl Federn lassen, insbesondere die SPD, die sich erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik bei einer bundesweiten Wahl hinter CDU und CSU und hinter den Grünen mit dem dritten Rang begnügen musste (die Ergebnisse im Detail auf der Grafikseite 4-5). Um der parteiinternen Kritik zu begegnen, entschied sich die Partei- und Fraktionschefin Andrea Nahles kurz nach der Wahl dafür, in die Offensive zu gehen und schlug vor, die Wahlen zum Fraktionsvorsitz, die eigentlich erst im Herbst anstehen, vorzuziehen. Doch der Plan, im Alleingang eine Entscheidung mit der Brechstange herbeizuführen und die Reihen nochmals hinter sich zu schließen, scheiterte brutal. In einer denkwürdigen SPD-Fraktionsitzung nahmen die Kritiker einen Tag vor Christi Himmelfahrt kein Blatt mehr vor den Mund und gaben ihrer Vorsitzenden zu verstehen, einen Neuanfang ohne sie anzustreben. Wenige Tage später warf Nahles das Handtuch und legte den Partei- und Fraktionsvorsitz und auch ihr Bundestagsmandat nieder, was zu einem mittleren Beben und der bängigen Frage nach dem Fortbestand der Großen Koalition führte. „Die Diskussion in der Fraktion und die vielen Rückmeldungen aus der Partei haben mir gezeigt, dass der zur Ausübung meiner Ämter notwendige Rückhalt nicht mehr da ist“, hieß es in einem Statement Nahles'. Bis zum Parteitag voraussichtlich im Herbst wird die SPD nun von einer Troika aus den beiden Ministerpräsidentinnen Malu Dreyer und Manuela Schwesig und dem hessischen SPD-Landes- und Fraktionschef Thorsten Schäfer-Gümbel geführt. Den Fraktionsvorsitz im Bundestag übernimmt zunächst der Kölner Abgeordnete Rolf Mützenich, der bisher Fraktionsvize war und für die Außen-, Verteidigungs- und Menschenrechtspolitik gesprochen hat.

Von beiden Seiten gab es in der vergangenen Woche Signale, die große Koalition fortführen zu wollen. „An der SPD wird es nicht scheitern“, unterstrich deren Generalsekretär Lars Klingbeil. CDU-Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer sagte: „Wir stehen weiter zur Großen Koalition.“ Sie verwies vergangenen Donnerstag aber auch auf eine andere, weniger beachtete Seite des Ausgangs der Europawahl und warnte davor, dass die Klimadebatte das Zeug dazu habe, die Gesellschaft weiter zu spalten. Bei der Wahl hatten die Grünen mit ihrem klimapolitischen Programmportfolio vor allem im Westen Deutschlands und bei jungen Wählern punkten können. In Ostdeutschland hat hingegen die AfD zugelegt, die aus der vehementen Ablehnung der klimapolitischen Vorstellungen der Grünen und auch der Bundesregierung keinen Hehl macht. Mit Blick auf das Braunkohle- und die Lausitz und mit Blick auf die im September anstehenden Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen stehen Union und SPD vor dem Dilemma, glaubwürdig einen Spagat zwischen Klimaschutz und dem Erhalt von Perspektiven im Osten der Republik hinzubekommen.

Aktuelle Stunde Die Grünen, in den Umfragen derzeit auf Höhenflug, setzten in der vergangenen Woche erneut auf „ihr“ Thema: In einer aktuellen Stunde auf Verlangen seiner Fraktion zur „Haltung der Bundesregierung zu konkreten Maßnahmen für den Klimaschutz, insbesondere CO2-Preis und Kohleausstieg“ warf Oliver Krischer (Grüne) der Bundesregierung Untätigkeit vor. Seit vier Monaten liege das Ergebnis der Kohlekommission auf dem Tisch, dennoch

habe die Regierung immer noch keine Position zum Kohleausstieg. Dies sei „unverantwortlich“. Es brauche Klarheit bei diesem Thema und eine CO2-Bepreisung und klare Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Für die Unionsfraktion betonte Anja Weisgerber (CSU), die Koalition werde ein Klimagesetzpaket vorlegen, das „es so noch nicht“ gegeben habe. Man setze auf „Technologie, Fortschritte und Innovationen“; die Lösung seien „nicht Verbote, sondern Anreize“. Die soziale Marktwirtschaft müsse in eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft umgestaltet werden. Ein Instrument sei die Kohlendioxid-Bepreisung, die für die Verbraucher „kostenneutral“ gestaltet werden müsse. Das System des Emissionshandels funktioniere, die Emissionen würden kontinuierlich sinken. Nationale Alleingänge seien jedoch nicht sinnvoll, daher müsse man auf europäischer Ebene handeln. Die Leitplanken dafür seien gesetzt: So dürfe es keine einseitige Belastungen für die Bürger geben, Arbeitsplätze dürften nicht verloren gehen und die individuelle Mobilität im ländlichen Raum müsse gewährleistet sein. Dirk Spaniel (AfD) sprach hingegen von einer „absurden Klimahysterie“. Deutschland mit seinem im Vergleich niedrigen CO2-Ausstoß könne gegen China, die USA und Russland ohnehin nichts bewirken. Die Rede vom CO2-neutralen Elektroauto sei eine Lüge. „Das Elektroauto ist weder umweltfreundlich noch klimaneutral. 17 Tonnen CO2 werden alleine bei der Produktion einer Batterie erzeugt.“ Man verlagere lediglich den Ausstoß vom Auspuff in die Kraftwerke, und nenne das dann „klimaneutrale Mobilität“, sagte Spaniel. Deutschland müsse

»Die Klimafrage kann zur neuen Spaltungsfrage im Land werden.«

A. Kramp-Karrenbauer, CDU-Vorsitzende



Teilnehmer einer „Fridays for Future“-Demonstration

© picture alliance/Kay Nietfeld/dpa



Hubze 79

EDITORIAL Frage des Anstands

VON JÖRG BIALLAS

Unmittelbar nach der Bremer Bürgerschaftswahl kündigt der unterlegene Amtsinhaber der SPD an, trotz der Schlappe gegen den CDU-Kandidaten die Regierung bilden zu wollen. Nach einem YouTube-Video, in dem zur „Zerstörung“ ihrer Partei aufgerufen wird, regt die CDU-Vorsitzende an, über Regeln im Internet nachzudenken. Sie erntet dafür Empörung sowie den Vorwurf, sie wolle Zensur ausüben. Das schlechte Abschneiden der deutschen Sozialdemokraten bei der Europawahl führt zu einer Personaldebatte in der SPD, bei der die Partei- und Fraktionsvorsitzende im Bundestag sehr persönlich und mit teils unfairen Vorwürfen zur Verantwortung gezogen wird. Ihr folgender Rücktritt von allen Ämtern wird begleitet von Kritik über mangelnde Menschlichkeit in der Politik, die sogar vom politischen Gegner geäußert wird. Diese drei Episoden aus den vergangenen Wochen haben auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun. Und doch eint sie eine Tendenz, die immer öfter zu beobachten ist: Der politische Anstand gerät ins Hintertreffen. Es ist nicht in Ordnung, wenn versucht wird, am Wählerwillen vorbei eine Landesregierung auf den Weg zu bringen. Es ist nicht anständig, eine Debatte über die Frage zu entfachen, ob auch in den digitalen Medien publizistische Regeln einzuhalten sind, natürlich auf Basis der Meinungsfreiheit. Und es ist auch nicht zu viel verlangt, mit politischen Amts- und Mandatsträgern in Stunden der Enttäuschung, ja Verzweiflung anständig umzugehen. Das politische Geschäft ist nichts für empfindliche Menschen. Auf der Bühne der Selbstdarstellung wird ausgeteilt. Und wer nicht in der Lage ist einzustecken, wird dort schnell scheitern. Das war schon immer so. Neu ist, dass die Öffentlichkeit zunehmend unterstellt, die Lösungen gesellschaftlicher Probleme würden in der Politik zuvorderst als Mittel zum Zweck des Machterhalts missbraucht. Dieser Ansatz beschert populistischen Kräften einen Zulauf, der sich von einer verhängnisvollen Mischung aus einfältigen Erklärungen komplizierter Zusammenhänge und Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation nährt. Vielleicht tragen die turbulenten Ereignisse dieser Tage dazu bei, dass bei aller notwendigen Leidenschaft im Ringen um Positionen über Umgangsformen nachgedacht wird. Das wäre sowohl ein Beitrag zur Debattenkultur als auch zur Glaubwürdigkeit von Politik.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

ZEIT FÜR NEUWAHLEN?

Allemaal besser

PRO



Stephan Hebel, freier Journalist

In Deutschland gibt es eine seltsame Idee von Stabilität: Als stabil gilt es, wenn irgendwie regiert wird, und zwar von einer Koalition, die im Bundestag über die absolute Mehrheit verfügt. Nun haben wir bekanntlich eine „große“ Koalition. Aber wer würde behaupten, die Lage sei deshalb stabil? Beide „Partner“, Union und SPD, sind auf der verzweifelten Suche nach Profil. Das ist ihr gutes Recht, sie haben sogar zu lange darauf verzichtet. Aber es geht nur in Abgrenzung zur jeweils anderen Partei, und so tragen sie ihre Erneuerungsdebatten auch in die Regierung. Gemeinsame Ziele gibt es kaum, die Koalition ist faktisch am Ende, also sollte sie auch beendet werden.

Aber was dann? Die SPD könnte die Koalition verlassen, aber einer Minderheitsregierung von CDU und CSU ein fest vereinbartes gemeinsames Vorgehen dort anbieten, wo man sich noch halbwegs einig ist – etwa in der Europapolitik. Bei anderen Themen müsste sich die Union ihre Mehrheiten von Fall zu Fall suchen. Warum ist so etwas eigentlich in Deutschland tabu? Warum sollte es „instabiler“ sein als eine zerstrittene Regierung? Oder aber es gibt eine Neuwahl, und auch die wäre allemal besser als ein streitiges „Weiter so“, das nur die Politikverachtung der ganz Rechten schürt. Warum tun wir eigentlich immer so, als würde das Land nicht regiert, wenn Wahlkampf ist? Das ist, rein faktisch, Unsinn. Und am Ende könnte ein Bundestag stehen, der die Vielfalt der Gesellschaft noch ein Stück besser abbildet als der jetzige. Dann gäbe es zwar vielleicht keine festgefügten Regierungsmehrheiten mehr, aber womöglich eine lebendige Suche nach Lösungen im Parlament. Man könnte auch sagen: eine neue demokratische Stabilität.

CONTRA

Erst arbeiten



Daniel Goffart, »Focus«

Wir haben mit dieser Großen Koalition schon zu viel Zeit verloren. Sie brauchte ein Dreivierteljahr, um ins Amt zu kommen, und redet jetzt schon wieder über ihre Auflösung – zwei Jahre vor dem regulären Ende. Dabei können wir uns keine Bundesregierung leisten, die nicht mehr die Kraft und den Willen zu wichtigen Entscheidungen aufbringt: Rentenreform, Klimaschutz, Energiewende, Steuererleichterung, digitale Infrastruktur, Wohnungsbau – um nur einige zu nennen. Und: Im zweiten Halbjahr 2020 führt Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft. In dieser entscheidenden Phase für Europa ist eine handlungsfähige Bundesregierung unabdingbar. Meine Damen und Herren Abgeordneten, wenn Sie schon vor dem Ende der ersten Halbzeit nicht mehr in der Lage sind zu Kompromissen für weitergehende Projekte, dann arbeiten Sie bitte wenigstens Ihren Koalitionsvertrag sauber ab. Das ist das Mindeste, was die Bürger und Steuerzahler erwarten. Und glauben Sie nicht, dass es nach einer Auflösung des Bundestages und einem erneuten Wahlkampf besser wird. Die Mehrzahl von Ihnen wird bei einer vorgezogenen Neuwahl nicht auf größeren Zuspruch der Wähler hoffen können – im Gegenteil. Und da niemand davon ausgehen kann, dass eine Partei alleine die absolute Mehrheit erreicht, werden Sie wieder in einer Koalition landen, vielleicht sogar mit vier statt wie bisher drei Parteien. Sie werden wieder Kompromisse machen müssen. Nur dass wir dann erneut ein Dreivierteljahr verloren haben. Wir können uns diesen Stillstand nicht leisten. Bitte reißen Sie sich zusammen und führen Sie Ihre Arbeit zu Ende. Ich darf auch keine unfertigen Artikel abgeben. Danke!

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 5. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Roth, Malu Dreyer, eine der drei kommissarischen Vorsitzenden der SPD, sagte zu den Vorgängen um den Rückzug von Andrea Nahles, „das geht gar nicht“. Was genau ging denn nicht? Was viele zu Recht empörte, war der offenkundige Versuch, mit einer Strategie der kleineren und größeren Nadelstiche einen Menschen müde zu machen. Aber leider nicht da, wo sachliche Kritik auch hingehört, in Gremien oder Vier-Augen-Gesprächen. Das war ein über Monate hinweg laufender Prozess, bei dem einige nicht mit offenem Visier gekämpft haben. Denn jemandem direkt seine Kritik ins Gesicht zu sagen, hat eine andere Qualität als hinterwärts geraunte Unterstellungen, begleitet von einer sehr ins Persönliche gehenden öffentlichen Kritik.

Aber wir wissen doch alle, dass politische Ränkespiele oder Intrigen nichts Neues sind. Es waren ja keine Konflikte, die sich an Inhalten festgemacht haben. Mit denen kann man umgehen. Und es kommt für die SPD etwas hinzu, was sie von anderen Parteien unterscheidet. Für eine Partei, für die Solidarität der zentrale Grundwert ist, gilt das Zusammenstehen in schwierigen Zeiten als besonders wichtig. Machtpolitische Spielchen werden bei anderen Parteien eher als Normalität wahrgenommen. In der SPD muss man einen anderen, menschlicheren Umgang erwarten können.

Lässt sich die aktuelle Situation wirklich nur mit dem Abschneiden der SPD der Europawahl begründen? Nein, das schwelt ja schon länger. Die SPD hat in den vergangenen Jahren zu oft den Eindruck erweckt, als würde sie an sich selber leiden. Von anderen bemitleidet zu werden, ist in der Politik schlimm, aber noch schlimmer ist es, sich selbst zu bemitleiden.

Aber es geht doch sicher nicht nur um die Psyche der Partei? Nein. Es geht um gesellschaftliche Umbrüche, dramatische Veränderungen des Wählermilieus. Und es geht um die Große Koalition, die wir zwar durch eine Mitgliederbefragung auf ein breites Legitimationsfundament gestellt haben. Sie wird aber von nicht wenigen als der Hauptgrund für unsere derzeitige Schwäche ausgemacht. Die linke Volkspartei SPD hat es mit grundlegenden Bewährungsproben zu tun und wir wissen alle, dass wir mit den üblichen Mechanismen, mit der üblichen Rhetorik nicht mehr weiter kommen. Aber wir müssen uns dem selbstbewusst stellen.

Was erwarten Sie nun von dem neuen Führungstrio der Partei? Die SPD sucht ihren Platz in diesem tanzenenden Parteiensystem. Da ist es wichtig, dass Reformvorschläge, die in den vergangenen Jahrzehnten aus verschiedenen Gründen von meiner Partei abgelehnt wurden, unvoreingenommen wieder auf den Tisch kommen: Doppelspitze, Unwahl, völlig neue Strukturen. Nötig ist einerseits ein optimistischer, Türen öffnender Aufbruch nach außen. Und wir brauchen Persönlichkeiten, die es schaffen, die Partei im Inneren zu versöhnen.

Die Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg finden schon am 1. September statt. Viel Zeit bleibt nicht. Ich bin erstmal froh darüber, dass wir uns so schnell wieder gefunden haben. Ich hatte mit mehr Durcheinander gerechnet. Wir haben uns sowohl in der Fraktion als auch in der Parteispitze auf vernünftige Strukturen verständigt, um den Übergang zu gestalten. Es gibt ein klares Bekenntnis, dass wir unserer Verantwortung gegenüber Deutschland und Europa gerecht werden, dass die Koalition ihre Hausaufgaben

»Das große Rad«

MICHAEL ROTH Der Europapolitiker fordert von der SPD einen großen Wurf: Mehr Mut zu Grundsatzdebatten könne auch das Profil der Partei schärfen



© Michael Farkas

Der Erneuerungsprozess hat sich in den Augen vieler Bürger viel zu sehr nach innen gerichtet und ist deshalb nicht als Einladung zum Mitmachen verstanden worden. Aber es gibt auch keinen Automatismus: Weder wird man in Regierungsverantwortung automatisch schwächer, noch in der Opposition automatisch stärker. Wir sollten ein entspanntes Verhältnis zu dieser Frage entwickeln. Das haben wir derzeit nicht. Ich halte es nach wie vor für möglich, dass die SPD auch in der Regierungsverantwortung stärker wird, wenn sie ein selbstbewussteres Verhältnis zu dem entwickelt, was sie selbst schon alles erfolgreich auf den Weg gebracht hat.

Der Mindestlohn und die Rente mit 63 sind in der Bevölkerung durchaus beliebte Projekte.

Ja, aber wir müssen deutlich machen, dass wir über unsere Sozialstaatskonzepte hinaus den Anspruch haben, gesellschaftspolitisch, umweltpolitisch, wirtschaftspolitisch und europapolitisch zu gestalten. Die SPD ruht ja nicht nur auf einer Säule, das ist vielleicht in den vergangenen Monaten nicht ausreichend wahrgenommen worden. Wir müssen endlich wieder junge Leute glaubhaft ansprechen.

Nach dem Rücktritt von Andrea Nahles wurde prompt am Fortbestand der Koalition gezweifelt. Für wie wahrscheinlich halten Sie ein vorzeitiges Ende der Großen Koalition?

Die Regierungsarbeit ist derzeit nicht ernsthaft bedroht, weil wir uns mit dem Wiedereintritt in die Große Koalition ja bereits auf eine Überprüfung zur Halbzeit der Wahlperiode verständigt haben. Und die steht auf dem nächsten Parteitag an. Da hat die Partei die Gelegenheit, zu urteilen: Was ist erreicht worden, was eben nicht? Lohnt es sich, das noch einmal zwei Jahre fortzusetzen? Aber man kann nicht einfach, wie in der S-Bahn, ein Ticket ziehen, Eintritt in die Große Koalition, und dann steigt man plötzlich wieder aus. Es gibt dafür verfassungsrechtliche Vorgaben.

Reicht es in der jetzigen Situation, zu betonen, man wolle den Koalitionsvertrag wie versprochen abarbeiten?

Nein. Es gibt ein breites gesellschaftliches Interesse, die großen Fragen der Zeit ohne realpolitische Scheuklappen zu diskutieren. Das finde ich großartig! Und wer, wenn nicht die SPD könnte das? Die SPD war immer in ihrer Geschichte eine Partei der Grundsatzdebatten, wo es ums Eingemachte geht: Die Überwindung des Gegensatzes von Arbeit und Kapital, die Gleichstellung der Geschlechter, der sozialökologische Umbau der Gesellschaft, die Friedenspolitik. Da ist immer das große Rad gedreht worden. Vermutlich haben wir in den vergangenen Jahren den Fehler gemacht, dass wir diese großen Fragen nicht stärker in und mit der Öffentlichkeit diskutiert haben. Viele meinten, wenn wir mit der Union einen geordneten, kleinteiligen Streit in der Sache führen, dann kann das Profil der SPD gestärkt werden. So ist es aber nicht. Denn solch ein Streit wird von vielen als sehr technisch wahrgenommen.

Das Gespräch führte Claudia Heine. ||

Michael Roth sitzt seit 1998 für die SPD im Bundestag. Er war von 2010 bis 2013 Europapolitischer Sprecher seiner Fraktion und ist seit Dezember 2013 Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt.



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Aufsteiger: Paul Ziemiak

Bei allem Frust ließ sich Paul Ziemiak nicht beirren: Die Große Koalition müsse „weitermachen, damit Stabilität auch in Deutschland herrscht“. So fiel seine Reaktion direkt nach der Europa-Wahl aus. Trotz des folgenden Orkans bei der SPD sieht er das immer noch genau so, zumal auch seine Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer versicherte: „Wir stehen weiter zur Großen Koalition.“ Doch Ziemiak blieb merkwürdig still. Der Grund waren zwischenzeitlich eingetretene private Turbulenzen, die ihn im heimischen Sauerland festhielten – durchaus fröhliche Turbulenzen. Ziemiak wurde zum zweiten Mal Vater. Da ging Familie über Politik. „Meine Familie ist mir hoch und heilig“, bekennt er. „Sie ist meine Kraftquelle. Ich will sie aus allem heraushalten.“ So konnte er denn mit gehörigem Abstand zum Berliner Geschehen registrieren, wie Kanzlerin Angela Merkel (CDU) die schwierigen Tage durchlebte. Mit dem nötigen Rüstzeug dafür hatte er sie bereits im Oktober des vergangenen Jahres ausgestattet und ihr beim Deutschlandtag der Jungen Union Wollsocken und Friesenerz überreicht – ausdrücklich „für stürmische Zeiten“. Dass er selbst bereits zwei Monate später in der CDU-Parteizentrale bei unruhiger See mit auf der Kommandobrücke stehen würde, hatte niemand damals ahnen können. Wobei ihm seine Vorsitzende AKK schon mal während seiner familienbedingten Abwesenheit einen wichtigen Stuhl im Steuerhaus reservierte: Volkspartei könne die nur bleiben, wenn sie den Anschluss an die verschiedenen Lebenswirklichkeiten der Menschen wieder zurückgewinnen könne. Die Federführung in diesem Gesamtbereich „Beteiligung“ legte sie in Ziemiaks

Verantwortung. Damit dreht er auch an Stellschrauben für seine eigene Zukunft: Denn dass er noch reichlich mitmischen wird in der Politik, steht außer Frage bei einem, der schon mit 33 Jahren viel erreicht hat. Ohnehin sorgte er früh für entscheidende Weichenstellungen. 2001 trat er in die CDU ein, zwei Jahre zuvor schon in die Junge Union. Seine Frau lernte er mit 18 Jahren kennen. Seine politische Verankerung festigte er 2017, als er über die Landesliste Nordrhein-Westfalen in den Bundestag einzog. Beim Direktmandat für den Wahlkreis Herne/Bochum hatte Michelle Müntefering die Nase vorn. Wobei es zwei Freunde gibt, die sich gewiss gegenseitig auf der Karriereleiter behilflich sind: Ziemiak und Gesundheitsminister Jens Spahn (39). Unter anderem diese Zwei schafften es, auf dem CDU-Parteitag Ende 2016 einen Beschluss gegen die doppelte Staatsbür-

gerschaft durchzusetzen. Zwei Jahre zuvor fand sich in Ziemiaks Bewerbungsrede für den Vorsitz der Jungen Union der Satz: „Wer die Sharia mehr achtet als deutsche Gesetze – da hilft kein Integrationskurs, da hilft Gefängnis.“ Seinen größten Kraftakt schaffte Ziemiak eben bei dieser Bewerbung. In seiner Kampfkandidatur setzte er sich mit 63 Prozent durch. In seiner Rede hatte er auch als „Botschafter der Jungen Union“ propagiert: „Egal, wo du geboren wurdest, egal, ob dein Vater studiert hat oder deine Mutter Hausfrau ist, wenn du hart arbeitest, dann kannst du es schaffen.“ Damit spiegelte er zum Teil auch seinen Werdegang in einer polnischen Aussiedlerfamilie wider: 1988 kam er mit seinem älteren Bruder und seinen Eltern aus Stettin nach Deutschland. Beide waren ausgebildete Ärzte, deren Berufsabschlüsse erst einmal nicht anerkannt wurden. Paul machte Abitur, studierte ohne Abschluss Jura, hernach Unternehmenskommunikation – zumindest bisher ohne Abschluss. Nebenbei arbeitete er als Werkstudent für eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Dass er nun die wesentliche Aufgabe bekam, CDU und Lebenswirklichkeiten zu verzahnen, dürfte ganz im Interesse des Mannes liegen, der als Vornach seiner Jungen Union die Aufgabe zugemessen hatte, die CDU „programmatisch voranzutreiben“. Eine andere seiner Vorgaben könnte sich aber auch gegen ihn, den ehemaligen Vorsitzenden richten. „Stachel im Fleisch“ der CDU soll die Junge Union sein. Das könnte ihn künftig womöglich schmerzhaft piksen.

Frank Ludwig Averdunk ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. C/o
Claas Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), C/o
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezei (pez)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
7. Juni 2019

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhesenstrasse 4–6
64546 Morfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o Intime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detschenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail:
fazit-com@intime-media-services.de

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o Intime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Detschenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Urheberrechtsverletzungen können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Das Wahlergebnis war für viele ein Dämpfer: Für die Populisten, die nicht annähernd so viele Stimmen bekommen haben, wie zuvor von Umfragen prophezeit. Aber auch für Konservative und Sozialdemokraten, die im neuen Europäischen Parlament über zu wenig Stimmen verfügen, um ein Bündnis in der Mitte zu bilden.

© picture-alliance/dpa

Suche nach neuer Balance

EUROPAWAHL Durch die neuen Mehrheitsverhältnisse wird es künftig schwieriger, in der EU Politik zu machen

Am letzten Sonntag im Mai in der EU die Wahllokale schlossen, gab es für die Kandidaten gute und schlechte Nachrichten zugleich. Manfred Weber (CSU) zum Beispiel, Spitzenkandidat der europäischen Christdemokraten (EVP), vernahm am Abend der Europawahl, dass seine Partei die meisten Stimmen in Europa errungen hatte. Gleichzeitig schrumpfte seine Fraktion auf 179 Abgeordnete. Das bedeutet 42 Sitze weniger als bisher – eine deutliche Einbuße (siehe Grafiken auf den Seiten 4 und 5). Entsprechend wenig triumphierend fiel der Auftritt des Niederbayern am Wahlabend in Brüssel aus.

Frans Timmermans, Spitzenkandidat der Sozialdemokraten, erging es nicht viel besser. In seiner Heimat hatte der Niederländer einen Erfolg eingefahren und seine Partei überraschend zur stärksten Kraft gemacht. In der gesamten EU lief es für die Sozialdemokraten dagegen nicht so gut. Im Europäischen Parlament werden sie künftig nur 153 Abgeordnete stellen, 28 weniger als bisher. Auch Timmermans wirkte am Wahlabend nicht wie ein strahlender Sieger. Doch selbst bei jenen, die Zugewinne verbuchen konnten, brach kein offener Jubel aus. Die Grünen wurden zwar erstmals zweitstärkste Kraft und verzeichneten bei der Europawahl 19 zusätzliche Sitze. Doch wenn Großbritannien aus der EU ausscheidet, gehen elf davon wieder verloren. Bei den Liberalen, die durch den Zugang der französischen Bewegung Renaissance von Präsident Emmanuel Macron deutlich an Stärke zugelegt haben, muss sich erst noch erweisen, ob sie ein stabiles Bündnis darstellen.

Ring um Zustimmung Die schlimmste aller Prognosen – massive Zugewinne für Populisten – hat sich nicht bewahrheitet. Doch noch bevor die 751 Abgeordneten die Arbeit in der neuen Legislaturperiode aufnehmen, ist allen klar: Künftig dürfte es deutlich schwieriger sein, Mehrheiten zu finden. Christdemokraten und Sozialdemokraten verfügen nicht mehr über ausreichend Stimmen, um ein Bündnis in der Mitte zu bilden. Thema für Thema werden die europäischen Abgeordneten um Zustimmung ringen müssen. Ohne stabile Mehrheit wird sich die Volksvertretung außerdem schwerer tun, gegenüber den anderen beiden Institutionen im EU-Machtgefüge, Rat und Kommission, selbstbewusst aufzutreten. Vor allem bei der wichtigen Frage über das künftige Spitzenpersonal der EU wird das Europäische Parlament gegenüber den Mitgliedstaaten nur eine Rolle spielen können, wenn sich ausreichend Abgeordnete hinter einen der Spitzenkandidaten stellen.

Eine Nachricht des Wahlabends schien immerhin positiv: Die Wahlbeteiligung, die seit der ersten Direktwahl 1979 gefallen war, lag in der gesamten EU zum ersten Mal seit 1994 wieder bei mehr als 50 Prozent. In Deutschland sprang sie von

48 Prozent bei der letzten Europawahl 2014 auf nunmehr 61 Prozent. Spektakuläre Anstiege verzeichneten Polen, Ungarn und Rumänien.

EU-Ratspräsident Donald Tusk sah dies als Beweis, dass die „EU eine starke pan-europäische Demokratie ist, die von den Bürgern ernst genommen wird.“ Agata Gosztyńska-Jakubowska von der Londoner Denkfabrik Centre for European Reform warnt allerdings vor voreiligen Schlussfolgerungen. Nicht immer sei es bei der Europawahl tatsächlich um Europa gegangen. In Polen etwa habe sich der Wahlkampf fast ausschließlich auf innenpolitische Themen konzentriert. „Die EU sollte über dieses Wahlergebnis nicht in Selbstgefälligkeit ausbrechen“, meint Gosztyńska-Jakubowska.

Wie geht es nun weiter nach dem Umhang, der von manchen – ein wenig melodramatisch – zur Schicksalswahl hochstilisiert worden war? Am 2. Juli werden die Abgeordneten in Straßburg zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammenkommen und ihren neuen Präsidenten wählen. Zuvor müssen sich die Fraktionen formieren und ihre Vorsitzenden bestimmen. Und das ist bei weitem nicht so einfach, wie es klingt.

Die Christdemokraten haben schon in der vergangenen Woche Manfred Weber als Fraktionsvorsitzenden bestätigt. Bei den

Sozialdemokraten möchte der SPD-Abgeordnete Udo Bullmann gerne an der Spitze bleiben. Allerdings stellen die deutschen Sozialdemokraten nicht mehr die stärkste Gruppe der Fraktion und verlieren somit das Vorrecht auf den Vorsitz. Ersten Zugriff haben nun die Spanier, es könnte zu einer Kampfabstimmung kommen.

Ungeklärt ist auch die Führungsrolle bei den Liberalen. Macrons Emissärin Nathalie Loiseau, bisher französische Europa-Ministerin, will den Belgier Guy Verhofstadt ablösen. Der

Selbst bei denen, die Zugewinne verbuchen konnten, brach kein Jubel aus.

Machtkampf klärt sich erst kommende Woche. Offen ist zudem, wie die europakritischen Kräfte sich sortieren werden. Der Anteil der Rechtspopulisten stieg von bisher 21 auf 23 Prozent – weit entfernt von den 33 Prozent, die Meinungsforscher prognostiziert hatten. Wenn es den Rechtspopulisten gelingen sollte, sich künftig stärker zu organisieren, könnte ihr Einfluss dennoch überproportional steigen. Bisher verteilen sich die Rechtspopulisten auf drei Fraktionen. Italiens Vize-Premier Matteo Salvini träumt bereits seit geraumer Zeit von einer „Liga der Ligen“, in der sich populistische Parteien zusammenschließen sollen, um an Gewicht zu gewinnen. Frankreichs Rechtsaußen Marine Le Pen sprach vor der Wahl von einer „Super-Fraktion“, in der sich die Kräfte bündeln.

Die Chancen für eine einzige Gruppe stehen nicht besonders gut“, prognostiziert demgegenüber der frühere Diplomat und EU-Kenner Stefan Lehne von der Denkfabrik Carnegie Europe in Brüssel. Er rechnet mit zwei Fraktionen. Salvini Lega ginge demnach mit dem französischen Rassemblement National (RN), der AfD und anderen zusammen. Weniger extreme Parteien wie die polnische PiS Partei würden sich bei den Europäischen Konservativen und Reformern (EKR) versammeln, in der die PiS bisher schon stärkste Kraft war. Salvini Lega und Le Pens RN haben im Europäischen Parlament bisher Fundamentalopposition betrieben und sich inhaltlich nicht wirklich an den Debatten beteiligt oder Berichte geschrieben. „Wenn die sich erst einmal in die Ausschussarbeit einbringen, dann wird es hässlich“, befürchtet ein hoher EU-Beamter. Doch es muss sich erst zeigen, welche Strategie die neuen Abgeordneten im Alltag verfolgen werden.

Wechselnde Konstellationen Beobachter wie Rosa Balfour vom German Marshall Fund of the United States gehen davon aus, dass die etablierten politischen Parteien weiterhin Mehrheiten bilden werden – in wechselnden Konstellationen. Als Bremser könnten die Populisten agieren, „wenn es ihnen gelingt, die anderen Parteien zu spalten“, sagt Balfour. In der Vergangenheit war dies beim Thema Handel zu beobachten, wo es immer schwieriger wurde, Mehrheiten für Freihandelsabkommen zu finden. Balfour hat in

einer Studie kürzlich untersucht, wie die Rhetorik der Populisten Einzug bei den Mainstream-Parteien gefunden hat, wie der Gegensatz vom „Wir gegen die Anderen“ salonfähig wurde. So wurde das Freihandelsabkommen mit Kanada (Ceta) von etablierten Kräften auf einmal als Deal dargestellt, der den Großkonzernen diene, vor denen die Europäer geschützt werden müssten.

Besonders relevant könnte dieser Aspekt in der Außenpolitik werden. In der kommenden Legislaturperiode wird sich die EU mehr und mehr mit ihrer Rolle auf der Weltbühne beschäftigen müssen, will sie ihre Interessen gegenüber USA und China behaupten. Eine stärkere Rolle für die EU lehnen die Populisten aber allesamt ab.

Doch bevor die frisch- und wiedergewählten Europa-Abgeordneten sich in Brüssel und Straßburg wieder mit Sachthemen beschäftigen, müssen die Spitzenpersonalien geklärt werden – das wohl spannendste politische Thema auf EU-Ebene in diesem Sommer.

Die Konfliktlinien sind bereits deutlich absehbar: Das Europäische Parlament besteht darauf, dass nur einer der Spitzenkandidaten im Herbst die Nachfolge von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker antreten kann. Die EVP bräuchte aber mindestens die Unterstützung von zwei weiteren Fraktionen, damit Weber zum Nachfolger Junckers gewählt werden kann. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron weist das Spitzenkandidatenverfahren jedoch explizit zurück und will vor allem verhindern, dass der christdemokratische Spitzenkandidat Weber Karriere macht.

Einfluss im Personalpoker Da das Europäische Parlament den Kommissionschef mehrheitlich bestätigen muss, haben die Europa-Abgeordneten im Personalpoker durchaus Einfluss. Sowohl im Parlament als auch unter den EU-Mitgliedstaaten im Rat sind die Christdemokraten als einzige so stark, dass sie Kandidaten blockieren können.

„Ich schließe aus, dass die EVP jemandem zum Kommissionspräsidenten wählt, der nicht Spitzenkandidat war“, unterstreicht Daniel Caspary, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. Die Grünen haben bereits zu verstehen gegeben, dass sie Weber unterstützen werden, wenn er ausreichend verbindliche Zusagen beim Klimaschutz macht. In der EVP sehen sie Gemeinsamkeiten mit den Sozialdemokraten beim Klimaschutz. Aber wenn die Sozialdemokraten Weber unterstützen, müssen sie Timmermans fallen lassen und werden einen Trostpreis verlangen. Der Posten des Außenbeauftragten für den früheren niederländischen Außenminister könnte ein solcher Trostpreis sein. Aber würde der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte, ein Liberaler, dem zustimmen? Schließlich hätte er bei die-

sem Szenario keinen Kommissar mehr. Selbst innerhalb der EVP herrschen Zweifel, ob Weber sich durchsetzen kann, wenn Macrons Widerstand gegen ihn so stark ist. Was dann? „Wenn Macron Weber zerschlägt, dann wird die EVP die liberale Kandidatin Margrethe Vestager verhindern“, heißt es in EU-Kreisen. Dann bliebe als Spitzenkandidat Timmermans übrig. Dem werden aber geringe Chancen attestiert, da er in Osteuropa sehr unbeliebt ist.

In seiner bisherigen Position als Vizepräsident der EU-Kommission hat er sich für die Rechtsstaatlichkeit eingesetzt, weswegen Ungarn und Polen offen gegen ihn opponieren.

Eigentlich sollen die Namen für die Topjobs – dazu gehören auch der Ratspräsident, der Parlamentspräsident, der Außenbeauftragte und im Grunde genommen auch der neue Präsident der Europäischen

Zentralbank – zum EU-Gipfel am 20. und 21. Juni entschieden sein. Doch was ist, wenn am Ende alle Spitzenkandidaten außer Gefecht gesetzt sind? In Brüssel spekulieren Insider, dass die Mitgliedstaaten dem Europäischen Parlament dann einen Kompromisskandidaten vorschlagen werden. Bisher gilt diese Variante in weiten Teilen des Parlaments als inakzeptabel. Aber wenn Wochen und Monate vergehen, ohne dass ein Personaltableau steht, wächst der Druck zu einer Entscheidung.

Kompromisskandidaten Eine mögliche Kompromisskandidatin könnte die Bulgarin Kristalina Georgieva sein. Dass sie eine Frau ist und aus Osteuropa kommt, könnte ihr helfen. Ein anderer Name, der in Brüssel kursiert, ist der des niederländischen Ministerpräsidenten Rutte. Wenn er sein Amt als Regierungschef aufgibt, könnte er sich als jemand darstellen, der für Europa ein Opfer bringt. Gut möglich ist aber auch, dass als erste Spitzenposition die des Parlamentspräsidenten besetzt wird. Neben Guy Verhofstadt ist hierfür auch die christdemokratische Irin Mairead McGuinness im Gespräch.

Die Entscheidung der Europaabgeordneten hat Auswirkungen auf die anderen Posten, denn es gilt einen Ausgleich zwischen Parteien, Regionen und Geschlechtern zu finden. Wenn die Abgeordneten geschickt vorgehen, werden die Staats- und Regierungschefs verstehen, dass das Parlament auch in der kommenden Legislaturperiode seine Rolle spielen wird. *Silke Wettach*

Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.



Ob der Sozialdemokrat Frans Timmermans (links), der Konservative Manfred Weber (rechts) oder einer der anderen Spitzenkandidaten Kommissionspräsident wird, ist noch völlig offen.

© picture-alliance/ANP

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

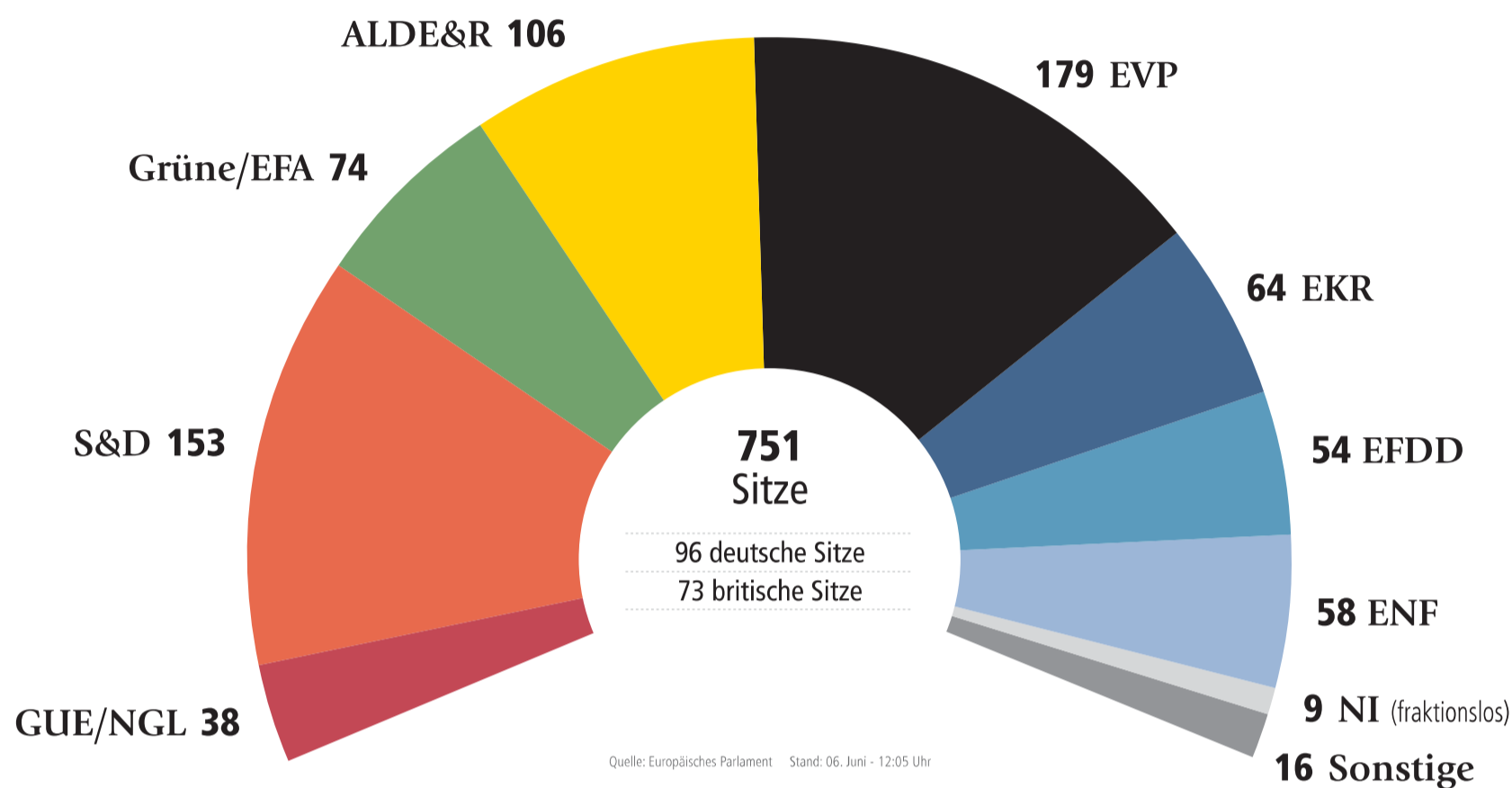




So hat Europa gewählt

Vom 23. bis 26. Mai 2019 haben die rund 400 Millionen Wahlberechtigten in der EU 751 Abgeordnete für die Dauer von fünf Jahren in das neue Europaparlament gewählt. Das endgültige amtliche Ergebnis der Europawahl in Deutschland wird der Bundeswahlausschuss am 24. Juni 2019 in einer öffentlichen Sitzung im Bundestag in Berlin feststellen und bekannt geben. Am 2. Juli kommt das neue Parlament zu seiner ersten Plenarsitzung zusammen. Dann werden die Abgeordneten auch den Präsidenten und die Vizepräsidenten wählen. Zuvor entscheiden sie, welcher Fraktion sie gegebenenfalls beitreten möchten. Voraussichtlich auf der zweiten Plenartagung im Juli werden die Abgeordneten über den neuen Kommissionspräsidenten abstimmen. Vor der Wahl hatten die europäischen politischen Parteien Spitzenkandidaten ausgewählt. Ist der Präsident bestimmt, schlagen die EU-Länder mit ihm zusammen Kandidaten für die Kommissare vor. Die designierten Kommissare werden von den für ihre vorgeschlagenen Geschäftsbereiche zuständigen Parlamentsausschüssen geprüft, bevor die Abgeordneten die gesamte Kommission im Plenum billigen. Sie soll am 1. November ihr Amt antreten.

Sitzverteilung im neuen Europaparlament



Fraktionen im Europäischen Parlament

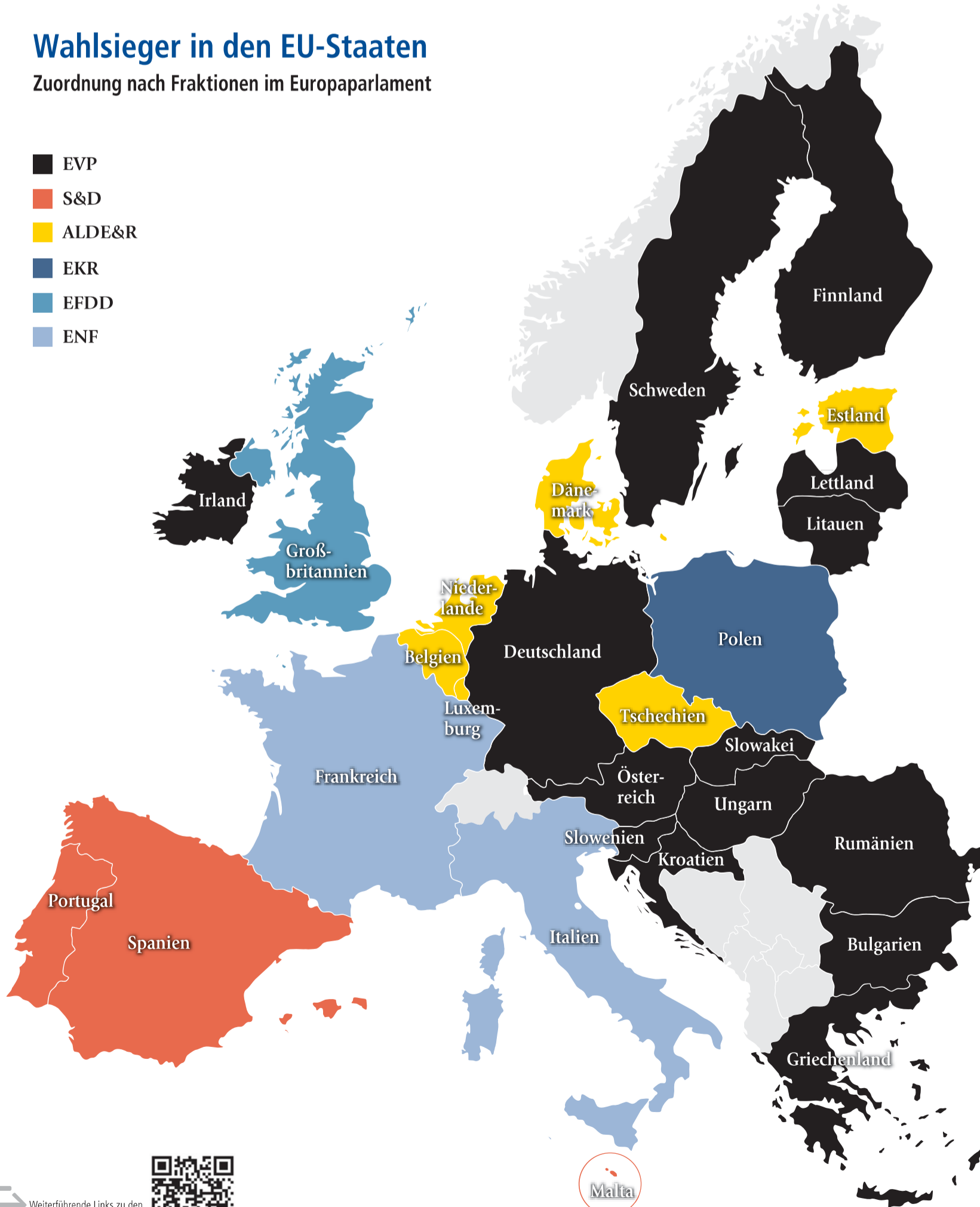
- **EVP** - Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
- **S&D** - Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
- **ALDE&R** - Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa + Renaissance + USR PLUS
- **GUE/NGL** - Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
- **Grüne/EFA** - Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz
- **EKR** - Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen
- **EFDD** - Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
- **ENF** - Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
- **NI** - Fraktionslos
- **Sonstige** - Neue Mitglieder, die keiner Fraktion des scheidenden Parlaments angehören

Seit 2009 sieht die Geschäftsordnung des Parlaments vor, dass eine Fraktion aus mindestens 25 Mitgliedern besteht, die in mindestens sieben Mitgliedstaaten gewählt wurden.

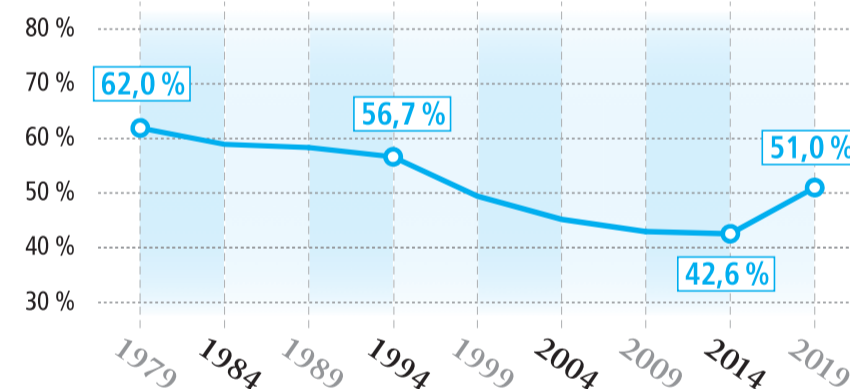
Wahlsieger in den EU-Staaten

Zuordnung nach Fraktionen im Europaparlament

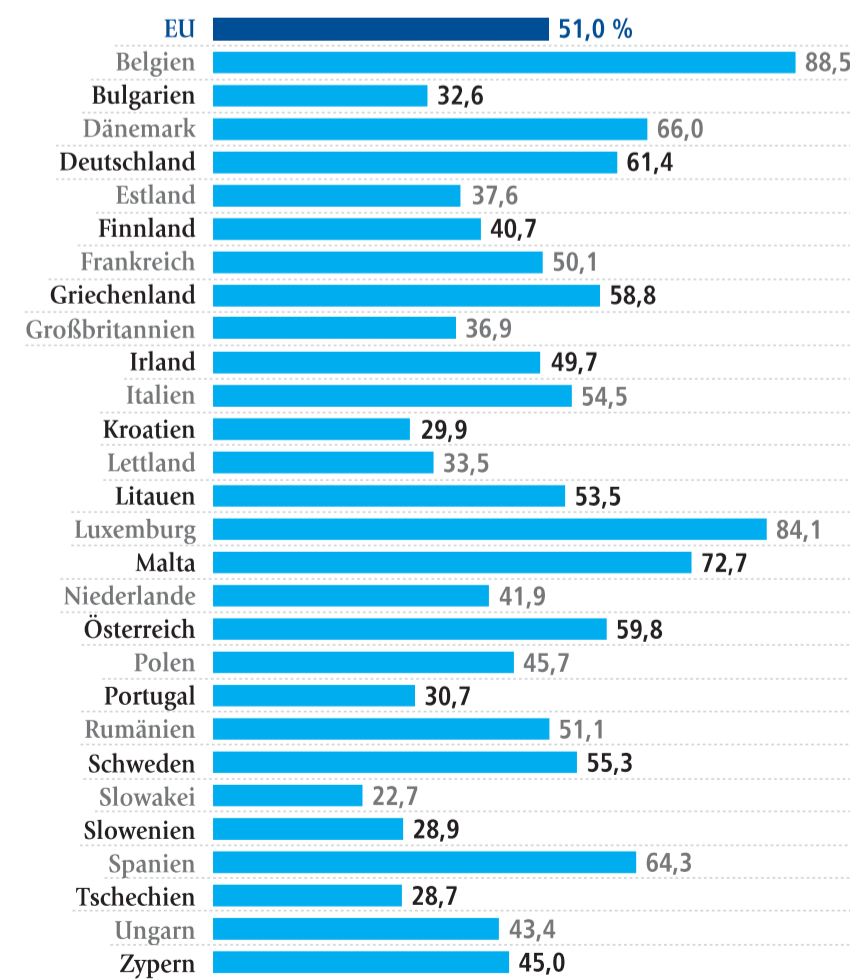
- EVP
- S&D
- ALDE&R
- EKR
- EFDD
- ENF



Wahlbeteiligung in der EU



Wahlbeteiligung in den EU-Staaten

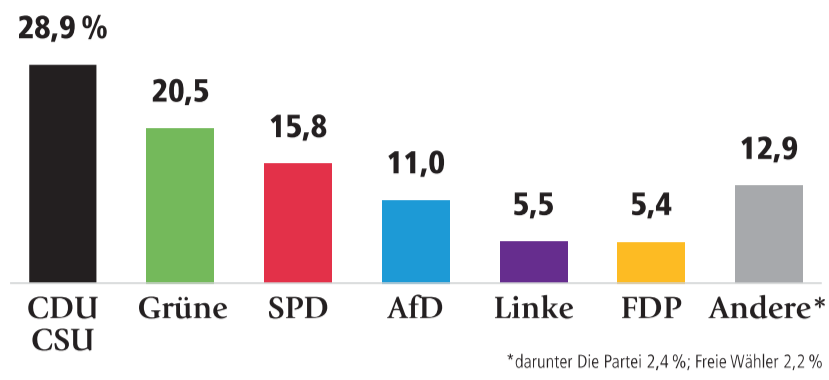


Welterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

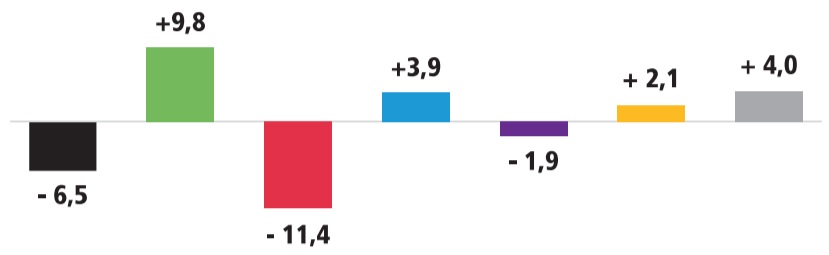


Wahlergebnis in Deutschland

Stimmenanteile in Prozent

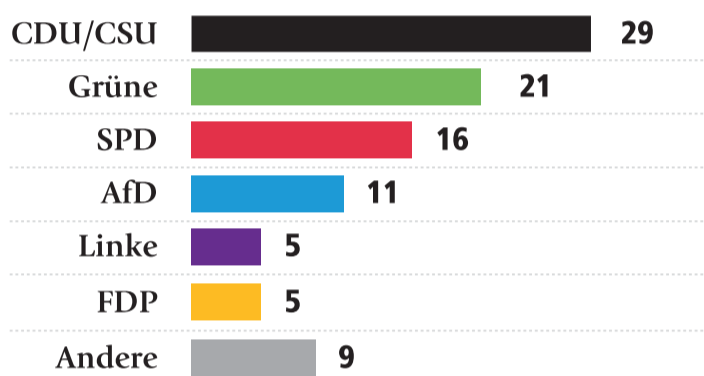


Veränderungen gegenüber 2014 in Prozentpunkten



Quelle: Bundeswahlleiter Vorläufiges amtliches Ergebnis Grafikquelle: dpa*30293 (editiert)

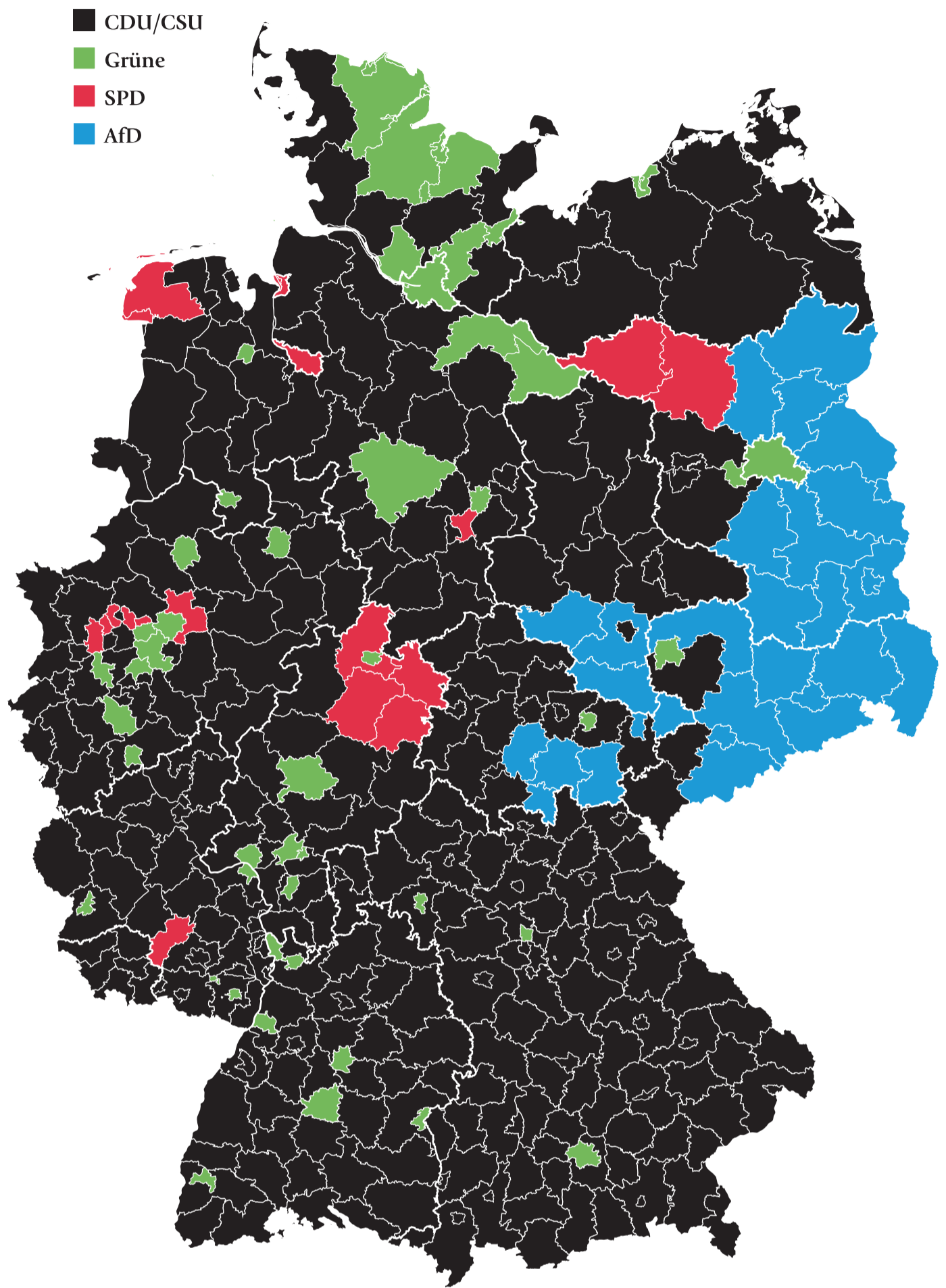
Deutsche Sitze im EU-Parlament



Quelle: Bundeswahlleiter Vorläufiges amtliches Ergebnis Grafikquelle: dpa*30293 (editiert)

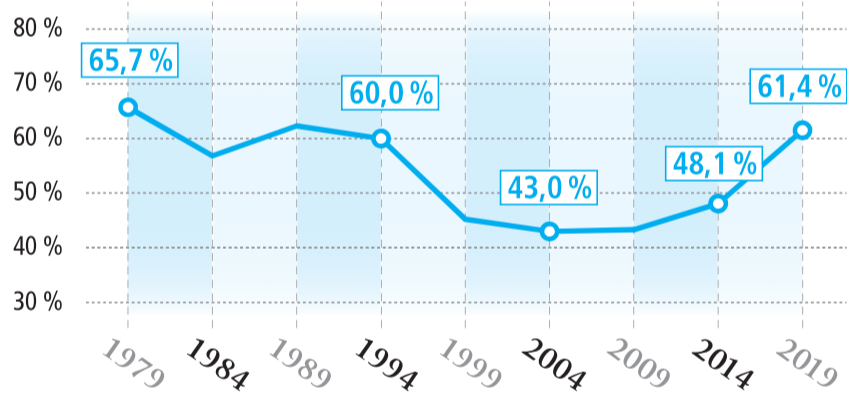
Hochburgen bei der Europawahl

Partei mit dem höchsten Stimmenanteil in den Landkreisen und kreisfreien Städten



Quelle: Bundeswahlleiter Grafikquelle: dpa*30297 (editiert) Vorläufiges amtliches Endergebnis

Wahlbeteiligung in Deutschland



Quelle: Bundeswahlleiter Grafikquelle: dpa*30291 (editiert)

Wahlentscheidende Themen in Deutschland

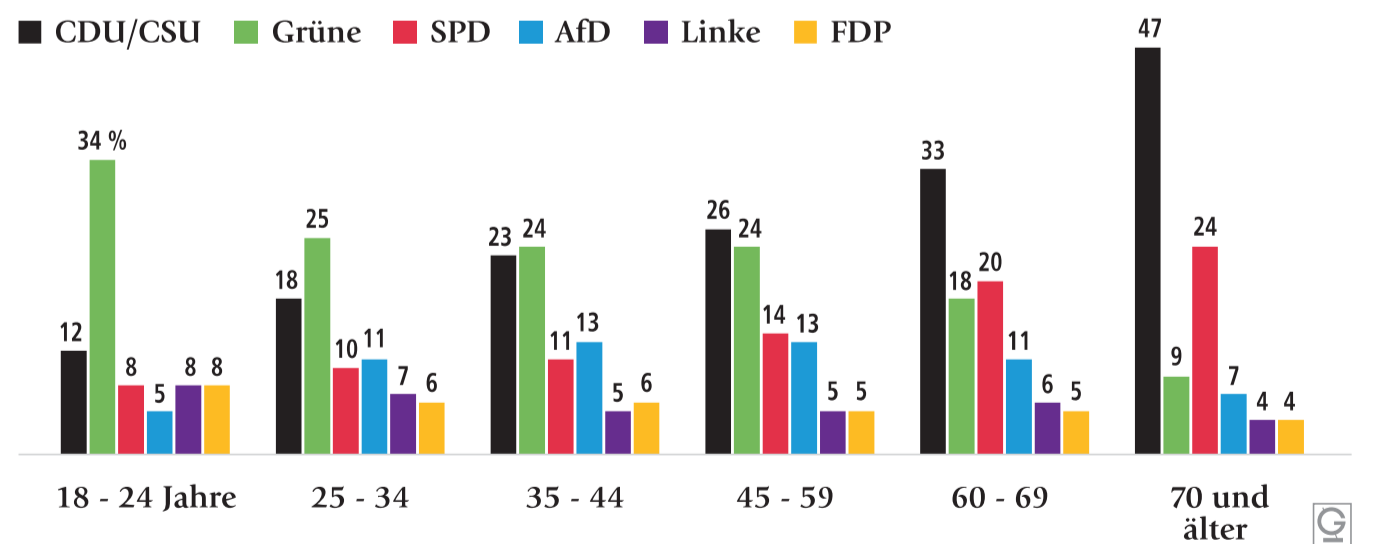
Vergleich zur EU-Wahl 2014 in Prozent



Quelle: Infratest dimap

Wer wählte wen in Deutschland?

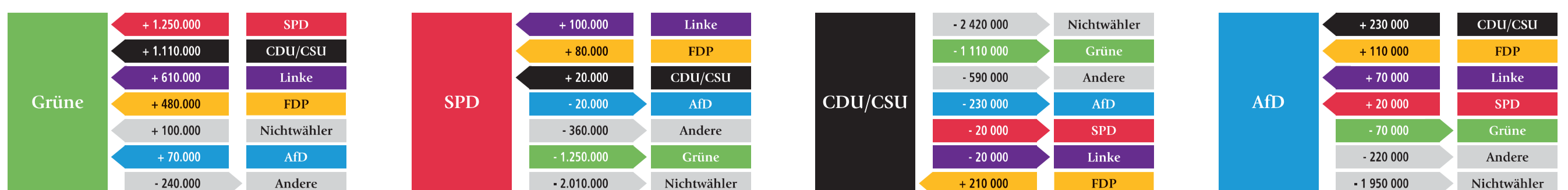
Stimmenanteile nach Altersgruppen in Prozent



Quelle: Infratest dimap Grafikquelle: Globus 13225 (editiert)

Wählerwanderung in Deutschland

Europawahl im Vergleich zur Bundestagswahl 2017



Quelle: Infratest dimap Grafikquelle: dpa*30296 (editiert)

Quelle: Infratest dimap Grafikquelle: dpa*30295 (editiert)

Quelle: Infratest dimap Grafikquelle: dpa*30305 (editiert)

Quelle: Infratest dimap Grafikquelle: dpa*30304 (editiert)

KURZ NOTIERT

Hebammen sollen duales Studium absolvieren

Hebammen sollen künftig akademisch ausgebildet werden. Das sieht ein Gesetzentwurf (19/10612) der Koalitionsfraktionen von Union und SPD vor, der vergangene Woche in erster Lesung auf der Tagesordnung stand. Vorgesehen ist eine duale Ausbildung aus einem wissenschaftlichen Studium und beruflicher Praxis. Das Studium soll maximal acht Semester dauern und mit einem Bachelor und einer staatlichen Prüfung abschließen. Voraussetzung für das Studium ist eine zwölfjährige Schulbildung. Mit der Reform wird zugleich eine EU-Richtlinie umgesetzt. pk ||

Mehr Sicherheit durch neues Implantateregister

Mit der Einrichtung eines zentralen Implantateregisters soll die Sicherheit für Patienten verbessert werden. Das sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/10523) vor, der vergangene Woche auf der Tagesordnung stand. In dem Register werden künftig Angaben zur Haltbarkeit und Qualität des implantierten Hilfsmittels gespeichert. So soll bei Komplikationen oder Rückrufen schneller reagiert werden können. Hersteller müssen ihre Produkte in der Datenbank registrieren. pk ||

Schutz der sexuellen Vielfalt in der Europäischen Union

Die FDP-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, sich im EU-Ministerrat für die unionsweite Achtung der Grund- und Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen einzusetzen. In dem entsprechenden Antrag (19/10533) tritt sie zudem dafür ein, dass die bestehenden gleichgeschlechtlichen Ehen und Lebenspartnerschaften mit allen Rechtsfolgen in allen EU-Mitgliedsstaaten anerkannt werden. Zudem sollen Flüchtlinge, die wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität verfolgt werden, unionsweit anerkannt werden. aw ||

FDP für niedrigeren Beitrag zur Arbeitslosenversicherung

Die FDP-Fraktion fordert, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung auf 2,2 Prozent (derzeit 2,5 Prozent) zu senken. Als Begründung führt sie in einem Gesetzentwurf (19/10615) die hohen Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit (BA) an. Außerdem soll der Beitragssatz in Zukunft an die Entwicklung der Rücklage der BA gekoppelt werden. Wenn das Rücklagenziel von 0,65 Prozent des BIP überschritten wird, muss der Beitragssatz entsprechend gesenkt werden, fordern die Liberalen. che ||

Zensusgesetz 2021 verabschiedet

Mit den Stimmen der Koalition sowie der AfD-Fraktion hat der Bundestag vergangene Woche den von der Bundesregierung vorgelegten „Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung des Zensus im Jahr 2021“ (19/8693) in modifizierter Fassung (19/10679) verabschiedet. Wie die Bundesregierung in der Vorlage ausführt, ist Deutschland „unionsrechtlich verpflichtet, im Jahr 2021 eine Volkszählung (Zensus) durchzuführen“. Dabei seien neben den Einwohnerzahlen auch eine Reihe von soziodemografischen Basisdaten zur Bevölkerung, ihrer Erwerbstätigkeit und ihrer Wohnsituation statistisch zu erfassen. Mit dem Gesetz soll die Rechtsgrundlage für die Durchführung des Zensus 2021 geschaffen werden. sto ||

IT-Planungsrat bekommt Unterstützung

Der IT-Planungsrat soll künftig von einer von Bund und Ländern gemeinsam getragenen Anstalt des öffentlichen Rechts unterstützt werden. Dies geht aus dem Gesetzentwurf der Bundesregierung „zum ersten IT-Änderungsstaatsvertrag“ (19/9737) hervor, den der Bundestag in der vergangenen Woche mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der AfD verabschiedete. Danach soll die gemeinsame Anstalt mit der Kurzbezeichnung „Fitko“ in Frankfurt am Main angesiedelt sein. Mit dem Beschluss stimmte der Bundestag dem Änderungsstaatsvertrag zu. sto ||



Im Koalitionsvertrag von Union und SPD ist vorgesehen, dass die Rechte von Kindern gestärkt werden sollen. © picture-alliance/Eventpress

Kinder schützen

RECHT Ergänzung des Grundgesetzes geplant

Über den besten Weg zur Umsetzung der zentralen Forderungen der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland gehen die Ansichten der Bundestagsfraktionen auseinander. Das wurde in der ersten Debatte über Gesetzentwürfe der Linken und der Grünen (19/10622; 19/10552) in der vergangenen Woche deutlich. Beide Fraktionen hatten die Entwürfe, die auf eine Änderung des Grundgesetzes durch Verankerung der Kinderrechte abzielen, anlässlich des 30. Jahrestages der Konvention vorgelegt. Nach ihrer Ansicht reicht die Umsetzung der zentralen Forderungen durch einfache Gesetze nicht aus. Abgeordnete von Union und SPD verwiesen auf den Koalitionsvertrag, in dem die Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz genannt ist. Über die Ausgestaltung einer solchen Verfassungsänderung berät derzeit eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die spätestens bis Ende 2019 einen Vorschlag ausarbeiten soll. Redner der Koalitionsfraktionen schlugen vor, die Ergebnisse der Arbeitsgruppe abzuwarten und luden Linke und Grüne ein, im Rechtsausschuss gemeinsam einen übergreifenden Entwurf zu erarbeiten.

Gleiche Rechte Ohnehin seien die Rechte der Kinder in der Realität keine Leerstelle, sondern durch das Grundgesetz geschützt, sagte Thorsten Frei (CDU). Es gelte für alle Menschen, egal ob jung oder alt, und Artikel 6 garantiere den besonderen Schutz im Rahmen der Familie. Deshalb dürfe bei einer möglichen Konkretisierung das gut austarierte Verhältnis von Familie, Staat und Kind nicht durcheinander gebracht werden. An erster Stelle stehe die Aufgabe, die Familien zu stärken und die Eltern zu befähigen, ihren Aufgaben nachzukommen. Dabei habe der Staat eine Wächterfunktion. Für dringende Aufgaben wie einen besseren Schutz vor Kindesmissbrauch werde jedoch keine Verfassungsänderung gebraucht. Esther Dilcher (SPD) sagte, es gehöre zum sozialdemokratischen Verständnis, dass

Kinderrechte Menschenrechte und damit Grundrechte seien. Die UN-Kinderrechtskonvention sei jedoch bis heute nicht vollständig umgesetzt. Der Vorrang des Kindeswohls setze voraus, dass Kinder gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft sind. In Politik, Verwaltung und Rechtsprechung werde das Kindeswohl aber immer noch nicht umfassend berücksichtigt, sagte Dilcher. Wie Frei verwies sie auf die im vergangenen Jahr eingesezte Bund-Länder-Arbeitsgruppe. Der von Linken und Grünen vermittelte Eindruck, die Bundesregierung habe ihre Hausaufgaben nicht gemacht, stimme nicht.

Gesellschaftlicher Wandel Marco Buschmann (FDP) bemängelte an den Entwürfen, dass sie über Grundgesetzänderungen die Rolle des Staates zulasten der Rechte der Eltern und Kinder stärken würden. Der erste Zugang zur Verbesserung der Situation von Kindern sei jedoch über das einfache Recht, eine gute Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik. Darauf zielen auch die UN-Kinderrechtskonvention ab, egal, auf welcher Normstufe die Anliegen umgesetzt würden.

Trotzdem könne man über eine Änderung von Artikel 6 mit dem Hauptziel eines gesellschaftlichen Bewusstseinswandels reden. Dadurch dürfe jedoch kein Schaden entstehen.

Die AfD lehnte die Entwürfe ab. Die Abgeordnete Mariana Iris Harder-Kühnel sagte, die Forderungen hörten sich gut an, seien aber populistisch. Denn Kinder seien bereits Träger von Grundrechten und durch das Grundgesetz umfassend geschützt. Offenbar gehe es den Autoren der Gesetzentwürfe darum, den Staat zum Erzieher machen zu wollen. Diesem Angriff auf die Rechte der Eltern erteile die AfD eine Absage. Ihre Fraktion fordere dagegen, eine kinderfreundliche Gesellschaft als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen.

Pflichten und Rechte Die Grünen-Abgeordnete Katja Dörner argumentierte hingegen, die Aufnahme der Forderungen der Kinderrechtskonvention bezüglich Schutz,

Förderung der Entwicklung, Beteiligung und Vorrang des Kindeswohls in das Grundgesetz wäre ein Meilenstein für ein kindergerechtes Deutschland. So werde der Staat beispielsweise dazu verpflichtet, konsequent gegen Kinderarmut vorzugehen. Deutschland sei eines der reichsten Länder der Welt, trotzdem sei jedes fünfte Kind arm oder von Armut bedroht. Im Gesetzentwurf der Grünen wird bemängelt, dass Kinder in Artikel 6 ausschließlich im Zusammenhang mit Elternrechten und Elternpflichten zur Pflege und Erziehung der Kinder und dem Wächteramt der staatlichen Gemeinschaft behandelt werden. Norbert Müller (Die Linke) sagte, die Kinderrechtskonvention habe zwar Eingang in das Bundesrecht gefunden, aber keinen Verfassungsrang. Das müsse sich ändern. Im Entwurf der Linken heißt es unter anderem, der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes habe in der Vergangenheit wiederholt gravierende Mängel bezüglich der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland dokumentiert. So würden die in den Hartz-IV-Gesetzen vorgeschriebenen Sanktionen kritisiert, in deren Folge Kinder unterhalb des gesetzlichen Existenzminimums leben müssten. Zudem müsse die Beteiligung junger Menschen gewährleistet werden, sagte Müller mit Verweis auf die Fridays-for-Future-Bewegung. Hier werde die Schulpflicht gegen das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ausgespielt, und im Zweifel würden Kinder nicht beteiligt. Michael Wojtek ||

»Wer etwas für Kinder tun will, muss Familien stärken.«

Thorsten Frei (CDU)

STICHWORT

- Aus Artikel 6 Grundgesetz**
- > **Absatz 1:** Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
 - > **Absatz 2:** Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
 - > **Absatz 4:** Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.

Angst vor Anschlag

AMRI-AUSSCHUSS Islamist wurde schnell abgeschoben

War der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 wirklich die Tat eines Einzelnen? Das ist eine der Fragen, die der Untersuchungsausschuss des Bundestages zu beantworten sucht. Besonders die schnelle Abschiebung von Bilel Ben Ammar, einem Freund des Attentäters Anis Amri, beschäftigt die Abgeordneten. Ben Ammar hatte sich am Abend vor dem Anschlag mit Amri getroffen und war nach dem Anschlag zehn Tage lang abgetaucht, bevor er festgenommen wurde. Allerdings konnten die Ermittler den Verdacht einer Tatbeteiligung oder Mitwisserschaft nicht erhärten. Wegen anderer Delikte blieb Ben Ammar jedoch in Untersuchungshaft, bis er am 31. Januar 2017, sechs Wochen nach dem Anschlag, in seine tunesische Heimat abgeschoben wurde.

Falsche Identitäten Die Staatsanwältin, die wegen dieser Straftaten ermittelt und auch die Abschiebung veranlasst hatte, stellte vergangene Woche im Untersuchungsausschuss ihre Sicht der Vorgänge dar. Eva-Maria Tombrink von der Berliner Generalstaatsanwaltschaft schilderte ben Ammar als einen Mann mit islamistischer Gesinnung. Dies allein sei aber keine Straftat. Allerdings war Ben Ammar wegen der Nutzung falscher Identitäten schon zu ei-

ner Bewährungsstrafe und zwei Geldstrafen verurteilt worden, ein weiteres Verfahren wegen Sozialleistungsbetrugs stand an. Nach Tombrinks Angaben bestand eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass er unter Anrechnung der Untersuchungshaft erneut nur eine Bewährungsstrafe erhalten hätte. Für den Fall habe die Bundesanwaltschaft, die zu dem Anschlag am Breitscheidplatz ermittelte, befürchtet, Ben Ammar könnte ebenfalls einen Anschlag verüben. Deshalb habe sie in Abstimmung mit den Karlsruher Kollegen für eine schnelle Abschiebung gesorgt. Mehrere Abgeordnete fragten nach, ob diese Sorge wirklich der einzige Grund für die schnelle Abschiebung gewesen sei. Immerhin kursieren Spekulationen, dass damit womöglich etwas vertuscht werden sollte. Doch Tombrink blieb bei ihrer Darstellung. Sie habe im übrigen mehrfach und bis zum letzten Moment bei der Bundesanwaltschaft nachgefragt, ob nicht doch noch Hinweise auf eine Mittäterschaft des Islamisten aufgetaucht seien. Dann hätte sie die Abschiebung des Mannes sofort gestoppt. Direkt danach gefragt, gab Tombrink an, dass sie in ihrer Funktion, die sie seit Sommer 2014 ausübt, keine andere Abschiebung so schnell über die Bühne gebracht habe. Peter Stützel ||

Favorit des Generals

BUNDESWEHR Vergabe von IT-Projekt beleuchtet

„Wenn ein Generalleutnant einen Wunschkandidaten hat...“. Oberst Michael Mager machte in der vergangenen Woche im Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses deutlich, warum alles auf die von General Eberhard Bühler favorisierte Firma Accenture hinauslief, als es 2017 um das PLM-Projekt (Product-Lifecycle-Management) ging: einer Effizienzsteigerung der IT, die von der Bundeswehr als Pilotprojekt beim Lufttransporter A400M getestet werden sollte. Mager, der Projektverantwortliche, sagte in der Sitzung, von einem besonders freundschaftlichen Verhältnis zwischen Bühler und Accenture-Mann Michael Nötzel habe er nichts gewusst. Allerdings hätten sich beide auch in öffentlicher Sitzung geduzt. Doch habe dies in keiner Beziehung zu dem Projekt gestanden. Beide seien professionell miteinander umgegangen.

Bewährte Unterstützung Magers seinerzeit unmittelbare Vorgesetzte, Elisabeth Totter, empfand die Entscheidung für Accenture als sachgerecht, weil sich das Unternehmen zuvor schon in zwei Digitalprojekten bei der Bundeswehr bewährt habe, wie sie im Ausschuss erläuterte. Bühler ha-

be die Ansicht vertreten, dass PLM – schon eingeführt bei großen Unternehmen – für die Streitkräfte wichtig sei. Sie selbst erhoffte sich, „aus dem schlechten Zustand der Waffensysteme herauszukommen“. Für die Auftragsvergabe griffen das Ministerium und das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) in Koblenz auf einen Rahmenvertrag für IBM-Bestandskunden zurück, den das Bundesinnenministerium – nutzbar für den Bund insgesamt – mit der Firma SVA (Systemvertrieb Alexander) abgeschlossen hatte. Bei der Prüfung, ob dieser Vertrag überhaupt für PLM genutzt werden kann, verließen sich die damit befassten Stellen im Ministerium und beim Koblenzer Bundesamt immer darauf, dass die jeweils anderen Stellen die Frage geprüft hätten. Dies ergab sich bisher aus den meisten Zeugnisaussagen. Der Bundesrechnungshof stellte fest, dass der Rahmenvertrag für das fragliche Vorhaben nicht in Anspruch genommen werden durfte. Dem Schloss sich später das Ministerium an. Accenture arbeitete auch nach der Rechnungshofkritik bis zum Abschluss des Projekts im August 2018 weiter. Franz Josef Averdunk ||

Es bleibt bei 41 Stunden

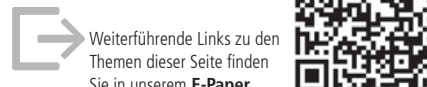
VERTEIDIGUNG Einsatzbereitschaft soll erhöht werden

Mit einem Bündel unterschiedlicher Maßnahmen will Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) dem Personal- und Dienstleistungsmangel in der Bundeswehr zu Leibe rücken. Am vergangenen Donnerstag erteilte der Bundestag nun dem entsprechenden Bundeswehr-Einsatzbereitschaftsänderungsgesetz (19/9491) grünes Licht. Er verabschiedete den Gesetzentwurf in der durch den Verteidigungsausschuss geänderten Fassung (19/10682) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP und gegen das Votum der Linken. Die AfD und Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich der Stimme. Das Gesetz sieht vor, dass zukünftig auch Unteroffiziere unterhalb des Feldwebel-Dienstgrades aus der Laufbahn für Zeitsoldaten in die der Berufssoldaten wechseln können. Zudem werden die Einsatzmöglichkeiten für Reservisten ausgebaut und eine Teilzeitmöglichkeit geschaffen. Umfangreiche Änderungen sieht das Gesetz bei der sozialen Absicherung von Soldaten vor. So werden die Beiträge der Bundeswehr zur Rentenkasse für Zeitsoldaten, Reservisten und freiwillig Wehrdienstleistende erhöht, ebenso der Wehrsold für

Wehrdienstleistende. Zudem werden die Zuschüsse für die Eingliederung von Zeitsoldaten in den zivilen Arbeitsmarkt nach deren Ausscheiden angehoben. Verbesserungen gibt es auch bei der Behandlung von traumatisierten Soldaten. So werden zukünftig die Kosten für eine Einbeziehung von Angehörigen in die Therapie von Soldaten erstattet. Der Verteidigungsausschuss hatte die Gesetzesvorlage vor allem bei den Regelungen zur Arbeitszeit und bei der Einsatzversorgung nach der Kritik von Verbänden und Interessensvertretungen der Soldaten in einer öffentlichen Anhörung noch einmal nachgecheckt. So bleibt die Regelarbeitszeit der Soldaten von 41 Wochenstunden entgegen der ursprünglichen Planung der Bundesregierung nun doch unangetastet. Allerdings kann die arbeitsrechtliche Höchstgrenze von 48 Wochenstunden für zwölf Monate auf 54 Stunden in Fällen eines akuten Personalangels erhöht werden. Betroffen davon ist vor allem der fliegerische Dienst bei der Luftraumüberwachung und beim maritimen Such- und Rettungsdienst. Die AfD-Fraktion hatte gefordert, die 41-Stunden-Woche im Regelbetrieb gänzlich zu streichen, da sie die Einsatzbereitschaft und die Ausbildung der Truppe gefährde. Der Bundestag lehnte den Antrag (19/9962) jedoch mit den Stimmen aller anderen Fraktionen ab. Nachgebessert wurde zudem bei der Einsatzversorgung. So erhalten Soldaten zukünftig Leistungen nach dem Einsatzversorgungsgesetz nicht nur bei Verletzungen und Dienstunfällen in mandatierten Auslandseinsätzen, sondern auch in sogenannten „einsatzgleichen Verpflichtungen“, etwa den Nato-Einsätzen im Baltikum. Die Bundesregierung hatte dies erst ab einer bestimmtem Gefährdungslage gewähren wollen, doch der Ausschuss strich diese Einschränkung aus der Gesetzesvorlage. Die Kosten für das Gesetz beziffert die Bundesregierung auf 46 Millionen Euro im kommenden Jahr und ab 2021 auf 163 Millionen Euro. Alexander Weinlein ||



Soldaten der Luftwaffe marschieren. © picture-alliance/dpa





Mohamad Hamdo (links) aus Syrien ist inzwischen Azubi bei einer Wärmeversorgungsfirma in Cottbus (Brandenburg). Die Bundesregierung will den Zugang von Flüchtlingen zu Ausbildungen erleichtern.

© picture-alliance/dpa

Schneller ankommen

AUSBILDUNG Bundestag schließt Förderlücke für Flüchtlinge und ändert Regelsätze für Asylbewerber

Schon im vergangenen August war Detlef Scheele ganz optimistisch: „Das läuft ganz gut“, sagte der Chef der Bundesagentur für Arbeit damals und meinte den Umstand, dass mehr als 300.000 Menschen aus den Haupt-Asylländern eine Arbeit hatten, rund zwei von drei Geflüchteten immerhin eine sozialversicherungspflichtige. „Die Zahlen sind gut, dafür dass die Menschen aus humanitären Gründen gekommen sind, und nicht, um hier einen Job zu finden“, urteilte Scheele.

Aber: Es gibt Luft nach oben, nicht nur bei den arbeitssuchend gemeldeten Geflüchteten (das waren im Dezember 2018 knapp 460.000). Auch bei den Auszubildenden, denn viele Betriebe in Deutschland suchen dringend Nachwuchs. Im vergangenen Jahr befanden sich zwar knapp 30.000 Azubis mit Staatsangehörigkeit der acht Hauptherkunftsländer in einer Berufsausbildung. Doch das reicht der Bundesregierung offenbar nicht und so beschloss der Bundestag in der vergangenen Woche gleich zwei Gesetzentwürfe der Regierung, mit denen der Zugang zu einer Berufsausbildung einfacher werden soll: Zum einen

das Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz (19/10053; 19/10962); zum anderen eine Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes (19/10052; 19/10693).

Komplexes Paket Mit dem ersten genannten Gesetz soll der Zugang zu einer Berufsausbildung oder Berufsvorbereitung vereinfacht werden. Außerdem soll die Sprachförderung des Bundes für weitere Personengruppen geöffnet werden. Mit dem Gesetz sollen vor allem Asylbewerber mit Aufenthaltsgehalt und Geduldete stärker unterstützt werden, die sich um Ausbildung und Arbeit bemühen. Jedoch gilt hier eine Stichtagsregelung für den 1. August 2019. Für Menschen, die bis dahin eingereist sind, gelten andere Bedingungen, als für jene, die erst ab August kommen.

Mit Änderungen im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) will die Bundesregierung den Lebensunterhalt von Asylbewerbern, Geduldeten und Menschen mit Aufenthaltserlaubnis, die eine Ausbildung absolvieren, besser absichern. Bisher werden nach Ablauf der Aufenthaltsdauer von 15 Monaten die Leistungssätze im AsylbLG so berechnet wie in der Sozialhilfe (SGB

XII). Wer sich in einer Ausbildung befindet oder ein Studium absolviert und auf finanzielle Unterstützung angewiesen ist, muss anstelle von Sozialhilfe eine Ausbildungsförderung (BAföG oder Berufsausbildungsbeihilfe) beantragen. Diese steht aber vielen Flüchtlingen nicht offen – sie fallen in eine „Förderlücke“ und brechen oft ihre Ausbildung ab. Damit soll nun Schluss sein.

Außerdem werden die Grundleistungen des AsylbLG neu berechnet und eine neue Bedarfsstufe 2 für die Unterbringung in Sammelunterkünften eingeführt. Die Anteile für Strom und Instandhaltungskosten werden aus den Bedarfsätzen für den notwendigen Bedarf im AsylbLG ausgegliedert, weil diese Kosten von den Leistungsstellen als Sachleistungen erbracht werden. Zwar werden beispielsweise Leistungen für den persönlichen Bedarf für eine alleinstehende Person erhöht, gleichzeitig sinkt aber der Gesamtbetrag dieser Bedarfsstufe 1 um zehn Euro von 354 Euro auf 344 Euro pro Monat und liegt damit deutlich unter den Hartz-IV-Regelsätzen.

Kritik an Bedarfsstufe An der neuen Bedarfsstufe 2 für Menschen, die in Sammelunterkünften leben, übten vor allem Linke und Grüne, aber auch die FDP deutliche Kritik. In der Debatte am vergangenen Freitag begründete Pascal Kober (FDP) die Ablehnung der Reform des AsylbLG vor allem mit diesem Punkt. Es sei nicht nachvoll-

ziehbar, fremde Menschen in einer Sammelunterkunft wie eine Familie zu behandeln, die normalerweise eine solche Bedarfsgemeinschaft bilde. „Wir sollten uns fragen, ob wir Menschen so behandeln wollen“, so Kober. Für Die Linke warf Gökyak Akbulut der Regierung vor, Urteile des Bundesverfassungsgerichtes zum Existenzminimum zu ignorieren. Die Absenkung der Regelsätze in Sammelunterkünften um zehn Prozent sei menschenunwürdig und ein Verfassungsbruch, sagte Akbulut.

Ähnlich argumentierte Filiz Polat (Grüne), die wie Die Linke gar die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes forderte. „Das Existenzminimum ist immer das gleiche, egal, ob es sich um Flüchtlinge oder andere Menschen handelt“, betonte Polat. Es sei ein „perfidrer Trick“, Menschen in Sammelunterkünften zu einer fiktiven Bedarfsgemeinschaft zu konstruieren.

Etwas milder fiel das Urteil dieser drei Oppositionsfractionen über die Änderungen bei der Berufsausbildungsförderung aus. Immerhin hatten Grüne und FDP eigene Anträge dazu vorgelegt, um die Förderlücken zu schließen (19/2691; 19/5070). Die AfD-Fraktion konnte weder dem einen noch dem anderen Gesetzentwurf etwas Positives abgewinnen. Sebastian Münzmaier warf der Regierung vor: „Sie sorgen weiter dafür, dass Deutschland in der Welt das Sehnsuchtsland Nummer eins bleibt und führen das komplette Asylsystem ad absurdum.“

Union und SPD verteidigten dagegen ihre Entwürfe: „Wir eröffnen frühzeitig Zugänge für Gestattete, die sich hier integrieren wollen. Wir wollen, dass weniger Ausbildungen abgebrochen werden“, betonte Kerstin Tack (SPD) und verwies auf das Eigeninteresse der Wirtschaft. Annette Widmann-Mauz (CDU), Staatsministerin für Migration und Integration, sagte: „Wir setzen auf Integration von Anfang an, wir handeln pragmatisch.“ Claudia Heine

STICHWORT

Ausbildung und Bedarfsstufen

> **Finanzielle Sicherheit** Asylbewerber, Geduldete und Menschen mit bestimmtem Aufenthaltserlaubnis sollen weiter Sozialhilfeleistungen beziehen können, wenn sie eine Ausbildung oder Studium beginnen.

> **Regelsätze** Für die Unterbringung in Sammelunterkünften wird eine neue Bedarfsstufe ins AsylbLG eingeführt. Die Leistungen für den persönlichen Bedarf werden erhöht, der Gesamtbetrag (bis auf bei Kindern bis 13 Jahre) der Bedarfsstufen sinkt aber für die meisten Leistungsberechtigten.

Mehr Geld für Azubis

AUSBILDUNG Zuschüsse für die Unterkunft steigen

Auszubildende, die während der Lehre nicht bei ihren Eltern wohnen, werden ab August stärker finanziell unterstützt. Dann nämlich soll die sogenannte Ausbildungsbeihilfe, die bei der Bundesagentur für Arbeit oder dem Jobcenter beantragt werden kann, steigen. Insbesondere die Pauschalen für Unterkunftskosten steigen deutlich. Das sieht ein Gesetzentwurf (19/9478; 19/10691) der Bundesregierung vor, den der Bundestag in der vergangenen Woche verabschiedet hat.

Konkret soll der Höchstbetrag für Lebensunterhalt und Wohnen ab 1. August 2019 von derzeit 622 Euro auf monatlich 716 Euro steigen. Zum 1. August 2020 ist dann eine weitere Erhöhung auf 723 Euro pro Monat vorgesehen. Zusätzlich können weiterhin Zuschüsse, etwa für Kinderbetreuung, beantragt werden.

„Durch die Anpassung wird den steigenden Unterkunfts- und Verpflegungskosten aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung Rechnung getragen“, heißt es im Gesetzentwurf. Die Ausbildungsbeihilfe wird damit an das Niveau der BAföG-Sätze angeglichen, deren Erhöhung ebenfalls erst kürzlich beschlossen worden war.

Nach einer öffentlichen Anhörung und der Warnung von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, wurde der Ursprung-

sentwurf noch geändert. Denn auch das Ausbildungsgeld für junge Menschen mit Behinderungen soll von derzeit 80 Euro auf 119 Euro steigen, aber nun nicht mehr in einem Schritt, sondern in mehreren Stufen, beginnend ab Januar 2020.

In der Debatte am vergangenen Donnerstag betonte Michael Gerdes (SPD): „Wir machen keinen Unterschied zwischen Studierenden und Azubis, Studium und Ausbildung sind gleichwertig.“ Wilfried Oellers (CDU) kündigte an, dass das Entgeltssystem der Werkstätten in den nächsten vier Jahren komplett überprüft werden soll, dies hatten Werkstattvertreter in der Anhörung ebenfalls gefordert. Die Koalitionsfraktionen hatten dazu noch einen Entschließungsantrag vorgelegt.

Martin Sichert (AfD) kritisierte, dass beim Ausbildungsgeld nur der Grundbetrag und nicht der leistungsabhängige, Steigerungsbetrag erhöht wird. Jens Beek (FDP) betonte, das Entgeltssystem in den Werkstätten müsse gerechter werden. Sabine Zimmermann (Die Linke) kritisierte, dass die Erhöhung der Berufsausbildungsbeihilfe lediglich ein Inflationsausgleich sei. Corinna Rüffer (Grüne) forderte, den Arbeitsmarkt endlich inklusiv zu gestalten, um Sondereinrichtungen für Menschen mit Behinderungen abschaffen zu können. che

Arzneimittelversorgung soll sicherer werden

GESUNDHEIT Neuregelungen gegen gefälschte oder gepanschte Medikamente. Opposition bleibt skeptisch

Nach spektakulären Arzneimittelskandalen soll eine breit angelegte Reform für mehr Sicherheit sorgen. Der im Bundesrat zustimmungspflichtige Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/8753; 19/10681) pasierte in der vergangenen Woche mit den Stimmen von Union und SPD das Parlament. Die Opposition unterstützte zwar das Anliegen, wollte dem Entwurf aber wegen der aus ihrer Sicht unzureichenden beziehungsweise ungerechtfertigten Neuregelungen nicht zustimmen. AfD, FDP und Linke lehnten den Entwurf ab, die Grünen enthielten sich der Stimme. Anlass für die Novelle waren kritische Vorfälle in der jüngeren Vergangenheit, darunter importierte Medikamente von zweifelhafter oder mangelhafter Qualität sowie aus Profitgier gestreckte Krebsmedikamente (Zytostatika).

Kontrollen Um die Arzneimittelsicherheit zu erhöhen, soll die Zusammenarbeit zwischen den Behörden von Bund und Ländern verbessert werden, unter anderem durch eine Informationspflicht über Rückrufe. Zugleich werden die Rückrufkompetenzen der Bundesoberbehörden bei Qualitätsmängeln oder dem Verdacht einer Arzneimittelfälschung erweitert. Auch soll es häufiger unangemeldete Kontrollen geben, zum Beispiel in Apotheken, die Zyto-

statika selbst herstellen. Die Krankenkassen bekommen bei Produktmängeln, etwa bei einem Rückruf, einen Regressanspruch gegenüber Pharmafirmen. Für Versicherte fällt bei einer Neuverordnung infolge eines Arzneimittelrückrufs die Zuzahlung weg.

Hämophilie Hefig umstritten ist der neue Vertriebsweg für Medikamente von Hämophiliepatienten (Bluterkrankheit). Die Be-



Das Vertrauen in Arzneimittel ist wichtig.

troffenen sollen Arzneimittel nicht mehr direkt über Hämophiliezentren beziehen, sondern über Apotheken. Experten rügten in einer Anhörung die Aufgabe der direkten Abgabe als bisher festen Bestandteil eines bewährten Sicherheitssystems. Umstritten ist auch die Förderklausel für Importmedikamente, die einerseits Einsparungen durch preiswerte Arzneimittel ermöglichen soll, andererseits aber als Einfallstor für gefälschte Medikamente gilt. Mehrere von der Opposition eingebrachte Vorlagen mit weitergehenden oder ganz anderen Regelungen wurden mehrheitlich abgewiesen.

Vertrauen gewinnen Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) sagte mit Blick auf die Arzneimittelskandale, das Gesetz solle dazu beitragen, das Vertrauen der Patienten in die Versorgung mit Medikamenten zurückzugewinnen und zu erhalten. Was die Hämophiliezentren angeht, sei sichergestellt, dass Patienten im Notfall weiter direkt und ohne Verzug dort versorgt werden könnten. Ansonsten würden in den Lieferketten bewährte Wege eingehalten, das sei auch aus Kostengründen sinnvoll. Mit der Einführung des elektronischen Rezeptes werde überdies die Grundlage geschaffen für einen weiteren Schritt in der Digitalisierung des Gesundheitswesens.

Otten drei Mal ohne Mehrheit

PERSONALIEN Die AfD-Fraktion ist mit ihrem Kandidaten für das Amt des Bundestagsvizepräsidenten, Gerold Otten, auch im dritten Wahlgang gescheitert. Auf den 63 Jahre alten ehemaligen Berufsoffizier aus Bayern entfielen in geheimer Abstimmung am vergangenen Donnerstag nur 211 Ja-Stimmen, 426 Abgeordnete votierten mit Nein, 30 Parlamentarier enthielten sich der Stimme. Damit verfehlte Otten die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen, die im dritten Wahlgang ausgereicht hätte.

Somit ist die AfD nunmehr bereits mit drei Wahlvorschlägen für das vakante Amt des Bundestagsvizepräsidenten gescheitert. Weder die Rechtsanwältin Mariana Iris Harder-Kühnel noch der Jurist Albrecht Glaser erhielten in jeweils drei Wahlgängen die erforderliche Mehrheit.

Der AfD-Fraktion steht nach der Geschäftsordnung des Bundestages ein Vizepräsidentenposten zu. Die anderen fünf Fraktionen stellen jeweils auch einen Vizepräsidenten.

Otten bedankte sich nach der Wahl bei „denen, die sich nicht an der Blockadehaltung von großen Teilen der Altparteien beteiligt und die mir mit ihrer Stimme das Vertrauen ausgesprochen haben“. Er sei jedoch „sehr enttäuscht, dass ein Großteil des Hohen Hauses nach wie vor nicht bereit ist, der AfD-Fraktion den ihr zustehenden Platz im Präsidium zuzugestehen“. Es werde weiter versucht, die AfD-Fraktion auszugrenzen. Die anderen Parteien arbeiteten „lieber mit fragwürdigen Tricks“, als sich auf eine inhaltliche Auseinandersetzung einzulassen. suk

Hartz IV: Linke will 582 Euro

SOZIALES Die Regierung soll auf das „offensichtliche Kleinrechnen“ des Existenzminimums verzichten und den Hartz-IV-Regelsatz für eine alleinstehende Person sofort auf 582 Euro anheben: Das hat die Linke in einer Debatte des Bundestages am vergangenen Freitag gefordert. Ein entsprechender Antrag (19/10621) der Fraktion wurde, zusammen mit einem Antrag der FDP-Fraktion (19/10619), Hartz IV zu entbürokratisieren, im Anschluss an die Debatte in den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen.

Susanne Ferschl (Die Linke) sagte, wer Hartz IV überwinden wolle, müsse die Regelsätze in einem ersten Schritt auf 582 Euro pro Monat erhöhen. Jedes fünfte Kind in Deutschland lebe in Armut, das sei ein Skandal, so Ferschl. Matthias Zimmer (CDU) kündigte dagegen an, man werde die Regelsätze weiterhin „ordentlich berechnen lassen“. Man dürfe aber die Solidarität der Steuerzahler nicht ausnutzen, warnte er. Die AfD bezeichnete die Regelsätze zwar auch als niedrig, will aber vor allem Geringverdiener stärker unterstützen, betonte Uwe Witt.

Dagmar Schmidt (SPD) sprach von der Notwendigkeit einer Reform des Sozialstaats. Man wolle Menschen das Recht auf Arbeit gewähren und die unterstützen, die nicht für sich selbst sorgen könnten.

Pascal Kober (FDP) sagte, es brauche eine Bagatellgrenze von 25 Euro, mehr Zeit für Beratung in Jobcentern und eine einfachere Sprache. Sven Lehmann (Grüne) forderte, die Berechnung der Regelsätze dürfe sich nicht länger an den Einkommen der ärmsten Haushalte orientieren. suk





Druck zur Ausreise

ASYL Nach scharfer Kontroverse setzt die Koalition im Bundestag das umstrittene »Geordnete-Rückkehr-Gesetz« durch

Ein aus Deutschland abgeschobener afghanischer Asylbewerber wird beim Verlassen des Flughafens in Kabul von Angehörigen begrüßt. © picture-alliance/dpa/Mohammad Jawad

Für Die Linke ist es ein „beispielloser Angriff auf die Schutzrechte der betroffenen Flüchtlinge“, für die AfD-Fraktion dagegen ein „Katalog hohler Ankündigungen“. Gemeint ist das von der Regierungskoalition vorgelegte „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ zur „besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ (19/10047, 19/10706), das der Bundestag am Freitag mit 371 Ja-Stimmen bei 159 Nein-Stimmen und 111 Enthaltungen beschloss.

Danach werden unter anderem die Voraussetzungen der Abschiebungshaft geändert. So sollen die Voraussetzungen für Sicherungshaft abgesenkt werden, um ein Untertauchen zu verhindern. Neu eingeführt wird zudem eine „Mitwirkungshaft“. Sie soll eine Vorführung aus der Haft ermöglichen, wenn der Ausländer bestimmten Anordnungen zur Mitwirkung bei der Identitätsklärung keine Folge leistet. Darüber hinaus enthält das Gesetz eine Klarstellung im Rahmen des Ausreisegewahrsams, dass das Kriterium Fluchtgefahr nicht vorliegen muss.

Zusätzlich zu den bisherigen knapp 500 Abschiebungshaftplätzen sollen zudem durch ein vorübergehendes Aussetzen des Trennungsgebots von Abschiebungs- und Strafgewahrsam bis zu 500 weitere Plätze in Justizvollzugsanstalten für den Vollzug der Abschiebungshaft genutzt werden können.

Des Weiteren darf künftig einem Ausländer nach Ablauf der Frist zur freiwilligen Ausreise der Termin einer geplanten Abschiebung nicht angekündigt werden, um ein Untertauchen des Betroffenen zu verhindern. Eingeführt wird auch eine neue Duldungskategorie „für Personen mit ungeklärter Identität“. Sie soll Ausreisepflichtigen erteilt werden, deren Abschiebung aus von ihnen zu verantwortenden Gründen nicht vollzogen werden kann, etwa weil sie über ihre Identität täuschen. Die Betroffenen dürfen keine Erwerbstätigkeit aufnehmen und müssen mit einer Wohnsitzauflage rechnen. Außerdem kann künftig die Verletzung von Mitwirkungspflichten während des Asylverfahrens in größerem Umfang als bisher zu Leistungsbeschränkungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz führen. Asylbewerber, bei denen feststeht, dass Deutschland nicht für die Prüfung des Asylantrags zuständig ist, und deren Überstellung durchgeführt werden kann, sollen nur noch Anspruch auf eingeschränkte Leistungen haben. „Vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer, denen bereits in einem anderen EU-Mitgliedsstaat internationaler Schutz zuerkannt wurde, der fortbesteht, haben nur noch Anspruch auf Überbrückungsleistungen“, heißt es in der Vorlage weiter.

Zu den von der Koalition in den parlamentarischen Beratungen hinzugefügten Ergänzungen zählt unter anderem, dass zur Erreichung eines abzuschiedenden Ausländers dessen Wohnung von der zuständigen Behörde betreten werden kann. Auch soll in Ausreisegewahrsam genommen werden können, wer die Frist zur Ausreise um mehr als 30 Tage überschritten hat. Ferner sollen erwachsene Asylbewerber ohne Kinder bis zu eineinhalb Jahren statt wie bisher bis zu sechs Monaten in Erstaufnahmeeinrichtungen wohnen.

In der Debatte sagte Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), entscheidend für die Akzeptanz des Asylrechts sei es, konsequent gegenüber jenen vorzugehen, die keinen Schutzbedarf haben, aber nicht in ihre Heimat zurückkehren wollen. „Einer Pflicht zur Ausreise muss auch eine tatsächliche Ausreise folgen“, betonte er.

Bernd Baumann (AfD) kritisierte, das Gesetz verspreche Wiedereinreisepferren für Intensivtäter, doch werde an den Grenzen nicht kontrolliert. Das Gesetz schaffe „weder Ordnung noch Rückkehr“.

Linda Teuteberg (FDP) bemängelte, die Regierung gehe mit dem Gesetz nicht die grundlegenden Probleme an. Dies gelte vor allem für das „ungeklärte Kompetenzchaos zwischen Bund und Ländern“.

Ulla Jelpke (Die Linke) sprach von einem „Hau-ab-Gesetz“. Dieses sei ein „Katalog der Grausamkeiten, der nur so strotzt vor Menschenverachtung“.

Konstantin von Notz (Grüne) monierte, mit dem Gesetz werde ein Angriff auf Prinzipien des Grundgesetzes „verbunden mit einem Angriff auf die Zivilgesellschaft“. So sollten „Menschen kriminalisiert werden, die Abschiebetermine weitersagen“.

Eva Högl (SPD) betonte dagegen, wer unter keinen Umständen im Land bleiben dürfe, müsse es auch wieder verlassen. Dabei sei für die SPD die Abschiebung und gegebenenfalls Abschiebehaft immer nur das „allerletzte Mittel“.

Thorsten Frei (CDU) warb für „mehr Härte“ in Bezug auf Menschen, die nicht schutzbedürftig und nicht bleiberechtigt sind, sondern außer Landes müssen.

Weitere Beschlüsse Zugleich verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen von Union und SPD sowie der AfD ein „Zweites Datenaustauschverbesserungsgesetz“ der Regierungskoalition (19/8752, 19/10705). Damit wird unter anderem das Mindestalter für die Abnahme von Fingerabdrücken, die derzeit erst ab Vollendung des 14. Lebensjahres zulässig ist, auf den Zeitpunkt der Vollendung des sechsten Lebensjahres herabgesetzt. Ebenfalls mit den Stimmen der Koalition und der AfD verabschiedete das Parlament einen weiteren Regierungsentwurf (19/8692), mit dem die Befristung der 2016 eingeführten Wohnsitzregelung für international Schutzberechtigte aufgehoben wird.

Helmut Stoltenberg

»Ihr Gesetz schafft weder Ordnung noch Rückkehr.«
Bernd Baumann (AfD)

»Dieses Hau-ab-Gesetz ist ein Katalog der Grausamkeiten.«
Ulla Jelpke (Die Linke)

»Guter und ausgewogener Kompromiss«

MIGRATION Mit den Stimmen von Union und SPD beschließt das Parlament eine Öffnung des Arbeitsmarktes für Fachkräfte aus Drittstaaten

Gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen hat der Bundestag am Freitag die von der Regierungskoalition vorgelegten Entwürfe eines Fachkräfteeinwanderungsgesetzes (19/8285, 19/10714) und eines Gesetzes „über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung“ (19/8286, 19/10707) verabschiedet. Ziel des ersten Gesetzes ist es, die Fachkräftesicherung „durch eine gezielte und gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten zu flankieren“. Dazu zufolge sollen künftig alle Fachkräfte, die über einen Arbeitsvertrag und eine anerkannte Qualifikation verfügen, in den entsprechenden Berufen in Deutschland arbeiten können. Die Beschränkung auf besonders vom Fachkräf-

temangel betroffene „Engpassberufe“ soll entfallen. Auch auf die Vorrangprüfung, ob nicht auch Deutsche oder EU-Bürger für die Stelle in Frage kommen, soll bei Fachkräften im Grundsatz verzichtet werden.

Für Fachkräfte mit Berufsausbildung soll zudem die Möglichkeit zur befristeten Einreise zur Arbeitsplatzsuche analog zur Regelung für Fachkräfte mit akademischer Ausbildung geschaffen und für fünf Jahre befristet erprobt werden. Zudem soll mit dem Gesetz der Aufenthalt zu ergänzenden Qualifizierungsmaßnahmen für Drittstaatsangehörige mit im Ausland abgeschlossener Berufsbildung erweitert und attraktiver gestaltet werden. In den parlamentarischen Beratungen beschloss die Koalition unter anderem verschärfte Anforderungen an Menschen ab 45 Jahren, die nun für einen Aufenthalt zur Beschäftigung ein Mindestgehalt oder eine angemessene Altersversorgung nachweisen müssen.

Das Gesetz „über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung“ zielt darauf ab, bei langfristigen Duldungen aus persönlichen Gründen für bestimmte Ausländer einen rechtssicheren Aufenthalt zu ermöglichen. Dabei geht es um Betroffene, die eine qualifizierte Berufsausbildung aufnehmen (Ausbildungsduldung) oder durch eine „nachhaltige Beschäftigung ihren Lebensunterhalt selbst sichern und gut integriert sind (Beschäftigungsduldung)“. Von dem Gesetz können nur gut integrierte Geduldete profitieren, die vor dem 1. August 2018 eingereist sind.

Jahrzehntelange Debatte In der Debatte hob Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hervor, dass mit dem Gesetz die jahrzehntelange Debatte zu dem Thema zu Ende gehe. Es sei geeignet, illegale Migration durch legale Möglichkeiten zurückzudrängen, und gewährleiste eine Zuwanderung von „Menschen, die nützlich sind für unser Land“.

René Springer (AfD) sagte, das Gesetz sei nicht vom Willen der Menschen im Lande geleitet. Seine Fraktion wolle weder „Lohndumping durch Arbeitsmigration“ noch eine Einwanderung in die Sozialsysteme.

Johannes Vogel (FDP) betonte, dass in Deutschland händeringend nach Fachkräften gesucht werde. Für diese Herausforderung sei das Gesetz „zu wenig“, monierte Vogel.

André Hahn (Die Linke) bemängelte, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz bediene einseitig die Interessen von Wirtschaftsverbänden und Firmen. Einwanderung werde „allein nach ökonomischen Verwertbarkeitskriterien“ ausgerichtet: „Wer nützlich ist, darf kommen; alle andere müssen draußen bleiben“.

Filiz Polat (Grüne) beschleunigte der Koalition eine „Einwanderungsverhinderungspolitik“. Auch das Ausbildungs- und Beschäftigungsduldungsgesetz sei „vollkommen unzureichend“.

»Zynische Wortklauberei«

INNEN I Debatte über »Hetzjagden« in Chemnitz

Die AfD wirft der Bundesregierung vor, „Hate Speech und Fake News gegen das eigene Volk“ zu produzieren. Während der Debatte zur Antwort der Regierung (19/8570) auf eine Große Anfrage der AfD mit dem Titel „Vermeintliche ‚Hetzjagden‘ in Chemnitz“ am 26. August 2018“ sagte Martin Renner (AfD), sowohl Regierungssprecher Steffen Seibert als auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hätten „nach dem tödlichen Messerstechereinzelfall Nummer XXY“ in Chemnitz von Zusammenrottungen und Hetzjagden gesprochen. Diese „falschen Tatsachenbehauptungen“ seien auch aufrechterhalten worden, als der sächsische Ministerpräsident Kretschmer (CDU) deutlich gemacht habe, dass es „keinen Mob, keine Hetzjagd und keine Pogrome“ gegeben habe.

Frank Heinrich (CDU) sagte, die Ereignisse seien von verschiedenen Seiten instrumentalisiert worden, „und sie werden auch heute instrumentalisiert“. Heinrich kritisierte die „Wortklauberei“. Er wisse aus eigener Erfahrung, „dass dort Unbeteiligte bedroht worden sind“.

Jürgen Martens (FDP) sagte, bei den Demonstrationen seien Nazis mitgelaufen. „Wo war die AfD, als der Hitlergruß gezeigt wurde und ein jüdisches Restaurant angegriffen worden ist“, fragte er. Sie sei im Hintergrund „mit dem Benzinanker der Demagogie in der Hand herumgeschlichen“.

Für Detlef Müller (SPD) ist es „egal“, ob es sich bei den Ereignissen um Hetzjagden oder um Jagdszenen gehandelt hat. „Es sind Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe oder allein ihrer Tätigkeit verfolgt und angegriffen worden – verbal und körperlich“, sagte er. Die semantische Diskussion um das korrekte Wort sei sinnlos.

Die AfD verdrehe die Tatsachen, um die gewalttätigen und rassistischen Übergriffe zu verharmlosen, sagte André Hahn (Die Linke). Er kritisierte zugleich Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), der „Verständnis für den rechten Mob“ gezeigt habe. Irene Mihalic (Grüne) sprach von einer „zynischen Wortklauberei“. Der Fall Chemnitz zeige, „wie vernetzt Rechtsextremismus heute agiert.“ Götz Hausding

Polizeieinsatz im Ausland

INNEN II Grünen-Forderung nach mehr Präsenz abgelehnt

Die Grünen sind enttäuscht. Nur 176 deutsche Polizisten waren 2017 einer Unterrichtung der Bundesregierung (19/6540) zufolge in internationalen Polizeimissionen aktiv. Deutlich weniger als noch im Jahr zuvor (302). Und das, obwohl sich auch Union und SPD in einem interfraktionellen Antrag im Jahr 2016 dafür ausgesprochen hatten, die Präsenz zu stärken, wie aus einem in der vergangenen Woche debattierten Antrag der Grünen (19/9273) hervorgeht. Die darin enthaltenen Forderungen nach Erhöhung der Einsatzzahlen wurden mit breiter Mehrheit abgelehnt. Lediglich die FDP stimmte mit Enthaltung. Als einen Grund für den Rückgang der Zahlen führte der Parlamentarische Innenstaatssekretär Günter Krings (CDU) während der Debatte an, dass „viele Missionen erfolgreich zurückgefahren oder beendet werden konnten, weil sie eben geglättet sind“. Außerdem verwies er auf steigende Abordnungszahlen an die EU-Grenzschutzbehörde Frontex. Dies stelle Polizeien des Bundes und der Länder vor große personalpolitische Herausforderungen.

Martin Hess (AfD) warnte, Polizeimissionen dürften „niemals auf Kosten der inneren Sicherheit in Deutschland gehen“.

Susanne Mittag (SPD) begrüßte die Möglichkeiten der Verlängerung von Einsatzzeiten auf bis zu 24 Monate. Auch könnten inzwischen erfahrene Beamte durch Dienstzeitverlängerung länger im Einsatz verbleiben, „wenn sie das denn wollen“.

Konstantin Kuhle (FDP) befand, die mangelnde Bereitschaft zu Auslandseinsätzen haben mit dem Fehlen von Respekt und Wertschätzung zu tun.

Ottmar von Holtz (Grüne) bemängelte, die Regierung tue zu wenig, damit zurückgekehrten Polizisten keine Nachteile mehr aus ihrem Auslandsaufenthalt erwachsen.

Ulla Jelpke (Die Linke) forderte, die Polizeieinsätze dürften „nicht in einem neokolonialen Kontext stehen“.

Thorsten Frei (CDU) sagte, durch die Schaffung von 11.000 zusätzlichen Stellen bis 2025 könne es gelingen, für die innere Sicherheit in Deutschland zu sorgen und die deutsche Verantwortung in der Welt wahrzunehmen. hau

Gefährliche Hisbollah

INNEN III Hitzige Wortgefechte um Verbots-Antrag der AfD

Die Aktivitäten der libanesischen Hisbollah-Organisation, die auch in Deutschland aktiv ist, werden von allen Bundestagsfraktionen sehr kritisch bewertet. Für einen von der AfD-Fraktion eingebrachten Antrag (19/10624) mit der Forderung nach einem Verbot der Hisbollah zeichnet sich dennoch keine Mehrheit ab. Das wurde vergangene Woche während der ersten Beratung der Vorlage deutlich.

Dabei sagte Beatrix von Storch (AfD), es stelle sich nicht die Frage, ob die Hisbollah verboten werden muss. Vielmehr stelle sich die Frage, „warum das nicht längst geschehen ist“. Die Hisbollah führe einen Terrorkrieg gegen die israelische Zivilbevölkerung. „Die Hisbollah und ihre Anhänger gehören nicht nach Deutschland; die müssen hier raus“, sagte die AfD-Abgeordnete.

Marian Wendt (CDU) betonte, die Hisbollah werde in Deutschland schon seit Langem durch die Sicherheitsbehörden beobachtet. Wendt sagte weiter, er nehme der AfD die Ernsthaftigkeit des Antrags nicht ab. Würde sie es mit dem Verbot ernst mei-

nen und Israel als Partner unterstützen wollen, müsse die AfD Russland verurteilen, das Waffen an die Hisbollah schicken und damit den Kampf gegen Israel unterstützen würde.

Benjamin Strasser (FDP) nannte es verlogen, dass ausgerechnet die AfD sich als Vorkämpferin für das Existenzrecht Israels geriere. „Sie benutzen den muslimischen Antisemitismus, den es auch gibt, dazu, um den eigenen Antisemitismus zu verdecken“, sagte er.

Uli Grötsch (SPD) sagte, die AfD wolle nicht den Judenhas bekämpfen, sondern Islamhass säen. „Das ist doch die Wahrheit und der Kern Ihres Antrags.“

Katrin Vogler (Die Linke) befand, der AfD gehe es wieder einmal um Hass und Hetze gegen Muslime. Tatsächlich trage aber der Antisemitismus in Deutschland „vor allem eine rechtsextreme Fratze“.

Omid Nouripour (Grüne) kündigte an: „Wir werden hier Sachpolitik machen und uns nicht von dieser Verlogenheit treiben lassen.“ hau



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Eine Frau aus Guinea bei einem Kurs im E-Schweißen in Bremen © picture-alliance/dpa

Lars Castellucci (SPD) sagte, Deutschland sei ein Einwanderungsland, und Einwanderung brauche Regeln, die mit dem Gesetz geschaffen würden. „Es ist ein guter Tag für Deutschland, dass wir das heute tun“, fügte er hinzu. Für ein solches Gesetz habe die SPD 20 Jahre gekämpft.

Mathias Middelberg (CDU) nannte das Fachkräfteeinwanderungsgesetz einen „sehr guten und ausgewogenen Kompromiss“ zwischen einer Öffnung hin zu „mehr Einwanderung, die wir brauchen“, und dem Ziel, diese Einwanderung bedarfsorientiert zu steuern. sto



Wichtige Wegmarken im deutsch-polnischen Verhältnis (von links nach rechts): Weltkriegsgedenken mit Polens Präsident Andrzej Duda in Danzig, länderübergreifende Infobeschilderung entlang der Autobahn A 12, um an die friedliche Überwindung der Zeiten des Eisernen Vorhangs vor 25 Jahren zu erinnern, Osterweiterung 2004

Eine Frage der Anerkennung

POLEN Das Verhältnis zum deutschen Nachbarn bleibt schwierig. Nach wie vor ist die Geschichte omnipräsent

Das Barometer fällt stetig in den polnisch-deutschen Beziehungen. Zumindest gilt das für die östliche Perspektive. Vor 15 Jahren, beim Beitritt ihres Landes zur EU, bewerteten 80 Prozent der Polen das Verhältnis zu ihren Nachbarn im Westen als gut. Sieben Jahre später waren es noch 70 Prozent. Heute sind es keine 60 Prozent mehr. Die Deutschen sind sprunghafter in ihrem Urteil. Sie starteten bei 60 Prozent und erreichten sieben Jahre später einen Spitzenwert von 70 Prozent, bevor die Stimmung kippte. Nach den Wahlsiegen der nationalkonservativen PiS in Polen im Jahr 2015 fiel die Zustimmung zeitweise auf 31 Prozent. Diese Ergebnisse des aktuellen Deutsch-Polnischen Barometers 2019, das vom Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten herausgegeben wird, korrespondieren auffällig mit Einschätzungen auf politischer Ebene. Auch hier war die Gesprächsatmosphäre bis vor wenigen Jahren schon einmal eine andere, man denke etwa an den Austausch zwischen Polen, Deutschland und Frankreich im „Weimarer Dreieck“. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD), der zugleich Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-polnische Zusammenarbeit ist, konstatierte zuletzt „ernsthafte Meinungsverschiedenheiten“. Im Blick hatte er dabei das Rechtsstaatsverfahren der EU-Kommission gegen Polen. Aus Brüsseler Sicht holt die PiS-Regierung vor allem mit ihren Justizreformen die Gewaltenteilung

aus. Deutschland unterstütze die EU-Sicht, schrieb Woidke, nicht ohne einen konstruktiven Dialog anzunehmen. Den allerdings vermisst man auch in Polen gelegentlich. So nennt Außenminister Jacek Czaputowicz die deutsche Haltung zur umstrittenen Ostseepipeline Nord Stream 2 eine „antieuropäische Position“. Differenzen gibt es zudem in der Migrationspolitik oder beim Klimaschutz. Die Regierung in Warschau lehnt Flüchtlingsquoten rundweg ab, ebenso wie einen Ausstieg aus der Kohle, die in Polen fast 80 Prozent zum Energiehaushalt beiträgt. Auch in der Außen- und Sicherheitspolitik ist man sich nicht immer einig. Das gilt besonders für das historisch so belastete Verhältnis zu Russland. Überhaupt, die Geschichte: 2019 ist wieder so ein deutsch-polnisches Gedenkjahr, in dem alles zusammenzukommen scheint, was die Nachbarn im Herzen Europas so schmerzhaft trennt, aber auch schicksalhaft und mitunter sogar glücklich verbindet. Die EU-Osterweiterung vor 15 Jahren und Polens Nato-Beitritt vor 20 Jahren sind ja nur die jüngsten Erinnerungsdaten. Vor 30 Jahren fiel die Mauer, ein Ereignis, das ohne den Freiheitskampf der Solidarnosc nicht denkbar wäre. Doch die Mauer war eine Folge des Weltkriegs, und das Denken an das Grauen überlagert alle Erin-

nerungen an die Freude von 1989: In wenigen Wochen jährt sich der Überfall der Wehrmacht auf Polen zum 80. Mal. Mit ihm begann das nationalsozialistische Deutschland am 1. September 1939 seine Vernichtungsfeldzüge im Osten Europas. **Aufstand** Fünf Jahre später, am 1. August 1944, erhoben sich Kämpfer der polnischen Heimatarmee (Armia Krajowa/AK) gegen die deutsche Besatzungsmacht. 75 Jahre ist es her, dass SS-Einheiten und Wehrmachtsoldaten Warschau bis auf die Grundmauern niederbrannten. Das Gedenken an den todesmutigen Aufstand der AK und an die folgenden Verheerungen ist in Polen bis heute nicht weniger präsent als die Erinnerung an den Beschuss der Danziger Westerplatte und den Gedenkjahr, in dem alles zusammenzukommen scheint, was die Nachbarn im Herzen Europas so schmerzhaft trennt, aber auch schicksalhaft und mitunter sogar glücklich verbindet. Die EU-Osterweiterung vor 15 Jahren und Polens Nato-Beitritt vor 20 Jahren sind ja nur die jüngsten Erinnerungsdaten. Vor 30 Jahren fiel die Mauer, ein Ereignis, das ohne den Freiheitskampf der Solidarnosc nicht denkbar wäre. Doch die Mauer war eine Folge des Weltkriegs, und das Denken an das Grauen überlagert alle Erin-

nerungen an die Freude von 1989: In wenigen Wochen jährt sich der Überfall der Wehrmacht auf Polen zum 80. Mal. Mit ihm begann das nationalsozialistische Deutschland am 1. September 1939 seine Vernichtungsfeldzüge im Osten Europas. **Aufstand** Fünf Jahre später, am 1. August 1944, erhoben sich Kämpfer der polnischen Heimatarmee (Armia Krajowa/AK) gegen die deutsche Besatzungsmacht. 75 Jahre ist es her, dass SS-Einheiten und Wehrmachtsoldaten Warschau bis auf die Grundmauern niederbrannten. Das Gedenken an den todesmutigen Aufstand der AK und an die folgenden Verheerungen ist in Polen bis heute nicht weniger präsent als die Erinnerung an den Beschuss der Danziger Westerplatte und den Gedenkjahr, in dem alles zusammenzukommen scheint, was die Nachbarn im Herzen Europas so schmerzhaft trennt, aber auch schicksalhaft und mitunter sogar glücklich verbindet. Die EU-Osterweiterung vor 15 Jahren und Polens Nato-Beitritt vor 20 Jahren sind ja nur die jüngsten Erinnerungsdaten. Vor 30 Jahren fiel die Mauer, ein Ereignis, das ohne den Freiheitskampf der Solidarnosc nicht denkbar wäre. Doch die Mauer war eine Folge des Weltkriegs, und das Denken an das Grauen überlagert alle Erin-

nerungen an die Freude von 1989: In wenigen Wochen jährt sich der Überfall der Wehrmacht auf Polen zum 80. Mal. Mit ihm begann das nationalsozialistische Deutschland am 1. September 1939 seine Vernichtungsfeldzüge im Osten Europas. **Aufstand** Fünf Jahre später, am 1. August 1944, erhoben sich Kämpfer der polnischen Heimatarmee (Armia Krajowa/AK) gegen die deutsche Besatzungsmacht. 75 Jahre ist es her, dass SS-Einheiten und Wehrmachtsoldaten Warschau bis auf die Grundmauern niederbrannten. Das Gedenken an den todesmutigen Aufstand der AK und an die folgenden Verheerungen ist in Polen bis heute nicht weniger präsent als die Erinnerung an den Beschuss der Danziger Westerplatte und den Gedenkjahr, in dem alles zusammenzukommen scheint, was die Nachbarn im Herzen Europas so schmerzhaft trennt, aber auch schicksalhaft und mitunter sogar glücklich verbindet. Die EU-Osterweiterung vor 15 Jahren und Polens Nato-Beitritt vor 20 Jahren sind ja nur die jüngsten Erinnerungsdaten. Vor 30 Jahren fiel die Mauer, ein Ereignis, das ohne den Freiheitskampf der Solidarnosc nicht denkbar wäre. Doch die Mauer war eine Folge des Weltkriegs, und das Denken an das Grauen überlagert alle Erin-

nerungen an die Freude von 1989: In wenigen Wochen jährt sich der Überfall der Wehrmacht auf Polen zum 80. Mal. Mit ihm begann das nationalsozialistische Deutschland am 1. September 1939 seine Vernichtungsfeldzüge im Osten Europas. **Aufstand** Fünf Jahre später, am 1. August 1944, erhoben sich Kämpfer der polnischen Heimatarmee (Armia Krajowa/AK) gegen die deutsche Besatzungsmacht. 75 Jahre ist es her, dass SS-Einheiten und Wehrmachtsoldaten Warschau bis auf die Grundmauern niederbrannten. Das Gedenken an den todesmutigen Aufstand der AK und an die folgenden Verheerungen ist in Polen bis heute nicht weniger präsent als die Erinnerung an den Beschuss der Danziger Westerplatte und den Gedenkjahr, in dem alles zusammenzukommen scheint, was die Nachbarn im Herzen Europas so schmerzhaft trennt, aber auch schicksalhaft und mitunter sogar glücklich verbindet. Die EU-Osterweiterung vor 15 Jahren und Polens Nato-Beitritt vor 20 Jahren sind ja nur die jüngsten Erinnerungsdaten. Vor 30 Jahren fiel die Mauer, ein Ereignis, das ohne den Freiheitskampf der Solidarnosc nicht denkbar wäre. Doch die Mauer war eine Folge des Weltkriegs, und das Denken an das Grauen überlagert alle Erin-

Viele Polen haben für Zwischentöne ein außergewöhnlich gutes Gehör.

Kriegsbeginn. All das muss man bedenken, wenn man die wieder aufgeflamten Debatten über polnische Reparationsforderungen an Deutschland angemessen einordnen will. Jenseits der Oder trifft das Thema bei vielen Menschen einen Nerv, während Politiker, Publizisten und Juristen hierzulande meist verbal abwinken: Letzte offene Entschuldigungsfragen seien im deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag von 1991 geregelt worden. Zwei von drei Polen sind dennoch der Meinung, die Bundesrepublik habe die

Unter Brennglas Eine große Mehrheit der Völkerrechtler, nicht nur in Deutschland, ist sich einig, dass es für eine solche Reparationsrechnung keine juristische Grundlage gibt. Aber rechtliche und moralische Normen sind nicht immer deckungsgleich, und so zeigt sich in der Reparationsdebatte wie unter einem Brennglas, wo es im deutsch-polnischen Verhältnis seit Jahren hakt, und zwar ganz grundsätzlich, unabhängig von regierenden Parteien: bei der wechselseitigen Würdigung von historischen Leistungen und Leiden. Dabei geht es, wohlgerneht, aus polnischer Perspektive viel weniger um deutsche Bekenntnisse, die es ja auch außer-

halb von Sonntagsreden durchaus gibt. Es geht vielmehr um die Zwischentöne, für die viele Polen mit ihrer besonderen historischen Sensibilität ein außergewöhnlich gutes Gehör haben. Um es konkret zu machen, muss man gar nicht Großthemen wie Nord Stream 2 bemühen. Erinnert sei an das Jahr 2014, als die A12 zwischen Berlin und der Oder-Grenze in „Autobahn der Freiheit“ umgetauft werden sollte. Die Initiative dazu hatte der polnische Präsident Bronislaw Komorowski gestartet, der sich den Namen für die gesamte Strecke zwischen der deutschen und der polnischen Hauptstadt wünschte, um die historische Dimension des freien Personen- und Warenverkehrs zu unterstreichen. Die Polen hatten mit der Beschilderung „Autostrada Wolności“ vorgelegt. Deutsche Kommentatoren dagegen äußerten oft Unverständnis – und offenbarten damit ihre Geschichtsblindheit: Die A12, hieß es, sei doch vor allem eine Todespiste für Raser und eine Fluchtstrecke für Autodiebe. Das Deutsch-Polnische Barometer 2019 zeigt, dass fast die Hälfte der Polen die eigene Rolle in der Geschichte für „international nicht ausreichend anerkannt“ hält. Das gilt für die historische Leistung der Solidarnosc ebenso wie für die Opfer während des Weltkriegs und unter der Sowjetherrschaft. Von solchen Überzeugungen wiederum, das belegen demoskopische Analysen regelmäßig, profitiert eine nationalkonservative Partei wie die PiS fast zwangsläufig. Zuletzt zeigte sich das bei der Europawahl, als die

PiS mit 45,4 Prozent und einem Plus von 14 Punkten ihr bislang bestes Ergebnis bei Parlamentswahlen erzielte. Der Blick im politischen Warschau geht allerdings bereits voraus. Im Oktober wählen die Polen ihr Parlament mit den beiden Kammern Sejm und Senat neu. Im Frühjahr 2020 folgt die Präsidentschaftswahl, bei der Amtsinhaber und PiS-Kandidat Andrzej Duda von Ex-Premier und dem heutigen EU-Ratspräsidenten Donald Tusk herausgefordert werden könnte. Tusk-Kenner in Warschau gehen allerdings davon aus, dass der 62-Jährige nur dann antritt, wenn er eine echte Chance hat. **PiS weiter vorn** Doch danach sieht es derzeit nicht aus. Vor der Europawahl hatte die Opposition zwar ein breites Bündnis geschmiedet, das von der postsocialistischen SLD über die Grünen und Tusks liberal-konservativer PO bis zur strukturkonservativen Bauernpartei reichte. Hinzu kam die neugegründete linksliberale Bewegung Wiosna (Frühling) von Robert Biedron, der 2011 der erste offen homosexuell lebende Sejm-Abgeordnete war. Aktuelle Umfragen sehen allerdings die PiS vorn, mit ähnlichen Werten wie bei der Europawahl. In Brüssel und Berlin stellt man sich bereits auf weitere „ernsthafte Meinungsverschiedenheiten“ mit der Regierung in Warschau ein. *Ulrich Krökel*

Der langjährige Polen-Korrespondent ist heute freier Journalist in Berlin.

Gemeinsames Gedenken

ERINNERUNGSJAHR Treffen der deutsch-polnischen Parlamentariergruppen von Sejm und Bundestag

Das Jahr 2019 ist für die deutsch-polnischen Beziehungen ein zentrales Gedenkjahr: Vor 80 Jahren begann am 1. September 1939 mit dem deutschen Angriff auf Polen der Zweite Weltkrieg. Am 1. August 1944, vor 75 Jahren, erhob sich die Polnische Heimatarmee im Warschauer Aufstand gegen die deutschen Besatzer. Vor 30 Jahren schließlich, im Jahre 1989, fiel der Eisener Vorhang, und an diesem Fall hatte die polnische Solidarnosc-Bewegung erheblichen Anteil. Die Vorsitzenden der bilateralen Parlamentariergruppen von Sejm und Bundestag, Bartłomiej Wróblewski (PiS) und Manuel Sarrazin (Grüne), waren sich bei einem Treffen in der vergangenen Woche in Berlin einig, dass Deutsche und Polen diese Jahrestage gemeinsam begehen sollten: Wróblewski wies darauf hin, dass Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und sein polnischer Amtskollege Andrzej Duda sich am 1. September in Wielun und später in Warschau treffen würden. Die damals grenznahe polnische Kleinstadt Wielun war 1939 als eine der ersten von deutschen Luftangriffen weitgehend zerstört worden. Polens Außenminister Jacek Krzysztof Czaputowicz habe zudem seinen deutschen Amtskollegen Heiko Maas für den 1. August, den Jahrestag des Warschauer Aufstands, in die polnische Hauptstadt eingeladen.

Wróblewski erinnerte daran, dass in Polen 1989 erstmals wieder nach 50 Jahren in der Welt hinter dem Eisernen Vorhang frei gewählt werden konnte. Er dankte für eine fraktionsübergreifende Initiative deutscher Politiker, ein Denkmal für die polnischen Opfer des NS-Regimes in Berlin zu errichten und nannte in diesem Zusammenhang die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU) sowie die Abgeordneten

Dietmar Nietan (SPD), Thomas Nord (Die Linke) und Manuel Sarrazin. „Wir schätzen diese Geste“, sagte der Abgeordnete aus Posen. Sarrazin unterstrich, dass es im Gedenkjahr auch darum gehe, die deutsche Wiedervereinigung als Teil der europäischen Ereignisse 1989 zu verstehen und den Beitrag der damaligen polnischen Oppositionsbewegung, aber auch der anderen späteren Vise-

grad-Staaten Tschechien, Slowakei und Ungarn, stärker in den Mittelpunkt des Erinnerns zu stellen. Dass die Polen 1989 Monate vor dem Mauerfall mit der Regierung Tadeusz Mazowiecki eine progressive Reformregierung ins Amt gewählt haben, sei im deutschen Erinnern an den Epochenwechsel häufig nicht präsent. Bei dem Treffen der Parlamentariergruppen ging es zudem um die weitere Entwicklung gemeinsam genutzter Infrastrukturen: Der polnische Abgeordnete Norbert Obyrci von der oppositionellen Bürgerplattform (PO) sagte mit Blick auf Eisenbahn- und Autobahnverbindungen zwischen Deutschland und Polen, dass selbst kleinere, nicht zu teure Projekte häufig starke politische Impulse benötigen würden. Mit Blick auf die Bahnverbindung zwischen Berlin und Stettin (Szczecin) scheine nun der politische Wille auf der Bundesebene da zu sein: Bis 2026 solle die Strecke elektrifiziert und modernisiert sein. *vom/lahe*



Die Vorsitzenden der bilateralen Parlamentariergruppen von Sejm und Bundestag, Bartłomiej Wróblewski (PiS, links im Bild) und Manuel Sarrazin (Grüne)

Anzeige

Hochschule Augsburg University of Applied Sciences

Ihr Wissen ist gefragt!

Die Hochschule Augsburg stellt als eine der größten bayerisch-schwäbischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften Qualität, Persönlichkeit, Offenheit und Partnerschaft in den Fokus ihrer Arbeit. Unser Auftrag ist es, Persönlichkeiten zu entwickeln, die in Wirtschaft und Gesellschaft gefragt sind.

An der **Fakultät für Wirtschaft** sind folgende Vollzeitstellen in der Besoldungsgruppe W2 ab dem **Sommersemester 2020** oder später zu besetzen:

Professur für Applied Data Science
Professur für Digital Business

Bewerbungsschluss ist der 01.07.2019.

Mehr Infos unter: www.hs-augsburg.de/karriere

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Österreichs Interims-Kanzlerin Brigitte Bierlein und Bundespräsident Alexander Van der Bellen

© picture-alliance/Michael Gruber/EXPA/picturedesk.com

Weg frei zum Nato-Beitritt

AUSWÄRTIGES I Die Bundesregierung will die Voraussetzungen für einen Nato-Beitritt der Republik Nordmazedonien schaffen, nachdem die Staats- und Regierungschefs der Nato-Mitgliedstaaten dem Land im Juli 2018 zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen eingeladen hatten. Einem entsprechenden Gesetzentwurf (19/9744) stimmte der Bundestag am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von AfD und Linken zu. Zuvor hatte auch der Bundesrat keine Einwände gegen die Pläne erhoben (19/10418).

In der Antragsbegründung zeigt sich die Bundesregierung überzeugt, dass der Beitritt Nordmazedoniens in das Bündnis „einen Beitrag zu Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen Raum leisten wird“. Die Linke sprach sich demgegenüber in einem Entschließungsantrag (19/10687) gegen die Aufnahme des Landes in die Nato aus. Dadurch, dass seit der deutschen Vereinigung 13 mitteleuropäische Staaten in den Nordatlantikpakt eingetreten seien, wäre die Kriegsgefahr in Europa gewachsen, argumentierten sie.

Als EU- und Nato-Mitglied hatte Griechenland wegen des Streits um den Landesnamen jahrelang jede Annäherung Mazedoniens an die westlichen Bündnisse blockiert; eine Region im Norden Griechenlands heißt ebenfalls Mazedonien. Erst seit Februar 2019 ist der Konflikt gelöst: Nach einer Übereinkunft mit Griechenland nennt sich das frühere Mazedonien offiziell Nordmazedonien. *joH*

Die Gräben sind tief

ÖSTERREICH Nach dem Zerfall der ÖVP/FPÖ-Koalition übernimmt ein Experten-Kabinetts die Geschäfte

Seit vergangener Woche hat Österreich eine Regierung ohne Politiker. Niemand im Kabinetts der neuen Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein hat schon einmal bundesweit zur Wahl gestanden. Bis zur vorgezogenen Wahl, die voraussichtlich am 29. September abgehalten werden wird, und der darauf folgenden regulären Regierungsbildung sollen die bisherigen Richter, Beamten, ein Diplomat und ein Soldat das Land steuern, ohne eine förmliche Mehrheit im Parlament hinter sich zu haben. Allerdings haben die Fraktionen im Nationalrat vorerst ihre Unterstützung oder zumindest Billigung bekundet.

Dieses Experiment ist eine Folge der Ibiza-Affäre, die zum Zerfall der Mitte-Rechts-Koalition von ÖVP und FPÖ unter Bundeskanzler Sebastian Kurz und zum Sturz von Kurz durch ein Misstrauensvotum des Parlaments führte. Mitte Mai waren Sequenzen eines Videos bekanntgeworden, auf denen der damalige FPÖ-Vorsitzende und Vizekanzler Heinz-Christian Strache und FPÖ-Klubobmann (Fraktionsvorsitzen-

der) Johann Gudenus mit offensichtlich korrupten Angeboten zu sehen und zu hören waren. In einer Villa auf der Baleareninsel Ibiza unterhielten sie sich im Sommer 2017 mit einer Frau, die sie für die reiche Nichte eines russischen Oligarchen hielten, und ihrem Begleiter über eine Kooperation, die zuvor über Monate hinweg mit Gudenus angebahnt worden war. Die beiden Politiker stellten der Frau in Aussicht, ihr Staatsauftrag oder Zuschläge bei Privatisierungen etwa der Wasserversorgung zuzuschützen. Dafür sollte sie der FPÖ im Wahlkampf helfen, sei es durch Spenden an parteinahe Vereine, sei es durch publizistische Unterstützung mit der „Kronen-Zeitung“, welche die Frau übernehmen zu wollen vorgab. Doch die Geschichte der „Nichte“ war gefälscht, das ganze Arrangement eine Falle.

Das Video wurde in Kooperation eines Wiener Rechtsanwalts und mehrerer Männer einer „Sicherheitsfirma“, die sich mit Betriebsespionage auskennen, produziert. Ob sie das auf eigene Faust machten, etwa um Geld herauszuschlagen,

oder ob sie von anderer Seite einen Auftrag oder eine Anregung dazu bekamen, war – zumindest zu Drucklegung dieser Ausgabe – noch offen. Jedenfalls versuchten sie im Wahljahr 2017 vergebens, das Material österreichischen Medien oder bekannten Gegnern der rechten FPÖ für Millionenbeträge zu verkaufen. 2019 fanden sie bei einem erneuten Versuch in Deutschland Abnehmer. Die „Süddeutsche Zeitung“ und der „Spiegel“ publizierten einen Zusammenschritt der politisch heiklen Aussagen. Nach eigenen Angaben haben die Medien dafür kein Geld gezahlt. Aber es gibt plausible Berichte, wonach ein oder mehrere dritte Gönner mittels einer Berliner Anwaltskanzlei mehrere hunderttausend Euro dafür bezahlt haben.

Entlassung Strache und Gudenus traten schon am Tag nach der Veröffentlichung von ihren Ämtern zurück. Kanzler Kurz verlangte darüber hinaus, dass Innenminister Herbert Kickl, der als der strategische Kopf der FPÖ gelten darf, sein Amt aufgeben. Dazu war die FPÖ nicht bereit. Kickl wurde auf Veranlassung Kurz' ent-

lassen, die übrigen FPÖ-Minister traten zurück. Damit hatte Kurz im Nationalrat keine Mehrheit mehr hinter sich. Bei der Nachbesetzung der Ministerposten bemühte er sich auch nicht sonderlich um Berücksichtigung der Oppositionsparteien, der sozialdemokratischen SPÖ unter Pamela Rendi-Wagner, der liberalen Neos oder der Grünen-Abspaltung „Jetzt“.

Nach der Europawahl, die die SPÖ, FPÖ und „Jetzt“ deutliche Verluste brachte, Kurz' christdemokratischer ÖVP hingegen einen deutlichen Zugewinn, zogen die Wahlverlierer für sich die Konsequenz, den Kanzler im Parlament zu stürzen. Anders als in Deutschland ist dazu nicht ein konstruktives Misstrauensvotum nötig, also eine Mehrheit für einen anderen Kanzler. Die zunächst zaudernde Rendi-Wagner setzte sich dabei an die Spitze der Bewegung, indem sie das Misstrauensvotum auf die gesamte Regierung ausdehnte – ein Schritt, der vielfach als überzogen kritisiert wurde. Die Neos, obgleich ebenfalls Kritiker von Kurz, stimmten als einzige gegen das Misstrauensvotum, doch für Kurz reichte das nicht. Den ÖVP-Vorsit-

zen den hat das jedoch in die Lage versetzt, seine Anhänger im anstehenden Wahlkampf mit dem Ziel zu mobilisieren, ihn zurück ins Kanzleramt am Wiener Ballhausplatz zu bringen. Dem Anschein nach läuft genau darauf seine Taktik hinaus.

Ad-Hoc-Mehrheiten Eine besondere Rolle spielte in der Regierungskrise das Staatsoberhaupt, Bundespräsident Alexander Van der Bellen. Der einstige Grünen-Vorsitzende unterstützte Kurz' Ansinnen zu vorzeitigen Neuwahlen. Ihm oblag es nach der Bundesverfassung auch, eine andere Person mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Er ernannte die bisherige Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs, Bierlein ist damit der erste weibliche Regierungschef in Österreich seit Maria Theresia. Doch will die Regierung das Land nur verwalten und keine politischen Initiativen ergreifen. Eine andere Frage ist es, ob sich in den kommenden Wahlkampfmonaten im Parlament noch Ad-Hoc-Mehrheiten bilden, um Beschlüsse zu fassen – etwa um soziale Wohltaten zu vergeben oder um einzelne Beschlüsse der kurzlebigen ÖVP-FPÖ-Regierung zurückzudrehen. Freilich, die Gräben sind tief. *Stephan Löwenstein*

Der Autor ist FAZ-Korrespondent für Österreich und angrenzende Länder.

Die Geschichte der »Nichte« war gefälscht, das ganze Arrangement eine Falle.

Brigitte Bierlein ist der erste weibliche Regierungschef Österreichs seit Maria Theresia.

Verlust an Land und Nahrung

ENTWICKLUNG Experten warnen vor noch mehr Hunger als Folge des Klimawandels

Geht es nach den Vereinten Nationen, sollen Hunger und Mangelernährung bis zum Jahr 2030 der Vergangenheit angehören. Doch das Ziel rückt in weite Ferne: War die Zahl der hungernden Menschen jahrzehntelang gesunken, steigt sie seit vier Jahren wieder an. Heute sind laut der UN-Landwirtschaftsorganisation FAO mehr als 820 Millionen Menschen unterernährt, alle zehn Sekunden stirbt ein Kind unter fünf Jahren an den Folgen von Hunger – letztlich geht jeder zweite Sterbefall von Kindern weltweit darauf zurück.

Kampf um Ressourcen Der Klimawandel wird dieses Problem weiter verschärfen. Darin waren sich vergangene Woche die meisten Experten in einer öffentlichen Anhörung des Entwicklungsausschusses einig. Durch Dürren, Überschwemmungen oder Versteppung ginge immer mehr Land verloren, der Kampf um die ohnehin knappe Ressource werde sich in der Konsequenz massiv verstärken, warnen sie.

„Es gibt schon jetzt nicht genug Nahrung, um die Weltbevölkerung gesund zu ernähren“, betonte der Direktor des Zentrums für Entwicklungsforschung (ZEF), Professor Joachim von Braun. Um das zu ändern, seien große Investitionen in Klimaschutz und Agrarentwicklungs politik erforderlich. Braun verwies auf frühere Berechnungen, wonach jährlich rund 22 Milliarden Dollar für Ernährungshilfen und Investitionen in die Landwirtschaft der Entwicklungsländer nötig seien, um bis 2030 eine Welt ohne Hunger zu schaffen. Wegen der wachsenden Klimarisiken müssten nun noch mehr Mittel aufgewendet werden.

Für eine ökologischere und nachhaltigere Landwirtschaft sprach sich der Generalsekretär der Deutschen Welthungerhilfe, Mathias Mogge, aus. Er lenkte das Augenmerk vor allem auf den steigenden Fleischkonsum, wodurch mehr Flächen für Viehhaltung und Futterproduktion verbraucht würden. Es sei auch Aufgabe der Politik, dem ordnungspolitisch entgegenzuwirken, urteilte er. Eine Lösung könne etwa die Einführung einer CO2-Steuer sein.

Lösung Freihandel? Der Agrarreferent des FoodFirst Informations- und Aktionsnetzwerks FIAN, Roman Herre, rechnete vor,

dass der Klimawandel bis zum Jahr 2100 zu einem Netto-Land-Verlust von 3,5 Millionen Quadratkilometern führen werde. „Das entspricht etwa der doppelten Agrarfläche der Europäischen Union“. Besonders werde das die am wenigsten entwickelten Länder betreffen. Von den Abgeordneten gefragt, ob Freihandelsabkommen zu mehr Ernährungssicherheit beitragen könne, entgegnete Herre, diese spielten durchaus eine zentrale Rolle. Doch es gebe auch negative Effekte, etwa weil hohe Importkosten häufig die Nahrungsmittelpreise in die Höhe treiben würden. Deshalb sei es notwendig, den Fokus stärker auf die Entwicklung lokaler Ernährungssysteme legen.

Anti-These Gegen die Aussagen der drei Sachverständigen stellte sich der Journalist Edgar Ludwig Gärtner. Er nannte den Treibhauseffekt „nicht nachweisbar“, auch gebe es keine Klimafüchtlinge, sondern „Wetterflüchtlinge“. Die Öko-Landwirtschaft sah Gärtner als nicht geeignet an, um mehr Ernährungssicherheit zu schaffen. Wenn die Produktivität der Landwirtschaft verdoppelt werden müsse, gebe es keine Alternative zu „Kunstdünger und moderner Gentechnik“, sagte er. Seine Aussagen stießen bei den Abgeordneten aller Fraktionen, mit Ausnahme der AfD, auf Ablehnung. *Johanna Metz*

»Mehr Kompass« erwünscht

MENSCHENRECHTE Geteiltes Experten-Echo für Bericht der Bundesregierung

Der 13. Bericht über die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung (19/7730) stößt bei Experten auf ein geteiltes Echo. In einer Anhörung des Menschenrechtsausschusses diskutierten die Sachverständigen vergangene Woche über enger werdende Spielräume für Menschenrechtsaktivisten weltweit, die Schwächung des internationalen Menschenrechtssystems und die Herausforderung durch China.

Blick auf Polen Markus Beeko (Amnesty International) vermisste eine Akzentuierung zentraler Herausforderungen und kritisierte, dass im Länderteil nicht die Menschenrechtssituation befreundeter Staaten beleuchtet werde. Mit Blick auf Artikel-7-Verfahren der EU zur Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn sei dies eine Frage der Glaubwürdigkeit. Ulrich Delius (Gesellschaft für bedrohte Völker) wünschte sich zuweilen „mehr Kompass“ im Auswärtigen Amt, ob Menschenrechte oder eher Stabilität im Vordergrund stehen sollten und nannte das Beispiel des Sudans, wo Menschenrechtsaktivisten den Sturz des Diktators bewirkt hätten, die vom

Auswärtigen Amt zuvor völlig unterschätzt worden seien. „Was bedeutet Stabilität und ist es eine langfristige Stabilität, wenn man solche Regime stützt?“

Rainer Dopp (Nationale Stelle zur Verhütung von Folter) lenkte den Blick auf Defizite in Deutschland: So gebe es Fixierungen in psychiatrischen Einrichtungen und in Polizeidienststellen, die etwa ohne Sitzwache durchgeführt würden. Auch in der Altenpflege würden freiheitsbeschränkende Maßnahmen häufig nicht als problematisch wahrgenommen, etwa dann, wenn demenziell erkrankte Bewohner daran gehindert würden, die Einrichtung verlassen.

Monika Hauser (medica mondiale e. V.) machte auf das „epidemiologische Ausmaß“ sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen weltweit aufmerksam, das auch vor Deutschland nicht halt mache. Die Bundesregierung lasse für dieses Problem in ihrer Menschenrechts- und Außenpolitik keine kohärente Strategie erkennen. Gewalt gegen Frauen sei kein Kriterium bei der Einstufung von Ländern als sichere Herkunftsstaaten, es gebe Migrationspartnerschaften mit frauenverachtenden Regimen.

Michael Krennerich (Universität Erlangen-Nürnberg) unterstrich die Bedeutung der sozialen Menschenrechte: Diese könnten auf Schutzlücken aufmerksam machen, die selbst in einem Sozialstaat wie Deutschland existieren, wie die Beispiele Kinderarmut, Wohnungsnot und Pflege zeigen würden. Eine Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt durch Deutschland sei „längst überfällig“.

»Libanonisierung« Michael Ley (ehemaliger Ko-Direktor des Boltzmann Instituts für Politik, Religion und Anthropologie) warnte davor, Migration zu einem Menschenrecht aufzuwerten. Das klinge zwar human und freundlich, habe aber Folgen: Migration sei nicht mehr steuerbar, das Asylrecht im herkömmlichen Sinne nicht mehr haltbar. Ley warnte vor einer „Libanonisierung der Gesellschaft“ und vor einem aus islamischen Ländern importierten Antisemitismus. Christian Mihr (Reporter ohne Grenzen) lenkte den Blick auf das technisch hoch entwickelte System staatlicher Überwachung des Internets in China, mit dem die Behörden unerwünschte Themen im Keim ersticken würden. Peking versuche ein „alternatives Menschenrechtsnarrativ zu etablieren, das Universalität der Menschenrechte grundsätzlich verneint“, und das auch für andere Länder attraktiv erscheine. *Alexander Heinrich*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Nach Golde drängt, am Golde hängt doch alles. Ach wir Armen“, hatte Goethe einst im „Faust“ gedichtet. Der Hang zum Gold ist ungebrochen.

Fast 9.000 Tonnen sollen die Bundesbürger gehört haben; die Bundesbank besitzt über 3.000 Tonnen, und auch im internationalen Zahlungsverkehr spielt Gold eine Rolle: Der Pleite-Staat Venezuela sicherte 2016 einen 750-Millionen-Dollar-Kredit der Deutschen Bank mit 20 Tonnen Gold ab. Da die sozialistische Regierung zahlungsunfähig ist, konnte sie den Kredit nicht mehr bedienen. Folge: Die Deutsche Bank soll das bei der Bank of England deponierte Gold gepfändet haben.

Gold als zu hinterlegendes Pfand – das gefällt auch der AfD. Sie fordert in einem Antrag (19/9232) eine umfassende Besicherung von Target2-Forderungen der Bundesbank gegen die Europäische Zentralbank (EZB) durch Vermögensgegenstände inklusive Gold und Goldforderungen. Durch Vermeidung einer Insolvenz beziehungsweise einer bilanziellen Überschuldungssituation der Bundesbank sollen so Einnahmeausfälle oder Nachschusspflichten für den Bundeshaushalt vermieden werden. Diese Target2-Salden können entstehen (vereinfacht ausgedrückt), wenn von einem Euro-Land mehr Geld in ein anderes fließt als aus diesem Land zurückkommt. Der AfD-Antrag war ebenso wie ein FDP-Antrag (19/6416) Grundlage einer öffentlichen Anhörung im Finanzausschuss in der vergangenen Woche. Die FDP-Fraktion will durch eine Vertiefung der europäischen Kapitalmarktunion eine Verringerung der Target2-Salden erreichen. Die deutschen Forderungen innerhalb des Systems würden sich derzeit auf rund 900 Milliarden Euro belaufen, während Schuldnerländer teilweise Verbindlichkeiten von mehr als 400 Milliarden Euro hätten.

Missverständnisse Bis auf einen Sachverständigen hielten die anderen Experten aber nichts von der Idee, Target2-Salden mit Gold besichern zu lassen. So erklärte Professor Isabel Schnabel (Bonn): „Unsere Meinung nach sind keine umfassenden Reformen des Target2-Systems erforderlich, da von diesem System keine wesentlichen Risiken für den deutschen Steuerzahler ausgehen.“ Die Diskussion über die Target2-Salden sei durch Missverständnisse und Fehldarstellungen geprägt, was zu einer Überschätzung der Risiken aus den Target2-Salden in der deutschen Öffentlichkeit geführt habe, beklagte die Wissenschaftlerin. Sie erwartet, dass sich die Target2-Salden im Zuge einer weniger expansiven Geldpolitik weiter reduzieren werden.

Zu den in beiden Anträgen vorhandenen Warnungen vor den Folgen des Austritts eines Eurolandes aus der Währungsunion sagte Schnabel, dies sei der „Ausfall“ einer „Forderung“, die die Deutsche Bundesbank zu nichts berechtige. Der Wert der „Forderung“ sei Null, so Schnabel. Dirk Ehnts (Technische Universität Chemnitz) bezeichnete Target2-Salden als reine Buchungsposten, aber keine Schulden. Daher müssten diese auch nicht mit Sicherheiten unterlegt werden.

Wie Schnabel erklärte auch die Deutsche Bundesbank in ihrer Stellungnahme die

Euro in Gold

WÄHRUNG Die Absicherung von Forderungen in Edelmetallen stößt bei Experten auf wenig Gegenliebe



Gold-Euros gibt es schon: Wertseite einer vom Bundesfinanzministerium 2017 herausgegebenen 50-Euro-Münze © picture-alliance/dpa

Entwicklung der Target2-Salden seit 2015 nicht zuletzt mit den Effekten der technischen Abwicklung der EZB-Wertpapierankauf-Programme. Zu Target2 selbst hieß es in der Bundesbank-Stellungnahme, dieses System sichere den freien Fluss von Zentralbankgeld im gesamten Euroraum und unterstütze damit die Transmission der Geldpolitik, gut funktionierende Finanzmärkte, die Wirtschaftstätigkeit und die Finanzstabilität. „Es ist daher ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Währungsunion“, so die Bundesbank, die eine Besicherung der Target2-Salden zum Beispiel mit Gold als unnötig bezeichnete. Die Target2-Salden seien eine Art eingebauter Stabilisator für Zahlungsbilanzprobleme, erklärte auch

der Bundesverband deutscher Banken. Stefan Kooths vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel erklärte, es habe eine massive Zahlungsbilanzfinanzierung durch das Eurosystem stattgefunden. Dabei seien Marktmechanismen außer Kraft gesetzt worden. Um der Target2-Problematik wirksam zu begegnen, müsse die Widerstandsfähigkeit der Geschäftsbanken im Euroraum und insbesondere die nationale Segmentierung der Bankenmärkte überwunden werden. Hierzu gehöre, den Nexus zwischen Geschäftsbanken und Solvenz der Staaten ihrer jeweiligen Sitzländer zu überwinden. Nach Ansicht von Professor Philipp Bagus müssen die Target2-Forderungen ökonomisch gesehen als Geschenke betrachtet

werden, da ein Kredit ohne Laufzeit ein Geschenk sei. Die Target2-Forderungen würden auch keine deutschen Ersparnisse darstellen, weil sie nicht einbringbar seien. Bagus empfahl, nur noch Gold und Goldforderungen als Sicherheit zuzulassen und am besten gleich einen „Goldeuro“ einzuführen.

Den „Goldeuro“ gibt es sogar schon. Für den Zahlungsverkehr sind diese Münzen aus reinem Gold aber denkbar ungeeignet, auch wenn sie als offizielles Zahlungsmittel gelten. Der Metallwert liegt weit über dem Nennwert. So bietet ein Berliner Händler 300 Euro für eine 2017 erschiene deutsche Goldmünze im Nennwert von 50 Euro. *Hans-Jürgen Leersch* ||

Souveränität bei Energieversorgung

PIPELINEBAU Abgeordnete stellen sich hinter Nord Stream 2 und gegen US-Einmischung

Die umstrittene Pipeline Nord Stream 2 wird als Baustein einer vielfältigen Energieversorgung gebraucht – darin sind sich die Abgeordneten aller Fraktionen nahezu einig gewesen, als sie im Bundestag über das Projekt und mögliche Einflussnahmen von US-Seite diskutiert haben. Einzig der Grünen-Abgeordnete Jürgen Trittin bezeichnete in der auf Verlangen der AfD-Fraktion am Donnerstag anberaumten Aktuellen Stunde Nord Stream 2 als Wette gegen das Pariser Klimaschutzabkommen. Oppositionsvertreter wie auch ein Abgeordneter der SPD-Fraktion forderten die Bundesregierung auf, klar gegen die Sanktionsdrohungen von US-Seite Stellung zu beziehen. Der AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland erklärte zur Begründung für die Initiative seiner Fraktion, Deutschland brauche Nord Stream 2. Mit dem Ausstieg aus der Atomkraft und der Kohleverstromung benötige man Kraftwerke, die schnell und verlässlich Strom einspeisen. Seiner Fraktion gehe es um die Souveränität deutscher Energiepolitik; US-Präsident Donald Trump hingegen lediglich um die Durchsetzung eigener Interessen, also darum, teures Flüssiggas aus den USA zu verkaufen. Deswegen wolle er Russland und dessen Gas vom Markt drängen. Dieses Verhalten sei indiskutabel, so Gauland. Joachim Pfeiffer (CDU) sagte, Nord Stream 2 stärke die Souveränität Deutschlands und Europas. Der Gasverbrauch nehme zu, erneuerbare Energien und Gas würden das Rückgrat der Energieversorgung bilden. Mit Hilfe der Gaslieferungen aus Nord Stream 2 zusätzlich zu den Lieferungen aus anderen Quellen habe man die Chance, etwa 200 Prozent des Bedarfs über diese Infrastruktur darzustellen. Pfeiffer bekannte sich generell zum Prinzip der Multilateralität, die auch weiter mit den USA



Bauen für Nord Stream 2 in Brandenburg © picture-alliance/dpa

gesucht werden müsse; im Zweifel müsse Deutschland indes Unabhängigkeit und Souveränität betonen. Martin Neumann (FDP) bekannte ebenfalls, die Pipeline sei ein wichtiger Teil des europäischen Energiemarkts und trage entscheidend zu dessen Diversifizierung bei. Wenn man aus Kernenergie und Kohle aussteige, werde Gas bedeutsamer, sagte Neumann. Dazu müsse es eine entsprechende Infrastruktur geben, in der auch das Flüssiggas LNG wichtig sei. Aber der Markt müsse einen Wettbewerb mit dem Ziel bezahlbarer Preise ermöglichen. Neumann sah nach den Wahlen in Dänemark eine Chance, sich mit der neuen Regierung in Kopenhagen abzustimmen. Timon Gremmels erklärte für die SPD-Fraktion, man brauche Nord Stream 2. Gaskraftwerke seien der flexible Partner für

die erneuerbaren Energien, Gas sei hier die Brücke. Gremmels erinnerte daran, dass Gas auch ein wichtiger Rohstoff für die chemische Industrie sei; perspektivisch freilich gehe es darum, dass Gas grüner werde, auch dafür brauche es die Infrastruktur jetzt. Er forderte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) auf, in dieser Sache klare Worte in Richtung USA zu richten. Alexander Ulrich (Die Linke) verstärkte diesen Gedanken und sagte, man müsse der Politik von US-Präsident Trump entgegenreden. Das Problem sei, dass sich die Bundesregierung komplett wegducke. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) habe gesagt, Sanktionsandrohungen seien das Problem der Wirtschaft. Wenn es keine eigene Antwort der Bundesregierung gebe, sei das ein Versagen auf ganzer Linie – denn wenn Trump erfolgreich sei, sei Deutschland nur noch Hinterhof amerikanischer Interessen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sagte Jürgen Trittin ebenfalls, man müsse von der Bundesregierung Handeln erwarten gegen die Drohungen von US-Seite. Trittin warf der AfD Unzulänglichkeit vor, unter anderem weil die Abgeordneten jetzt US-Politiker kritisierten, die sie zuvor hofiert hätten. Nord Stream 2 hält Trittin gleichwohl wie andere fossile Projekte für keine Übergangstechnologie. Besser wäre es, heimische Energieträger wie Wind und Sonne zu unterstützen. Die geplante Pipeline soll die zweite durch die Ostsee zwischen Russland und Deutschland werden. Die US-Regierung kritisiert das Projekt ebenso wie Teile der EU. Die Hälfte der Kosten soll der russische Staatskonzern Gazprom stemmen, die andere Hälfte von europäischen Energieunternehmen kommen. *pez* ||

Blick zu Digital-Pionieren

BERUFSBILDUNG Lernen von digitalisierten Regionen

Wenn es um die Investitionen in digitale Strategien geht, zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den europäischen Ländern: „Zu den digitalen Pionieren zählen die skandinavischen Staaten, die Benelux-Länder und Estland, Rumänien, Portugal und Griechenland hinken eher hinter“, berichtete Konstantinos Pouliakas vom Europäischen Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP). Was digitalisierte Regionen besser machen und warum, damit beschäftigte sich die Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ vergangene Woche in einem öffentlichen Fachgespräch.

„70 Prozent der Jobs in der Europäischen Union setzen grundlegende digitale Kompetenzen voraus“, sagte Pouliakas. Immer wichtiger werde, wie Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt navigieren und sich selbst organisieren. Neben Investitionen in digitale Kompetenzen wie Datenalphabetismus dürften die kognitiven und menschlichen Fähigkeiten nicht vernachlässigt werden, warnte der Berufsbildungsexperte. Der Wirtschaftspädagoge Matthias Pilz von der Universität zu Köln warf einen Blick in Systeme außerhalb Europas: „In Japan beträgt die Abiturientenquote 98 Prozent. Somit studieren circa 70 Prozent der Schulabgänger, denn ein berufliches Bildungssystem existiert nicht“, sagte Pilz. Stattdessen fänden hauptsächlich „trainings on the job“ im Betrieb statt. Vorerfahrungen seien dafür nicht nötig, denn das Ziel der Betriebe sei es, die Leute „zurecht zu schmieden“.

Dabei sei die Bereitschaft, von außen zu lernen, sehr hoch. In China gebe es hingegen ein starkes staatliches Vollzeitsystem: „Interessant ist die sehr gute bis hervorragende Ausstattung der Berufsschulen in den Städten und dass eine subtile Aufwertung der beruflichen Bildung stattfindet, weil insbesondere in den Küstenregionen Fachkräfte gefragt sind“, sagte Pilz. Dort reagiere man mit unternehmenseigenen Klassen und Angeboten, die den Standardlehrplan ergänzen, auf Bedarfe. Mit Blick auf Deutschland plädiere er für den weiteren Ausbau hybrider Formen im Berufsbildungssystem und dafür, Kooperationen und die Durchlässigkeit weiter zu fördern. Rita Siilivask vom estnischen Ministerium für Bildung und Wissenschaft gab einen Einblick in das dortige System. „Wir lernen Problemlösungsfertigkeiten und wollen ab der Vorschule ein Bewusstsein schaffen für Informationstechnologien“, erklärte sie. Dafür werde kontinuierlich evaluiert und es gebe ein Beobachtungssystem für die Bedarfe auf dem Arbeitsmarkt. „Estland hat eine sehr technikbegeisterte Bevölkerung und eine Regierung, deren strategisches Ziel es über Jahrzehnte war, E-Estonia aufzubauen“, sagte Siilivask. 99 Prozent der Bevölkerung sei online. Der aktuelle Stand der Digitalisierung gehe vor allem auf den Austausch zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor und einen guten Datenaustausch zurück. So sind Unternehmen dort etwa in den Schulräten an der Ausarbeitung von Berufsstandards beteiligt. *lbr* ||

Klima-Anträge abgelehnt

UMWELT CO₂-Bepreisung im Fokus von Anträgen

Der Bundestag hat vergangenen Donnerstag zwei klimapolitische Anträge von FDP und Grünen mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Den FDP-Antrag (19/821) lehnten in namentlicher Abstimmung 631 Abgeordnete ab, 73 stimmten ihm zu, es gab drei Enthaltungen. Dem Grünen-Antrag (19/6103) stimmte neben den Antragstellern nur die Linksfraktion zu.

Die FDP hatte unter anderem gefordert, den europäischen Emissionshandel (EU-ETS) zu stärken und auszubauen. Damit sei eine zielgenaue Begrenzung der Emissionen bei einer Minimierung der Kosten möglich. Bis Ende 2019 solle der Verkehrssektor zumindest national in den Emissionshandel einbezogen werden. Auch die Einbeziehung des Wärmesektors solle schnellstmöglich geprüft und umgesetzt werden. Die Bundesregierung soll nach Willen der FDP zudem darauf hinwirken, EU-weit Emittenten aus insbesondere diesen Sektoren in den EU-ETS zu integrieren. Regionale Handelssysteme sollen zudem zu einem globalen Handelssystem verbunden werden. Die FDP begründet ihre Vorschläge mit einer grundlegenden Kritik der bisherigen Klimapolitik in Deutschland. Der bisher beschrittene Weg habe Deutschland in eine klimapolitische Sackgasse geführt. Das Klimaziel 2020 sei daher

nicht mehr zu erreichen. Rasche Reformen seien daher nötig, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten.

Die Grünen wollten die Bundesregierung in ihrem Antrag auffordern, umgehend ein Klimaschutzgesetz vorzulegen. In diesem sollten verbindliche und ambitionierte nationale Klimaschutzziele festgeschrieben werden. Bis 2030 sollte das geforderte Gesetz eine Treibhausgasreduktion von mindestens 55 Prozent vorschreiben, für 2050 von mindestens 95 Prozent. Das Gesetz sollte laut Antrag zudem eindeutig festgeschriebene Jahresziele für die Sektoren enthalten und Mechanismen, um bei Zielverfehlung spezifische Maßnahmenprogramme auszulösen. Begleitend zum Gesetz forderten die Grünen zudem diverse Maßnahmen in den Sektoren. So sollten bis 2020 die „20 schmutzigsten Kohlekraftwerke vom Netz genommen werden“, heißt es in dem Antrag. Zudem sollte die Bundesregierung Vorschläge für eine CO₂-Bepreisung für Sektoren außerhalb des Europäischen Emissionshandels vorlegen. Innerhalb des ETS sollte sich Deutschland für einen Mindestpreis von 40 Euro pro Tonne CO₂ einsetzen, „der sich entlang der Klimaziele kontinuierlich erhöht“. Alternativ schlugen die Grünen vor, mit einer „nationalen CO₂-Bepreisung voranzugehen“. *scr* ||

KURZ NOTIERT

Grünen-Antrag zur Reform der Grundsteuer gescheitert

Mit den Stimmen von Union, SPD und AfD gegen die Stimmen von der Linke, FDP und Grüne ist ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Für unsere Städte und Gemeinden – Grundsteuergesetz einbringen“ (19/10635) abgelehnt worden. Die Grünen fordern darin die Bundesregierung auf, dem Bundestag noch vor der parlamentarischen Sommerpause den Entwurf eines neuen Grundsteuergesetzes vorzulegen. Mit einem Aufkommen von 14,8 Milliarden Euro sei die Grundsteuer für die Kommunen besonders wichtig. Das Bundesverfassungsgericht hatte die Grundsteuer-Regelung 2018 verworfen und dem Gesetzgeber eine Neuordnung auferlegt, die bis Ende dieses Jahres beschlossen werden muss. *hle* ||

Mehr Eigenkapital für die Europäische Investitionsbank

Polen und Rumänien wollen ihre Kapitalanteile an der Europäischen Investitionsbank (EIB) überproportional erhöhen. Das von Polen gezeichnete Kapital soll um rund 5,4 Milliarden Euro und das von Rumänien um rund 125,5 Millionen Euro erhöht werden. Der Bundestag stimmte am Donnerstag einem Gesetzentwurf von CDU/CSU und SPD (19/10145, 19/10684) zu, der den deutschen Vertreter ermächtigt, der Satzungsänderung der EIB zuzustimmen. Zuvor hatte der Bundestag bereits einer symmetrischen Erhöhung des EIB-Kapitals zugestimmt. Diese Erhöhung war zum Ausgleich des nach dem Brexit entfallenden britischen Kapitals erforderlich geworden. *hle* ||

Leichter aufs Dach setzen

BAU Experten für Rechtsvereinfachung bei Gebäudeausbau

Neuer Wohnraum – ohne dafür Grund und Boden zu benötigen: Der Ausbau von Dächern und die Aufstockung von Gebäuden können ein probates Mittel gegen die Wohnungsnot in Ballungsräumen und den Flächenverbrauch sein. Darin waren sich die Experten einig, als sie in der vergangenen Woche vor dem Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen ihre Befunde erläuterten. Überwiegend verwiesen sie in der Sitzung unter der Leitung von Mechthild Heil (CDU) auf strikte Vorgaben des Baurechts, die gelockert werden müssten. Auch wurde klar: Bei möglicher staatlicher Förderung solle es um Projekte gehen, die sich auch Mieter mit geringeren Einkommen leisten können. Ausgangspunkt der Anhörung waren zwei Anträge. Die FDP-Fraktion forderte in ihrem Papier (19/6219), der Ausbau solle genehmigungsfrei werden, sofern aus statischer und konstruktiver Sicht keine Einwände bestehen und Treppenbreiten sowie Fluchtmöglichkeiten eingehalten werden. Die zulässige Geschossflächenzahl für Dachausbau und -aufstockung soll überschritten werden dürfen, ohne dass Ausgleichsmaßnahmen ergriffen werden müssen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hebt in ihrem Antrag (19/6499) nicht nur auf die Wohnungsnot in Ballungsräumen ab. Auf dem Land sollen Anreize zur Neunutzung leerstehender Häuser gesetzt werden.

Finanzielle Anreize gefordert Ingeborg Esser vom Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen regte finanzielle Anreize für flächenschonende Wohnbaumaßnahmen an. Bei Förderprogrammen solle Kombination und Kumulierung möglich sein, verwies sie beispielhaft auf altersgerechtes Wohnen oder Sanierungsmaß-

men. Der Projektmanager Klaus Ewald sah nicht nur in den baurechtlichen Möglichkeiten ein Problem, sondern in den kommunal individuell ausgestalteten Handlungsbevollmächtigungen für die Mitarbeiter in den Genehmigungsbehörden. Die müssten professionalisiert werden.

Der Sozialwissenschaftler Andrej Holm von der Berliner Humboldt-Universität meinte, der Dachgeschossausbau könne als Instrument einer stadträumlichen Innenverdichtung zur Erweiterung leistbarer Wohnbestände in den Städten beitragen – bei entsprechenden Vorgaben. Auf den Dachgeschossausbau sollten Sozialbauquoten Anwendung finden, wie es sie in vielen Städten für Neubauprojekte gebe. Der Darmstädter Bauexperte Professor Karsten Tichelmann machte klar, dass Mieter und auch Nachbarn angemessen beteiligt werden müssen, um Aufstockungen zu akzeptieren. Dazu zählte er ein Vorrzugsrecht für Bestandsmieter für den Bezug der neu geschaffenen Wohnungen, überdies Mietergarantien und den Verzicht auf Modernisierungsumlagen.

Haus-und-Grund-Präsident Kai H. Warncke regte an, die Hüriden bei der Genehmigung für Dachgeschossausbau und Aufstockung zu senken, bevor man über eine ebenso notwendige Förderung nachdenke. Er sprach sich für politische Unterstützung auf kommunaler Ebene aus, wenn es um Fragen nach städtebaulichen Qualitäten und nach sozialer sowie verkehrlicher Infrastruktur gehe. *fla* ||



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

KURZ NOTIERT

**Bundestag ändert
Agrarstatistikgesetz**

Der Bundestag hat am Donnerstag für den Entwurf eines vierten Gesetzes zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes (19/9763, 19/10292) gestimmt. Für den Entwurf der Bundesregierung in der Ausschussfassung sprachen sich CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der übrigen Fraktionen aus. Die Vorlage dient der Umsetzung von EU-Vorschriften. Darüber hinaus soll die Durchführung der Agrarstrukturhebung organisatorisch und zeitlich von der Strukturhebung der Forstbetriebe getrennt werden. *eis* ||

**Deutsch-polnischer Vertrag
zur Umwelt beschlossen**

Der Bundestag hat am Donnerstag einen Gesetzentwurf zur deutsch-polnischen Vereinbarung über Umweltverträglichkeitsprüfungen und strategische Umweltprüfungen im grenzüberschreitenden Rahmen (19/9509) angenommen. Einzig die AfD-Fraktion stimmte gegen die Vorlage der Bundesregierung, die übrigen Fraktionen stimmten dafür. Mit dem Entwurf will die Bundesregierung die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen zur Ratifizierung der bilateralen Vereinbarung schaffen. Mit dem Abkommen regeln die beiden Staaten die Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie strategischen Umweltprüfungen. Das vorliegende Abkommen aktualisiert eine frühere Vereinbarung von 2006. *scr* ||

**AFD-Fraktion will
EEG-Gesetz abschaffen**

Die AfD-Fraktion will das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abschaffen. Ihren Antrag mit dem Titel „Umweltschutz ernst nehmen – EEG abschaffen“ (19/10626) hat der Bundestag nach erster Aussprache am Donnerstag zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen. Die AfD fordert die Bundesregierung unter anderem auf, das Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien dahingehend zu ändern, dass für Anlagen, die nach dem 1. August 2019 in Betrieb genommen werden, kein Anspruch auf Zahlungen mehr besteht. Der Einspeisevorrang für erneuerbare Energien sowie darauf aufbauende Bestimmungen seien abzuschaffen. *hau* ||

**Verkehrswende in
Städten gefordert**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will die Einführung von Fahrradstraßen erleichtern und zugleich Fahrradzonen etablieren. In ihrem Antrag (19/5893), der federführend im Verkehrsausschuss beraten wird, wird die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, in der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) die Einführung von Fahrradzonen zu regeln und ein entsprechendes Zusatzzeichen einzuführen. Zudem solle die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur StVO dahingehend geändert werden, dass zum einen „eine vorherrschende oder erwartete Verkehrsart nicht mehr vorausgesetzt ist, um Fahrradstraßen oder Fahrradzonen einzuführen“. *hau* ||

**Insektenfreundliche
Landwirtschaft**

Die Linke will eine insektenfreundliche Landwirtschaft fördern. Ihr Antrag (19/9344) wurde zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Landwirtschaft und Ernährung überwiesen. Die Fraktion fordert eine Änderung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP). Künftig solle die Zahlung von EU-Fördermitteln an ökologische und soziale Kriterien geknüpft werden. Außerdem sollen insektenfreundliche Kulturlandschaften wie Brachen, Schon- und Schutzstreifen, Hecken, Flurgelände, Kleingewässer und Streuobstwiesen mit Blüh- und Nisthilfen gefördert werden, die auf eine vielfältige Agrarlandschaft abzielen. Darüber hinaus sollen alle Möglichkeiten im Rahmen der GAP genutzt werden, um die Feld-, Wiesen-, Wald- und Gewässerränder ökologisch aufzuwerten und Biotopverbünde auszubauen. *eis* ||

**FDP forderte freie
Fahrt für Angler**

„Freie Fahrt für Angler“ lautet der Titel eines Antrags der FDP-Fraktion (19/10617), der federführend im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur beraten wird. Die Bundesregierung wird darin aufgefordert, eine Regelung zu schaffen, die Anglern im Besitz eines gültigen Fischereischeins erlaubt, die Beschilderungen mit den Zusatzzeichen Z 1026-36 „Landwirtschaftlicher Verkehr frei“ und Z 1026-38 „Land- und forstwirtschaftlicher Verkehr frei“ zu passieren, um zu ihren Angelpunkten zu gelangen. *hau* ||



Die 2009 eingeführte Schuldenbremse begrenzt die Möglichkeit zur Neuverschuldung. Für den Bund gilt sie seit 2016, in den Ländern ab 2020.

picture-alliance/dpa

FDP gegen »Lobby-Politik«

HAUSHALT Liberale fordern, die in der Verfassung verankerte Schuldenregel zu ergänzen

Rund zehn Jahre ist es her, dass im Zuge der Föderalismusreform im Grundgesetz im Artikel 109 die sogenannte Schuldenbremse für Bund und Länder ein- geführt wurde. Das nimmt die FDP-Fraktion als Anlass, ein „Update“ und eine Stärkung der Regel zu fordern. Einen entsprechenden Antrag der Fraktion (19/10616) debattierte der Bundestag vergangenen Donnerstag und überwies ihn anschließend zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss. Nach der Schuldenbremse müssen Bund und Länder bei der Aufstellung ihrer Haushalte grundsätzlich die Nettokreditaufnahme, also die Neuverschuldung, auf maximal 0,35 Prozent des nominellen Bruttoinlandsprodukts begrenzen. Ausnahmen sind für Naturkatastrophen oder Wirtschaftskrisen möglich. Für den Bund gilt die Regel seit 2016, für die Länder ab 2020.

Aus Sicht der Liberalen hat sich die Schuldenbremse bewährt. Sie sei zentral für die „Zukunftsfähigkeit unseres Landes“, sagte Christian Dürr (FDP) während der Debatte. Dürr griff die Linken, aber auch Vertreter von SPD und Grünen dafür an, die Schuldenbremse in Frage zu stellen. Dank der Schuldenbremse sei die Politik „heute auf die Prinzipien von Generationengerechtigkeit und Bürgersouveränität verpflichtet“, begründeten die Liberalen ihren Antrag. Die Schuldenbremse habe nicht nur den öffentlichen Haushalten, „sondern auch der politischen Kultur un-

res Landes gutgetan“. Rufe nach einer Aufweichung oder Abschaffung der Regel kündeten hingegen von einem „Rückfall in kurzfristige Lobby-Politik“. Um die Regel gegen eine Aufweichung zu wappnen, will die FDP festgeschrieben sehen, wie die Schuldenbremse berechnet und kontrolliert wird. So soll verhindert werden, dass die Länder ihren Spielraum zur Festlegung dieser Modalität zur Aufweichung der Regel nutzen. Einen Riegel will die FDP-Fraktion auch der Möglichkeit vorschieben, die Schuldenbremse über eine privatrechtliche Investitionsgesellschaft der öffentlichen Hand zu umgehen. Gerüchte zu entsprechenden Überlegungen im Bundesfinanzministerium hatten in den vergangenen Wochen die Runde gemacht, Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) dementierte diese allerdings.

Prioritäten setzen In dem Antrag versuchen die Liberalen zudem, einen klassischen Einwand gegen die Schuldenbremse zu entkräften, nach dem diese Investitionen verhindert. „Das ist totaler Quatsch“, sagte Dürr. Vielmehr müsse die Politik Investitionen priorisieren statt zusätzliche konsumtive Ausgaben anzuschleppen, fordern die Liberalen. Der Bundesregierung warf Dürr vor, diese Prioritäten falsch zu

setzen und verwies etwa auf das aus seiner Sicht wirkungslose Baukindergeld oder die Überlegungen zur Grundrente, die künftigen Generationen schade. „Es darf nicht der Steuerzahler sein, der diese Große Koalition noch zusammenhält“, mahnte Dürr. Von den Argumenten der FDP zeigte sich insbesondere die Links-Fraktion nicht überzeugt. Gesine Lötzsch sagte, die Schuldenbremse sei „neoliberaler Unsinn und eine gefährliche Zukunftsbremse“. Sie müsse gestrichen werden, verhin- derte sie doch notwendige Investitionen. Ihre Fraktion fordere ein umfassendes Investitionsprogramm, um das Wachstum zu stabilisieren, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Binnennachfrage zu stärken. Zudem sprach sich Lötzsch für eine umfassende Steuerreform aus, „die Vermögen und Einkommen gerecht besteuert“. Dann müssten auch nicht die Schulden erhöht werden. Für die Grünen-Fraktion bekannte sich Anja Hajduk grundsätzlich zur Schuldenbremse. Sie mahnt allerdings zu einer sachlichen Debatte und warf Dürr Schwarz-Weiß-Denken vor. Die Schuldenbremse habe positive Effekte, etwa indem sie Vertrauen geschaffen, aber auch überbordende Steuersenkungsideen gerade der FDP ausgebremst habe. Allerdings habe die Konzentration auf ausgeglichene Haus-

halte und die „Schwarze Null“ dafür gesorgt, dass die Bedeutung von Investitionen und der öffentlichen Vermögens zu gering gewichtet worden sei. Für die Herausforderung in Sachen Klima und Digitalisierung brauche es ganz andere „institutionelle Rahmenbedingungen“ für Investitionen, sagte Hajduk. Die Grünen-Haushaltspolitikerin zeigte sich anders als die FDP offen dafür, privatrechtlich organisierten Gesellschaften der öffentlichen Hand kreditfinanzierte Investitionen zu ermöglichen. Der von den Liberalen geforderte Abschluss dieser Möglichkeit sei „ökonomischer Unsinn“. Für die AfD-Fraktion beurteilte Peter Boehringer den FDP-Antrag als „nicht falsch, aber unzureichend“. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses kritisierte, dass die Liberalen sich mit der vorgeschlagenen Härtung der Schuldenbremse nicht auch auf die Auswirkungen von Maßnahmen rund um die Euro-Rettung wie die Kredite des Europäischen Stabilitätsmechanismus, die Target-II-Salden (siehe Seite 11) oder die Anleihekäufe durch die Europäische Zentralbank beziehen. Das seien die „Schulden von morgen“, warnte Boehringer. „Von diesem rosaroten Elefanten im Raum schweigt der FDP-Antrag.“

Als Lob gelesen Bei den Koalitionsfraktionen las man den FDP-Antrag gar nicht so kritisch, wie er wohl gemeint war, sondern eher als Lob für die eigene Haushaltspolitik der vergangenen Jahre. Eckhardt Rehberg (CDU) warf der FDP zudem vor, ein

„Kasperletheater“ zu veranstalten. So hätten sich die Liberalen bei der Abstimmung 2009 über die Schuldenbremse enthalten, kritisierte Rehberg. Der Christdemokrat stellte sich grundsätzlich hinter die Haushaltsregel: „Die Schuldenbremse hat Deutschland gut getan“. Überlegungen zu einer möglichen Aufweichung erteilte Rehberg eine klare Absage: „Mit CDU/CSU wird so etwas nicht zu machen sein.“ Kritik an der Investitionstätigkeit des Bundes wies der Haushaltspolitiker zurück: Nicht die Bereitstellung von Mitteln sei das Problem, sondern Abfluss und Umsetzung.

Erfolgsmodell Andreas Schwarz (SPD) bedankte sich ebenfalls bei der FDP für die Gelegenheit, haushalts- und finanzpolitische Erfolge der Koalition hervorheben zu können. „In Berlin wird solide und gut gewirtschaftet, die Finanzen in diesem Land sind geordnet.“ Dass Deutschland 2019 wieder das Maastricht-Schuldenkriterium erreichen werde, sei ein Erfolg „solider und ausgewogener Haushaltspolitik“, sagte der Sozialdemokrat. Die Schuldenbremse sei ein „Erfolgsmodell“. Trotz oder gerade wegen ihr würden die Investitionen steigen. Er sehe keinen Bedarf, die bestehenden Regelungen zu ändern. Zudem sehe er auch nicht die Möglichkeit, entsprechende Änderungen durch Bundesrat und Bundestag zu bringen. Statt einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zu fordern, könne die FDP selbst entsprechende Initiativen in Nordrhein-Westfalen anstoßen, empfahl Schwarz. *Sören Christian Reimer* ||

»Die Schuldenbremse ist neoliberaler Unsinn und eine gefährliche Zukunftsbremse.«

Gesine Lötzsch, Die Linke

Gesetz gegen Kindergeldbetrug

FINANZKONTROLLE Auch Menschenhandel und Schwarzarbeit im Blick

Der Bundestag hat am Donnerstag dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch (19/8691, 19/9768, 19/10683) zugestimmt. Nach kurzer Aussprache stimmten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD für den Entwurf, an dem sie einen Tag zuvor im Finanzausschuss des Bundestages noch eine Reihe von Änderungen vorgenommen hatten. Auch die AfD stimmte zu. Die Linke war dagegen, während sich die FDP und Grünen enthielten. Entschließungsanträge von AfD (19/10710) und Grünen (19/10711) wurden abgelehnt. Mit dem Gesetz kann die Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Zolls (FKS) nicht nur Fälle von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit prüfen, bei denen tatsächlich Dienst- oder Werkleistungen erbracht wurden, sondern sie soll in Zukunft auch die Fälle prüfen, bei denen Dienst- oder Werkleistungen noch nicht erbracht wurden, sich aber bereits anbahnen. Prüfen soll die FKS auch die Fälle, in denen Dienst- oder Werkleistungen nur vorgegaukelt werden, um unberechtigt Sozialleistungen zu erhalten. Zusätzliche Kompetenzen sollen die FKS in die Lage versetzen, Ermittlungen im Bereich Menschenhandel im Zusammenhang mit Beschäfti-

gung, Zwangsarbeit und Ausbeutung der Arbeitskraft zu führen, um so die Strafverfolgung in diesem Deliktfeld weiter zu stärken. Besonders ins Visier nehmen soll die Finanzkontrolle Schwarzarbeit auch sogenannte Tagelöhner-Börsen. Zur Bekämpfung des Missbrauchs beim Kindergeldbezug ist vorgesehen, dass neu nach Deutschland zugezogene Bürger aus EU-Ländern während der ersten drei Mo-



Zöllner auf einer Baustelle

picture-alliance/dpa

nate von Kindergeldleistungen ausgeschlossen werden sollen, sofern keine inländischen Einkünfte erzielt werden. In diesem Bereich des Gesetzentwurfs hatten die Koalitionsfraktionen noch einige Änderungen auf den Weg gebracht, die in erster Linie einer Besserung des Datenaustausches zwischen verschiedenen Behörden dienen, um den missbräuchlichen Bezug dieser Leistungen besser aufspüren zu können. Denn der Missbrauch hat offenbar eine größere Dimension als vermutet. In einer Anhörung des Finanzausschusses hatte Ministerialdirigentin Daniela Lesmeister, Abteilungsleiterin Polizei im Innenministerium von Nordrhein-Westfalen, von systematischem Betrug mittels aus dem EU-Ausland angeworbener kinderreicher Familien berichtet, die in Deutschland in Schrottimmobilen mit Rattenbefall ohne Wasser und Strom untergebracht würden. Mitten in Deutschland würden Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen leben. Das Rechtssystem lasse immer noch zu viel Freiraum für lukrative kriminelle Geschäftsmodelle, die auf maximalen Profit durch systematischen Betrug, verbunden mit minimalem Kostenaufwand für Unterbringung und Verpflegung der Leistungsbezieher, aufbauen würden. *hle* ||

Steuerlast auf Renten

ALTERSVERSORGUNG Opposition will Änderungen

Rentner haben mit Steuern nichts zu tun – so eine weit verbreitete, aber falsche Auffassung. Allein infolge der Anpassung der Rentenwerte zum 1. Juli 2019 werden voraussichtlich rund 48.000 Steuerpflichtige mit Rentenbezug zusätzlich einkommensteuerlich belastet, teilte die Bundesregierung erst kürzlich in einer Antwort (19/9506) mit. Ein Grund ist der schrittweise Übergang zur „nachgelagerten Besteuerung“. Das heißt: Von Jahr zu Jahr werden immer höhere Beitragsanteile zur Rentenkasse steuerlich berücksichtigt, während im Gegenzug für jeden neuen Rentnerjahrgang immer höhere Anteile der Rente steuerpflichtig werden. Die Regelung missfällt zwei Oppositionsfraktionen, die eine zu hohe Belastung der Rentner sehen. Im Bundestag wurden am Donnerstag zwei entsprechende Anträge zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. So fordert die AfD-Fraktion (19/10629), die Bundesregierung solle kurzfristig einen Gesetzentwurf vorlegen, mit dem eine „Zweifachbesteuerung“ von Renten vermieden wird. Die Fraktion schreibt, es gebe Anhaltspunkte dafür, dass es zu einer nicht unerheblichen Zweifachbesteuerung komme, so dass auch der Anteil der Renten einer Besteuerung unterworfen werde, der aus Beiträgen stamme, die bereits steu-

ert worden seien. Dies entspreche nicht den vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Vorgaben. Im Alterseinkünftegesetz werde von einer zu kurzen Übergangsphase ausgegangen. Die steuerliche Behandlung der Einzahl- und Auszahlphase sei nicht hinreichend abgestimmt. „Legt man für einen Eckrentner eine Beitragszeit von 45 Jahren zugrunde, so dürfte, ausgehend von einer vollen steuerlichen Abzugsfähigkeit der Beiträge ab 2025, eine volle Rentenbesteuerung erst ab einem Rentenbeginn im Jahr 2070 vorgenommen werden. Der Gesetzgeber hat die Übergangsphase jedoch um 30 Jahre verkürzt“, kritisiert die AfD-Fraktion. Um zu verhindern, dass auch Rentner mit Altersbezüge unterhalb der Armutsschwelle Steuern bezahlen müssen, verlangt die Linksfraktion in einem Antrag (19/10282), dass der steuerliche Grundfreibetrag auf mindestens 12.600 Euro angehoben wird. Die im Rahmen der nachgelagerten Besteuerung abschmelzenden Rentenfreibeträge und Altersentlastungsbeträge sollen weniger stark abgeschmolzen werden, so dass Renten erst ab dem Jahr 2070 voll steuerpflichtig werden würden. Zudem soll das Rentenniveau schrittweise auf 53 Prozent angehoben werden, heißt es im Antrag der Linksfraktion. *hle* ||



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

KURZ REZENSiert



Marta Nussbaum:
Königreich der Angst. Gedanken zur aktuellen politischen Krise.
wbg Theiss, Darmstadt 2019; 299 S., 28 €

In den USA gibt es heutzutage sehr viel Angst – und diese Angst ist häufig mit Zorn, Schuldzuweisungen und Neid vermischt. Angst blockiert jedoch rationale Überlegungen, sie vergiftet die Hoffnung und behindert eine konstruktive Zusammenarbeit für eine bessere Zukunft. So beginnt die Philosophin und Rechtswissenschaftlerin Marta Nussbaum ihre lesenswerte Analyse der aktuellen geistigen Verfasstheit der Vereinigten Staaten. Sie gehört zu den zahlreichen Gelehrten, die von Donald Trumps Wahl zum Präsidenten so erschüttert war, dass sie beschloss, die Gründe dieses Wahlsieges zu erforschen. Die preisgekrönte Buchautorin, die an der University of Chicago Ethik unterrichtet, hält Angst für das entscheidende Motiv der amerikanischen Wähler. Nussbaum beschreibt Angst als ein Gefühl, „das die Demokratie mehr als jedes andere bedroht“. Auch wenn Angst eine „primitive Emotion“ sei, so spiele sie dennoch bereits in der frühen Entwicklung des Individuums eine wichtige Rolle. Und sie behalte ihre mächtige archaische Struktur bis in das Erwachsenenleben bei.

Im Unterschied zum deutschen Soziologen Heinz Bude, der die moderne „Gesellschaft der Angst“ bereits vor Jahren brillant analysierte, nähert sich Nussbaum dem Thema mit Hilfe der antiken Philosophen Aristoteles und Platon. Es geht um Zorn, Neid, Ekel und den daraus entstehenden Gefühlen der Macht- und Hilfslosigkeit, schließlich der Feindseligkeit. Politische Rhetorik sei hervorragend geeignet, diesen Prozess zu verstärken. Angst „neigt dazu, Verhältnisse, in denen es um Vertrauen und Gegenseitigkeit geht, zu destabilisieren“. Dies sei Trump in seinem Wahlkampf sehr gut gelungen. Er habe die Macht- und Orientierungslosigkeit vieler Amerikaner angesichts einer globalen Wirtschaft für seine Zwecke instrumentalisiert. Die Autorin prognostiziert, dass Trumps Politik genau deshalb destruktiv bleiben wird: „Ich behaupte, dass Angst zu einem Königreich passt, in dem ein absoluter Herrscher sie wachhalten muss.“ manu ||



Gunter Gebauer, Sven Rückert:
Vom Sog der Massen und der neuen Macht der Einzelnen.
DVA, München 2019; 345 S., 22 €

Warum verlieren die Volksparteien zunehmend mehr Wähler, während kleinere oder neue Bewegungen immer mehr Zulauf erhalten? Die beiden Berliner Philosophen, Gunter Gebauer und Sven Rückert, führen diese Entwicklung auf eine Neudefinition der Rolle der Massen zurück. Die Zeiten, in denen mobilisierte Massen auf die Straßen gingen, um für eine andere Politik zu demonstrieren, sind ihrer Meinung nach keineswegs vorbei. Ihre These begründen sie mit dem Verweis auf prominente Beispiele: Konkret nennen sie medienwirksam inszenierte Protestaktionen wie die „Occupy“-Bewegung, den Arabischen Frühling oder den Kiewer Maidan, auch die „Fridays for Future“-Initiative könnte man aktuell hinzufügen.

In ihrem empfehlenswerten Buch wenden Gebauer und Rückert den Begriff „Masse“ vor allem auf das Phänomen „neuer und populistischer Massen“ in Ostdeutschland an. Dort richteten sich „die populistischen Massen unterschiedslos gegen Massen, die von außen kommen, gegen Flüchtlinge, Ausländer, Muslime, Nicht-Deutsche“. Zudem hätten die „neuen Massen“ ein anderes Verständnis von der Rolle der beteiligten Individuen als die bereits früher aktiven rein „populistischen Massen“: Die Teilnehmer würden sich weder im Kollektiv auflösen noch sich als Teil eines „epidemischen Geschehens zwischen Menschen ohne Bewusstsein“ begreifen. Stattdessen schreibe sich jedes Mitglied der neuen Massen „einen Einfluss auf die höchste Machtinstanz zu“, resümieren die Philosophen.

In der Mediengesellschaft werde dem Einzelnen permanent eine Beteiligung an den Entscheidungen der Macht angeboten, sei es per Twitter-Botschaft oder über den Like-Button bei Facebook. Jeder könne zu allem seine Meinung äußern oder die Ansichten anderer teilen. „Es gibt nicht mehr eine Bühne, sondern eine Vielzahl von Plattformen“. Diese „unmittelbare Beziehung der Einzelnen zur Macht“ sei für die Angehörigen der neuen Massen „außerordentlich anziehend“. So übernehme quasi jeder die Rolle eines Führers. manu ||



Montagsdemonstration am 23. Oktober 1989 in Leipzig: Hunderttausende DDR-Bürger demonstrieren in mehreren Städten für politische Reformen, freie Wahlen und die Untersuchung der Stasi.

Streit ums Erbe

KULTUR Bundestag würdigt die Friedliche Revolution in der DDR. Die Rehabilitierungsgesetze sollen entfristet werden

Vor ihnen und ihren Familien verneige ich mich, verneigen wir uns heute.“ Das Bekenntnis der CDU-Abgeordneten Gitta Connemann gehörte zu den wenigen Aussagen, die am vergangenen Donnerstag im Plenum des Bundestages Beifall aus allen Fraktionen erhielt. Die Verneigung galt all jenen Menschen, die vor 30 Jahren in der DDR der Friedlichen Revolution den Weg bereiteten, die zum Sturz des SED-Regimes, zum Fall der Mauer und zur Deutschen Einheit führte. Und sie galt jenen Menschen, die sich bereits in der 1950er, 1960er und 1970er Jahren „gegen das System auflehnten und in Gefängnissen einen hohen Preis für ihren Mut zahlten“. Ansonsten offenbarte die Debatte über zwei Anträge der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion mitunter sehr unter-

schiedliche Bewertungen der Ereignisse vor 30 Jahren beziehungsweise des Einigungsprozesses zwischen Ost und West.

Denkmal für Opfer In ihren Anträgen fordern CDU/CSU und SPD (19/10613) sowie die FDP (19/10614) übereinstimmend die Entfristung der Gesetze zur Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern der SED-Diktatur, die Entschädigung von ehemaligen Heimkindern in der DDR, deren Eltern politisch verfolgt wurden, und eine Umkehrung der Beweislast bei der Entschädigung im Fall von gesundheitlichen Schädigungen von Opfern. Zudem sprechen sich alle drei Fraktionen für die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer der kommunistischen Diktatur, eine Weiterentwicklung des Gedenkstättenkonzeptes der Bundes und eine verstärkte Berücksichtigung der SED-Diktatur und der Oppositi-

on in der politischen Bildung und in den Lehrplänen an Schulen.

Gitta Connemann nutze als Auftaktrednerin in der Debatte die Gelegenheit für einen verbalen Frontalangriff auf die AfD. So sei im Bundestag jeden Tag zu erleben, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit sei: Die AfD missbrauche demokratische Rechte, „um am Ende unsere Demokratie auszuhöhlen“. Deshalb sei ein „Hohn“, wenn sie sich Lösungen und Bilder der Friedlichen Revolution aneigne. „AfD und die Montagsdemos der Friedlichen Revolution haben nichts, aber auch gar nichts miteinander zu tun“, sagte Connemann und spielte damit auf eine Entscheidung des Landgerichts Leipzig an, die es dem AfD-Kreisverband Leipzig untersagt hatte, Wahlplakate mit einem Foto des verstorbenen Leipziger Fotografen Friedrich Gahlbeck von der Montagsdemonstration

Plädoyer für ein Erfolgsmodell

FAMILIE Linke will Schulsozialarbeit als gesetzliche Regelleistung verankern

Die Linksfraktion fordert die Bundesregierung auf, die Schulsozialarbeit als Regelleistung im Achten Buch Sozialgesetzbuch zu verankern. In dem entsprechenden Antrag (19/9053), über den der Bundestag am vergangenen Donnerstag erstmals debattierte, spricht sich die Fraktion zudem dafür aus, dass der Bund sich angemessen an der Finanzierung beteiligt. Die Einführung der neuen Regelleistung dürfe nicht zu Lasten der bestehenden Angebote der Jugendhilfe gehen.

Birke Bull-Bischoff (Linke) wies darauf hin, dass die Finanzierung der Schulsozialarbeit in vielen Fällen ein zeitlich befristete Programme gebunden sei. So werde in einigen Bundesländern die Tätigkeit von Schulsozialarbeitern über ein entsprechendes Förderprogramm des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. Dieses Programm laufe aber Ende 2020 aus. Die Schulsozialarbeit habe sich zum „Erfolgsmodell“ entwickelt für Schüler, Eltern und Lehrer, sagte Bull-Bischoff. Als niedrigschwelliges Angebot trage die Schulsozialarbeit dazu bei, junge Menschen in ihrer Entwicklung und Persönlichkeit und unter Berücksichtigung unterschiedlicher Lebenslagen zu fördern. So könnten Schüler ihre Fähigkeiten entfalten und Anerkennung erfahren.

Der CDU-Abgeordnete Maik Beermann äußerte zwar Sympathie für den Antrag, lehnte ihn aber letztlich trotzdem ab. In der Tat sei die Schulsozialarbeit zu einem wichtigen pädagogischen Bestandteil an vielen Schulen geworden. Sie stärke die soziale Kompetenz der Schüler und erhöhe so die Chance auf einen Schulabschluss, einen Ausbildungsplatz und einen Beruf.

Kompetenz der Länder Beermann verwies allerdings darauf, dass das Schulwesen laut Grundgesetz in der Verantwortung der Länder und der Kommunen liege. Der Bund habe in diesem Bereich keine Regelungskompetenz und deshalb auch keine Möglichkeit der Finanzierung. Zudem würden die Verhandlungen über den ESF derzeit noch laufen, es sei deshalb verfrüht zu behaupten, die Finanzierung des Förderprogramms für die Schulsozialarbeit werde nach 2020 nicht fortgesetzt.

Unterstützung für den Vorstoß der Linksfraktion kam hingegen von Bündnis 90/Die Grünen. Margit Stumpp verwies darauf, dass sich das Image der Schulsozialarbeit grundlegend geändert habe. Früher sei sie vor allem an Problemschulen anzutreffen gewesen. Heute werde es von Eltern hingegen als Malus angesehen, wenn eine Schule über kein entsprechendes Angebot

verfüge. Stumpp warf Beermann vor, „Nebelkerzen zu zünden“. Der Bund habe sehr wohl eine Verantwortung in diesem Bereich und es gebe Möglichkeiten, einen rechtlichen Rahmen für sein finanzielles Engagement zu schaffen.

Auf Ablehnung stieß der Antrag bei der AfD. Sozialarbeiter seien vor allem dort gefragt, wo Menschen in prekären Verhältnissen leben, sagte Thomas Ehrhorn. Um so bemerkenswerter sei es, wenn behauptet würde, Schulen könnten ohne Schulsozialarbeiter nicht mehr ihrer Aufgabe nachkommen. Dies werfe die Frage auf, ob mit der Forderung nach der Schulsozialarbeit nicht eher „perfekte Indoktrinationsstrukturen“ geschaffen werden sollen, um linke Ideologien zu verbreiten.

Matthias Seestern-Pauly (FDP) hielt Ehrhorn entgegen, seine Rede offenbare seine Ahnungslosigkeit. Der Antrag der Linken wies er jedoch ebenfalls mit Verweis auf die Verantwortung der Länder für die Schulen zurück. aw ||

Zulassung zu Hochschulen

BILDUNG Die Vergabe von Studienplätzen soll im Rahmen des Hochschulrahmengesetzes geändert werden. Mit der von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzesnovelle (19/10521), die der Bundestag am vergangenen Freitag in erster Lesung beriet und in die Ausschüsse überwies, soll ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 19. Dezember 2017 umgesetzt werden, das die Regelungen über die Studienplatzvergabe in der Humanmedizin teilweise für verfassungswidrig erklärt hat. Die Karlsruher Richter hatte dem Gesetzgeber eine Übergangsfrist bis Ende 2019 zur Änderung der Rechtslage eingeräumt. Von dem Urteil betroffen sind neben landesrechtlichen Regelungen zur Umsetzung des Staatsvertrages der Bundesländer über die Einrichtung einer gemeinsamen Einrichtung für die Hochschulzulassung auch der Paragraph 32 des Hochschulrahmengesetzes, der nun aufgehoben werden soll.

Zudem beriet der Bundestag über einen Antrag der Linksfraktion zur Hochschulzulassung (19/10623) und der FDP zum Kapazitätsrecht (19/10620). Beide Anträge wurden in die Ausschüsse überwiesen. Die Linken fordern, die Zulassung zum Studium ausschließlich an das Abitur oder Fachabitur, eine abgeschlossene berufliche Ausbildung oder einen vergleichbaren Abschluss zu knüpfen. Andere Voraussetzungen wie Sprachkenntnisse oder Praxiserfahrung müssten innerhalb des Studiums erworben werden können. Bewerber müssten zudem innerhalb von zwei Jahren einen Studienplatz erhalten.

Die Liberalen fordern die Bundesregierung auf, das Kapazitätsrecht zu reformieren. Trotz veränderter Anforderungen an die Hochschulen basiere die Vergabe von Studienplätzen und die Finanzierung der Hochschulen noch immer auf dem Kapazitätsrecht aus den 1970er Jahre. Dies verhindere Investitionen in ein besseres Betreuungsverhältnis und neue Studienformate. aw ||

Freiheit der Information

RECHT Die FDP-Fraktion dringt darauf, das Urheberrecht nicht zur Einschränkung der Informationsfreiheit zu missbrauchen. In einem Antrag (19/10076), den der Bundestag ohne Aussprache zur Beratung die Ausschüsse überwies, fordert sie die Bundesregierung auf, „es zu unterlassen, die Veröffentlichung beziehungsweise Verbreitung staatlicher Dokumente mit den Mitteln des Urheberrechts zu unterbinden“. Dies umfasse Abmahnungen sowie die gerichtliche Geltendmachung des Urheberrechts bei Stellungnahmen, Gutachten oder sonstigen Papieren aus Ministerien oder den Ministerien unterstellten Bundesbehörden. Dokumente, die dem Geheimnisschutz unterliegen, fielen nicht hierunter. Unterliege eine Information aber nicht dem Geheimnisschutz, dürfe das Urheberrecht nicht als „Geheimnisschutz durch die Hintertür“ missbraucht werden.

Nach dem Willen der FDP soll die Bundesregierung zudem offenlegen, wie viele Rechtsstreitigkeiten Bundesministerien und Bundesbehörden seit Inkrafttreten des Informationsfreiheitsgesetzes am 1. Januar 2006 geführt haben, in denen die Veröffentlichung beziehungsweise Verbreitung von Dokumenten und Informationen mit Verweis auf das Urheberrecht verhindert werden sollte. aw ||

Ein vereintes Europa braucht neue Visionen.

Folgeband des erfolgreichen Buches 'Klassiker des europäischen Denkens' von Nomos

Europas vergessene Visionäre
Rückbesinnung in Zeiten akuter Krisen

Herausgegeben von Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. Winfried Böttcher

2019, 521 S., geb., 58,- €
ISBN 978-3-8487-4583-8
nomos-shop.de/31116

Das von Winfried Böttcher herausgegebene Werk „Europas vergessene Visionäre“ zeigt, wie einst Visionen entstanden. Wichtige, aber zu Unrecht etwas in Vergessenheit geratene europäische Denker mit großen Europavisionen geben sich in diesem großen Werk ein Stelldichein. Es knüpft damit an das erfolgreiche Standardwerk „Klassiker des europäischen Denkens“ an.

www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

AUFGEKEHRT

Die leblosen Enden

Die CDU wird zerstört, die SPD liegt im Koma, Österreich ist korrupt, Merkel liebt Nahles, Klima-Greta will nicht mehr zur Schule und Rezo ist leider zu jung...

VOR 25 JAHREN...

Postreform verabschiedet

29.6.1994: Post und Telekom werden privat. Die Nachfrage war riesig, als die Telekom Ende 1996 an die Börse ging...



Beschäftigte des Fernmeldeamts streiken im Juni 1996 in Berlin.

tag verabschiedete damals mit Zweidrittelmehrheit die „Postreform II“. Damit wurden die drei Postunternehmen Telekom, Postdienst und Postbank ab 1995 in private Aktiengesellschaften umgewandelt...

ORTSTERMIN: PARLAMENTARS-STIPENDIATEN ZEIGEN IHRE HEIMATLÄNDER



In Vielfalt einen Mehrwert sehen und so viele Erfahrungen wie nur möglich in den Koffer für die Heimreise packen – das war die Botschaft des kurzen Bühnenstücks der Jungakademiker aus 37 Ländern...

Wenn aus Fremden Freunde werden

Die Koffer von 119 Jungakademikern werden in diesem Sommer nicht nur Kleidung und Habseligkeiten enthalten – sie werden vollgepackt sein mit Werten, die die Demokratie ausmachen...

sagte die Stipendiatin, die den Empfang moderierte. Seit Anfang März befassen sich die Jungakademiker mit der parlamentarischen Demokratie und dem politischen System Deutschlands...

Das Programm ist wichtig für uns, um ins Gespräch zu kommen, den Dialog zu pflegen und dabei zu helfen, in Ihren jeweiligen Bereichen mehr über Deutschland zu lernen...

PANNENMELDER

In der Ausgabe 21-23 vom 20. Mai 2019 wird auf Seite 8 im Artikel „Verschlungene Wege der Auftragsvergabe“ ein Erlass aus dem Bundesverteidigungsministerium als „Suder-Erlass“ bezeichnet...

PERSONALIA

Hildebrecht Braun Bundestagsabgeordneter 1994-2002, FDP. Am 23. Juni wird Hildebrecht Braun 75 Jahre alt.

Gerhard Neumann Bundestagsabgeordneter 1990-2002, SPD. Gerhard Neumann wird am 25. Juni 80 Jahre alt.

Max Kunz Bundestagsabgeordneter 1972-1990, CSU. Max Kunz vollendet am 25. Juni sein 90. Lebensjahr.

Ernst Ulrich von Weizsäcker Bundestagsabgeordneter 1998-2005, SPD. Am 25. Juni vollendet Ernst Ulrich von Weizsäcker sein 80. Lebensjahr.

Joachim Holz Bundestagsabgeordneter 1990, CDU. Am 27. Juni wird Joachim Holz 75 Jahre alt.

Gerd Wartenberg Bundestagsabgeordneter 1980-1994, SPD. Am 26. Juni begeht Gerd Wartenberg seinen 75. Geburtstag.

Klaus Hübner Bundestagsabgeordneter 1965, 1966-1968, SPD. Klaus Hübner vollendet am 19. Juni sein 95. Lebensjahr.

PERSONALIA

Lothar Wrede Bundestagsabgeordneter 1969-1983, SPD. Wie dem Bundestag erst jetzt mitgeteilt wurde, starb Lothar Wrede am 28. Februar im Alter von 88 Jahren.

Fritz Schösser Bundestagsabgeordneter 1998-2005, SPD. Am 28. Mai starb Fritz Schösser im Alter von 71 Jahren.

Christoph Strässer Bundestagsabgeordneter 2002-2017, SPD. Christoph Strässer wird am 12. Juni 70 Jahre alt.

Siegrun Klemmer Bundestagsabgeordnete 1990-2002, SPD. Am 13. Juni begeht Siegrun Klemmer ihren 80. Geburtstag.

Heinz Günther Hüsch Bundestagsabgeordneter 1976-1990, CDU. Am 13. Juni vollendet Heinz Günther Hüsch sein 90. Lebensjahr.

Ulla Schmidt Bundestagsabgeordnete seit 1990, SPD. Ulla Schmidt wird am 13. Juni 70 Jahre alt.

Günter Rixe Bundestagsabgeordneter 1987-1998, SPD. Am 15. Juni wird Günter Rixe 80 Jahre alt.

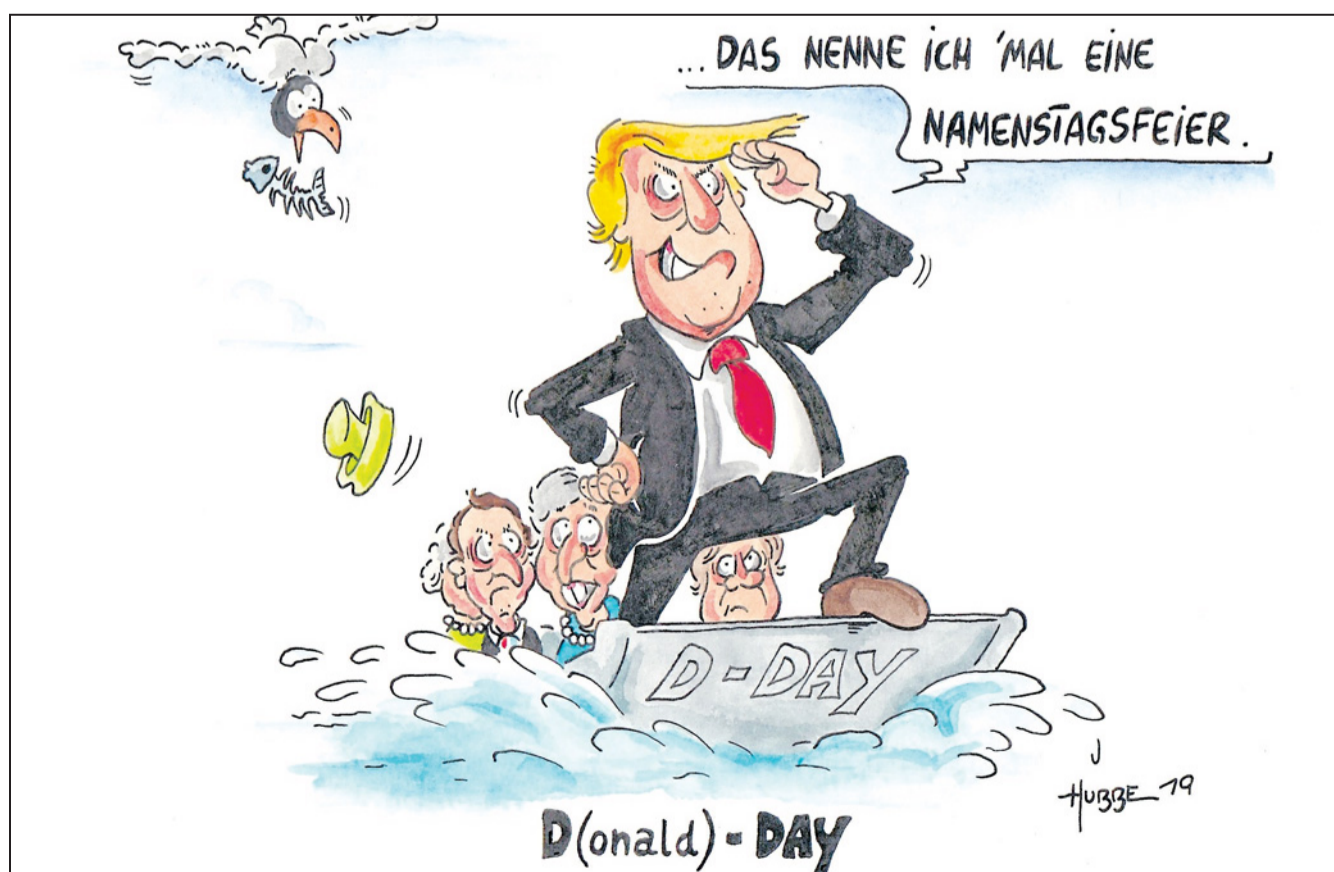
Klaus Hübner Bundestagsabgeordneter 1965, 1966-1968, SPD. Klaus Hübner vollendet am 19. Juni sein 95. Lebensjahr.

Lothar Maier Bundestagsabgeordneter seit 2017, AfD. Am 19. Juni begeht Lothar Maier seinen 75. Geburtstag.

Hansmartin Sempfendörfer Bundestagsabgeordneter 1972-1980, SPD. Am 22. Juni wird Hansmartin Sempfendörfer 85. Jahre alt.

Peter Gauweiler Bundestagsabgeordneter 2002-2015, CSU. Peter Gauweiler wird am 22. Juni 70 Jahre alt.

SEITENBLICKE



BUNDESTAG LIVE. Topthemen vom 26. - 28.06.2019. Organspende (Mi) Forschungszulagengesetz (Do). Phoenix überträgt live ab 9 Uhr.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper.

Gitta Connemann, CDU/CSU:

Die Opfer der SED-Diktatur sind für uns die Helden der Freiheit



Gitta Connemann (*1964)
Wahlkreis Unterems

Wo waren Sie am 9. November 1989? Zu Hause? Bei Freunden? Oder in einem Gefängnis der Staatssicherheit? Jeder von uns weiß es. Dieses Datum hat sich in unser Gedächtnis, in das Gedächtnis unserer Nation eingebrannt; denn an diesem Tag fiel die Mauer. Fiel sie? Nein. Bürger in der DDR brachten sie zum Einsturz, weil ihre Sehnsucht nach Freiheit, nach Demokratie größer war als ihre Angst. Ich kann nur sagen: Was für ein Mut!

Das Datum markiert Ende und Anfang zugleich. Damit endete jahrzehntelanger Widerstand gegen Unrecht, Unfreiheit und Planwirtschaft. Manchmal wurde dieser im Westen sichtbar – wie beim Arbeiteraufstand, bei den Friedensgebeten oder dem Sturm auf die Prager Botschaft. Mir und uns ist besonders wichtig, heute auch an die frühen Wegbereiter der friedlichen Revolution zu erinnern, an die Bürger, die sich in den 50er-, 60er-, 70er-Jahren gegen das System auflehnten und in Gefängnissen einen hohen Preis für ihren Mut zahlten. Vor ihnen und ihren Familien verneige ich mich, verneigen wir uns heute.

Aber der 9. November 1989 war auch der Beginn eines Deutschlands, an das viele nicht mehr glaubten konnten, manche auch nicht mehr glauben wollten. Meine Damen und Herren von den Linken, Ihr Fraktionsvorsitzender Oskar Lafontaine bescheinigte der DDR, unter Erich Honecker – Zitat – „ein wirtschaftlich leistungsfähiger, innenpolitisch stabiler

und außenpolitisch selbstbewusster Staat geworden“ zu sein. Er bezeichnete die Wiedervereinigung im Jahr des Mauerfalls als – Zitat – „historischen Schwachsinn“. Ein Schlag ins Gesicht der SED-Opfer! Wie gut, dass es Politiker gab, die sich an die Präambel unseres Grundgesetzes erinnerten, die größer dachten – so wie Helmut Kohl. Gemeinsam mit George Bush und Michail Gorbatschow stellte er entscheidende Weichen. Für uns als Union war die Wiedervereinigung nie ein Lippenbekenntnis, sondern immer Herzensangelegenheit.

Aber am Ende wäre die Friedliche Revolution ohne den Mut der Menschen nicht möglich geworden. Dieser Mut war keine Selbstverständlichkeit. Hand aufs Herz: Wer von uns wäre bereit gewesen,

den hohen Preis dafür zu zahlen? Manche glorifizieren noch heute bzw. wieder die DDR, auch Teile der Linken. Für mich ist das Geschichtsklitterung. Die DDR war ein Unrechtsstaat. Regimekritiker spüren das bis heute: Ihre Kinder wurden ihnen weggenommen, zur Adoption freigegeben. Die Lebensentwürfe von politisch Verfolgten wurden zerschlagen, ihre Familien in Sippenhaft genommen. Oppositionelle wie unser Kollege Arnold Vaatz wurden ins Gefängnis geworfen – weil er anderer Meinung war. Manche bezahlten mit ihrem Leben. Nur 200 Meter von hier erinnern uns jeden Tag die Holz-

AfD und die Montagsdemos der Friedlichen Revolution haben nichts miteinander zu tun.

kreuze daran. Diese Mahnmale sind wichtig – gegen das Vergessen. Deshalb ist für uns in der Union auch die Arbeit in den Gedenkstätten und an Erinnerungsorten wie Hohenschönhausen, Hoheneck, Plauen oder Leipzig, um nur einige zu nennen, unverzichtbar. Wir danken den Menschen, die diese Arbeit dort tun. Danke schön!

Denn Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Wir erleben es jeden Tag hier im Deutschen Bundestag. Sie, meine Damen und Herren von der AfD, missbrauchen demokratische Rechte, um am Ende unsere Demokratie auszuhöhlen. Deshalb ist es auch ein Hohn, dass Sie sich die Losungen und Bilder der Friedlichen Revolution aneignen. Wie gut, dass es Gerichte gibt, die Ihnen genau dies verbieten. AfD und die Montagsdemos der Friedlichen Revolution haben nichts, aber auch gar nichts miteinander zu

tun.

Wir, die Union, ziehen keinen Schlusstrich. Auch 30 Jahre später müssen die Opfer Gerechtigkeit erfahren. Die Erinnerung an die Friedliche Revolution darf nicht an Bedeutung verlieren. Deshalb haben wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner diesen Antrag auf den Weg gebracht, liebe Katrin Budde.

Deshalb werden wir übrigens auch das Stasi-Unterlagen-Gesetz nicht abschaffen, sondern weiterentwickeln. Die Akten werden nicht nur uneingeschränkt zugänglich sein, sondern auch für die Zukunft gesichert. Denn auch nachfolgende Generationen sollen erforschen und erfahren können, welches Unrecht in der DDR geschehen ist. Unrecht hat kein Verfallsdatum.

Deshalb setzen wir uns auch für einen Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur ein. Diese Opfer verdienen Anerkennung und Respekt. Sie sind für uns die Helden der Freiheit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Tino Chrupalla, AfD:

Ein verzweifelter Versuch von Schadensbegrenzung



Tino Chrupalla (*1975)
Wahlkreis Görlitz

Dreißig Jahre Friedliche Revolution und zwei Anträge, die darauf abzielen, die Menschen hinter dieser Friedlichen Revolution zu würdigen: Das ist schön. Ich freue mich, dass Ihnen das nach 30 Jahren einfällt; besser spät als nie.

Die Art und Weise, wie Sie das Engagement gegen die kommunistische Fremdherrschaft im his-

torischen Bewusstsein verankern wollen, erscheint mir allerdings etwas fragwürdig. Das gilt insbesondere für den Antrag der FDP; dazu wird der Kollege Jongen gleich etwas sagen. Ich jedenfalls werde den Eindruck nicht los, dass das hier ein verzweifelter Versuch ist, Schadensbegrenzung zu betreiben. Sie haben das Vertrauen der Wähler in Ostdeutschland verspielt. Das wissen Sie auch. Das erscheint mir die eigentliche Motivation hinter diesen beiden Anträgen. Jetzt versuchen Sie, es sich zurückzuholen.

Ich selbst bin ein Kind der DDR und war erst 15, als die Mauer fiel. Aber auch ich weiß noch sehr gut, was man damals unter Familienzusammenführung verstand. Es ging um deutsche Familien, die die Nachkriegsordnung zerrissen hatte. Es war unser innigster Wunsch, die offene Wunde, die unser Land entzweite, zu heilen. Unsere Vision waren die Freiheit

und die Einigkeit des deutschen Volkes.

Frau Connemann, es war ein durch und durch patriotisches Ziel. Die Einigen, die das nicht wollten, waren die Vasallen der Besatzungskräfte. Auch gegen sie richtete sich unser Widerstand. Wir haben nie aufgehört, für die Freiheit, die Wahrheit und für die Einigkeit unseres Volkes zu streiten und auf die Straße zu gehen. Die Widerständler von damals sind nämlich auch die Widerständler von heute.

Genau das ist die unbequeme Wahrheit, die Sie nicht hören wollen und die in diesen Anträgen nicht zur Sprache kommt. Die patriotischen Widerständler von damals wollen Sie jetzt feiern und entschädigen. Das ist auch löblich. Aber wenn Sie im selben Atemzug die patriotischen Widerständler von heute entmündigen und entmenslichen, dann ist das ein großer Widerspruch. Das

müssen Sie doch einsehen.

Man hat bisweilen das Gefühl, dass Sie uns am liebsten in ein Umerziehungslager stecken würden. Wenn Ihnen der innere Frieden und unsere Einheit so wichtig sind, weshalb verhindern Sie dann nicht, dass die Presse Schlagwörter wie „Dunkeldeutschland“ und „brauner Schandfleck“ in die Welt setzt und damit unser Land aufs Neue spaltet? Die Wertschätzung, die Sie den friedlichen Revolutionären von damals entgegenbringen wollen, sollten Sie den friedlichen Revolutionären von heute auch entgegenbringen, und zwar jetzt und nicht erst in 30 Jahren.

Es handelt sich nämlich tatsächlich um dieselben Personen. Da-

Fortsetzung auf nächster Seite

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentarischen Fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

www.bundestag.de/live/tv/index.html

mit meine ich nicht Bärbel Bohley und Wolf Biermann, die hier im Antrag von CDU/CSU und SPD genannt werden. Auch ein Siegmund Faust oder ein Michael Beileites waren Widerstandskämpfer. Sie werden heute für ihre nicht konforme Meinung geächtet. Diese

Leute verstehen die Welt nicht mehr. Es gibt Millionen von Bürgern, die diese Erfahrung teilen.

Ich hätte ein paar Vorschläge, wie Sie die Sympathie der Bürger im Osten vielleicht zurückgewinnen können. Anstelle von Gedenkstätten, Denkmälern und

Aufarbeitungszentren empfehle ich Ihnen die vollständige Offenlegung der kriminellen Aktivitäten der Treuhänder. Eine gründliche Untersuchung, inwiefern bewährte Stasimethoden heute wieder von der deutschen Regierung eingesetzt werden, käme sicherlich

auch gut an.

Wir fordern die Wiederherstellung von Rechtsstaatlichkeit und Freiheit, die man uns damals versprochen hat. Es wäre schön, wenn Sachsen endlich ein Informationsfreiheitsgesetz bekäme; denn das steht noch aus. Hören

Sie endlich auf, die Ostdeutschen wie unmündige Kinder zu behandeln. Hören Sie ihnen einfach zu. Das wäre ein großer und toller Anfang.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Budde, SPD:

Es ist wichtig, den Ostdeutschen ihre Geschichte zurückzugeben



Katrin Budde (*1965)
Landesliste Sachsen-Anhalt

© Deutscher Bundestag/Thomas Koehler

schon eine besondere Situation. Aber ja, alles blieb ruhig. Der Mut der vielen wurde belohnt, die Besonnenheit, die Ruhe und der Aufruf, sich nicht provozieren zu lassen. Später sagte einmal ein Regierungstreuer: Mit allem hatten wir gerechnet, aber nicht mit Kerzen und Gebeten.

So wie ich, die ich damals dabei war, wird niemand von denen, die damals in dieser Oktoberzeit dabei und auf der Straße waren, diese Tage und auch diesen bestimmten Tag vergessen. Wenn wir uns aber in den Herbst 1989 versetzen, dann wissen wir auch, dass damals im Oktober noch niemand wirklich über eine schnelle Wiedervereinigung nachdenken konnte. Trotz der polnischen Gewerkschaftsbewegung, trotz des ersten öffentlichen Unmutes über manipulierte Kommunalwahlen, trotz der Perestrojka, trotz der Vorgängerdemonstrationen in der ersten Oktoberwoche in Potsdam, in Plauen, in Magdeburg und anderswo konnten wir es nicht; denn es gab noch die großen politischen Blöcke. Es gab Ost und West, es gab den Kalten Krieg, es gab die Erinnerung an die Aufstände und deren Niederschlagung in Prag und in Ungarn, an den 17. Juni 1953, und es gab ganz frisch die Erinnerung an die Ereignisse auf dem Platz des Himmlischen Friedens. Nein, dass dieses gesamte System so schnell und so friedlich zusammenbrechen würde, war damals noch außerhalb unserer Vorstellung.

Meine Damen und Herren, es wird immer so viel über Dankbarkeit geredet. Wir müssen nur für eines dankbar sein, nämlich dafür, dass dies angesichts der internationalen Situation friedlich möglich war.

Wir sahen aber eine Chance, wir sahen ein Zeitfenster für die Demokratisierung des Landes, in dem wir lebten. Ich kann heute in acht Minuten nicht alle Zusammenhänge darlegen – viel davon finden Sie im Antrag –, aber ich möchte es Ihnen ein wenig näherbringen. Ich möchte Ihnen sagen, dass wir es dem Mut der Bürgerin-

nen und Bürger der DDR zu verdanken haben, dass wir heute in einem Deutschland leben, hier in einem Bundestag – demokratisch gewählt – gemeinsam Entscheidungen für ein gemeinsames Land treffen.

Die Mauer ist übrigens nicht aus Altersschwäche eingefallen.

Die Mangelwirtschaft hat weder den Beton noch den Todesstreifen erreicht. Vielmehr haben wir die Mauer von innen eingedrückt. Da ist nichts gefallen. Wir haben sie mit dem, was wir vorher getan hatten, eingedrückt: mit dem Mut, den es gab, und mit den ersten Plakaten, die für Freiheit standen.

Aber diese Freiheit ist auch ein ständiger Kampf um sie selbst. Freiheit bedeutet eben nicht die Erfüllung aller persönlichen Träume. Freiheit bedeutet Selbstverantwortung und auch Enttäuschung; auch das kann Freiheit bedeuten. Dass in den Jahren danach zu viele Menschen enttäuscht wurden und verbittert geworden sind und zu viele Menschen heute den verklärten Blick zurück haben und die Demokratie, die wir so mühsam errungen haben, infrage stellen, ihren Wert nicht mehr so deutlich sehen, das ist gefährlich.

Ich frage mich wirklich mit Schauern: Wann haben so viele Menschen die Angst vor der Diktatur verloren? Deshalb ist dieser Antrag heute hier

im Bundestag wichtig: wichtig, um uns den Mut wiederzugeben, wichtig, um den Ostdeutschen ihre Geschichte wiederzugeben und ihnen zu sagen: „Ihr wart es; ohne euch gäbe es den heutigen Bundestag, dieses heutige Deutschland so nicht“, wichtig für uns, die diese Demokratie bewahren und fortentwickeln wollen, die sie erkämpft haben mit dem Ruf im Herbst 1989: „Wir sind das Volk“ und später dann zum Jahresende mit dem Ruf: Wir sind ein Volk. Diesen Ruf, meine Damen und Herren, müssen die Demokratin-

nen und Demokraten sich zurückholen. Uns gehört er!

Es ist auch Zeit, Danke zu sagen und denen Anerkennung zu geben, die in der DDR verfolgt wurden und deren Leben zerstört wurde, denen, die die Stasiakten gesichert haben, denen, die an den runden Tischen gesessen und verhandelt haben, denen, die in einer ersten frei gewählten Volkskammer gearbeitet, gestritten und Entscheidungen getroffen haben – und auch treffen mussten. Denn erst mit diesem ersten frei gewählten demokratischen Parlament in der DDR war es möglich, überhaupt in Verhandlungen zur Wiedervereinigung einzutreten. Das war der Punkt, an dem wir über eine Wiedervereinigung verhandeln konnten.

Wir müssen auch jenen danken und Anerkennung geben, die danach im wirtschaftlichen Strukturbruch ihre Existenz verloren haben, die ihre Betriebe abreißen mussten. Die Betriebe und die Arbeit waren das, worauf die DDR die Menschen konzentriert hatte. Da gab es die Wohnung. Da gab es den Ferienplatz. Da gab es die Patenbrigade. Da gab es die Brigadefeiern. Die meisten Menschen waren auf diese Betriebe konzentriert. Alles, das ganze Leben spielte sich darüber ab. Diese haben sie dann abgerissen. Da haben diese Menschen 10, 20 oder 30 Jahre gearbeitet. Auch das muss man anerkennen. Wir müssen also auch jene

nen danken, die in dem neuen Deutschland nicht so angekommen sind, wie sie es sich erträumt und erwünscht haben. Der Prozess von 1990 bis heute ist für diese Menschen eine immense Lebensleistung, und die gehört anerkannt.

Das Leben vor 1989 war für die meisten Menschen etwas Normales. Sie hatten sich eingerichtet in dieser, ihrer Normalität. Das war ein Leben mit harter Arbeit, mit Organisation in einer Mangelwirtschaft, aber auch mit Geburten, mit Hochzeiten, mit Feiern, mit Alltag, mit Liebe, mit Freunden, in Freude und Leid. Dem alltäglichen Leben in der DDR das Lebenswerte abzusprechen, entwertet das Leben und die Biografien von Millionen Menschen. Das dürfen wir nicht tun.

Trotz alledem bitte ich diejenigen von uns, die mit ein wenig verklärter Wehmut und rückwärts-gewandtem Blick sagen, dass doch nicht alles schlecht war, sich einmal die die Gegenfrage zu stellen: Was bitte ist an einer Diktatur gut? Nichts.

30 Jahre Friedliche Revolution in diesem Jahr, 30 Jahre deutsche Einheit im nächsten Jahr sind Grund, Anlass und Notwendigkeit, sich mit klarem Blick zurück und nach vorn zu fragen: Welche Fehler haben wir im Prozess der Wiedervereinigung gemacht? Was können wir noch korrigieren? Aber auch: Was haben wir erreicht, allgemein und auch ganz persönlich? Jeder muss sich fragen: Worauf können wir stolz sein, ganz allgemein und auch persönlich?

Die Welt von heute ist eine andere. Sie ist wesentlich komplizierter als die Welt des Kalten Krieges, die Welt der zwei klaren Blöcke. Die Unterschiede zwischen Einkommen und Vermögen sind in Deutschland groß geworden. Aber die Disparitäten auf der ganzen Welt sind das viel Schlimmere; auch sie sind zu groß geworden. Die Umwelt hat einen Grad an Zerstörung erreicht, der weit über das Maß der Zerstörung in der DDR hinausgeht. Meine Damen und Herren, zur Wahrheit gehört auch, dass wir im Oktober 1989 nicht nur für den Frieden, sondern auch gegen die Zerstörung der Umwelt in der DDR auf die Straße gegangen sind. Auch das war eine Triebkraft; dafür haben sich die Menschen 1989 engagiert.

Diese Welt macht zu vielen Menschen Angst. Angst lässt sich – das habe ich gelernt – nicht mit Fakten bekämpfen; das macht es so schwer. Trotz alledem: Wir Demokratinnen und Demokraten müssen diese Menschen erreichen; sonst werden sie von anderen erreicht, und die zerstören nicht nur unsere Demokratie, sondern auch die Welt, in der wir leben. Deshalb: Lassen Sie uns im Jahr des 30. Jahrestages der Friedlichen Revolution dafür streiten und mit Mut, mit Freude, aber auch mit Spaß und mit positiver Kraft ein wenig den Herbst 1989 zurückholen. Das wäre schön.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

**Wir sahen ein
Zeitfenster für
die Demokratisierung des
Landes, in dem
wir lebten.**

Linda Teuteberg, FDP:

Es waren Bürger, die sich ihre Freiheit erstritten haben



Linda Teuteberg (*1981)
Landesliste Brandenburg

Das wir heute 30 Jahre Friedlicher Revolution gedenken, ist gut und zugleich gar nicht so selbstverständlich. Denn allzu oft ist in diesem Zusammenhang noch von dem Wort „Wende“ die Rede. Dieser Begriff kommt aus einer Zeit, als von politischem Framing noch nicht die Rede war und es trotzdem einige angewandt haben. So versuchte die SED, den Eindruck zu erwecken, nicht etwa mutige Bürger hätten sich ihre Freiheit erkämpft, sondern sie selbst hätte plötzlich eingesehen, Reformen auf den Weg bringen zu müssen. Egon Krenz hat im Herbst 1989

die Debatte so geprägt. Umso wichtiger ist, dass wir heute daran erinnern, dass es anders war: Es war eine friedliche Revolution, und es waren Bürger, die sich ihre Freiheit erstritten haben, liebe Kollegen. Wer sich die Situation vor 30 Jahren noch einmal genau anschaut, der bekommt ein Gefühl dafür oder zumindest eine Ahnung davon, unter welcher Gefahr und mit welchem Risiko die Bürger sich entschieden, auf die Straße zu gehen.

Vor fast genau 30 Jahren fand das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking statt. Die Bilder gingen um die Welt. Auch die Bürger der DDR sahen sie. Die SED-Führung war schnell und eindeutig darin, diese sogenannte chinesische Lösung zu begrüßen. Es wurde gesagt, dass da wieder Ordnung hergestellt worden sei, dass man mit den Freunden in China auf der Barrikade der sozialistischen Revolution stehe. In dem Bewusstsein, dass es sie ihre Freiheit oder sogar ihr Leben kosten könnte, begannen die Bürger der DDR, und zwar besonders merklich nach den gefälschten Kommunalwahlen im Mai 1989 und im Be-

wusstsein um diese Bilder aus Peking, auf die Straße zu gehen. Dass es friedlich bleiben würde, konnten sie nicht wissen, als sie sich dazu entschieden. Das zeigt noch einmal, wie besonders diese Situation war und wie viel Respekt diese Menschen von uns verdienen. Was, liebe Kolleginnen und Kollegen, motivierte die Menschen, so viel zu riskieren? Es war zum einen der Mangel an fundamentalen Bürgerrechten, an freien und geheimen Wahlen, an Meinungs- und Pressefreiheit, an Reisefreiheit, um nur einige zu nennen. Es war aber übrigens auch die Verzweiflung über den Zustand zum Beispiel ostdeutscher Innenstädte oder der Umwelt. Es war das Erleben. Dafür gibt es konkrete Beispiele: In Potsdam standen Teile der Innenstadt kurz vor dem Abriss; dieser war bereits geplant. Einige Bürger wollten das nicht hinnehmen und haben dagegen protestiert. Die Krämerbrücke in Erfurt wäre heute nicht mehr da und saniert,

Der Eingriff in Bildungs- und Berufsbiografien ist ein fundamentaler Eingriff in Freiheitsrechte.

wenn die DDR noch länger bestanden hätte. In Leipzig wurden vor der Messe regelmäßig Potemkinsche Dörfer aufgebaut. Da wurden in Häusern, die schon baupolizeilich gesperrt waren, Gardinen aufgehängt, Blumentöpfe ins Fenster gestellt und die Fassaden gestrichen. Darüber waren die Bürger frustriert und waren resigniert. Das zeigt Folgendes: Weder für Wohnungsmangel noch für Umweltschutz bot der Sozialismus Lösungen. Das sollte uns auch heute eine Lehre sein.

Es zeigt übrigens auch, dass politische und wirtschaftliche Freiheit auf Dauer zusammengehören und nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten. Ich finde es daher wichtig, daran zu erinnern, dass auch die Berufsfreiheit ein wichtiges Grundrecht ist, das in der DDR fundamental verletzt wurde. Deshalb ist mir wichtig, dass wir in unseren Antrag die Gruppe der verfolgten Schüler als eine verfolgte Gruppe in der DDR aufgenommen haben, die noch nicht hinreichend gewürdigt ist. Der Eingriff in Bildungs- und Berufsbiografien ist auch ein fundamentaler Eingriff in Freiheitsrechte.

Schließlich zeigt sich, dass es immer auf den Mut, die Verantwortungsbereitschaft und auf das Gewissen jedes und jeder Einzelnen ankommt. Der Bürgerinnen

und Bürger, die den aufrechten Gang üben und zeigen, was sie nicht mehr wollen, und auf die Straße gehen. Auch der Politiker, die die richtigen Signale setzen und den Menschen zeigen, dass sie nicht allein sind. Hans-Dietrich Genscher hat etwa im Juni 1988 in Potsdam gegenüber Außenpolitikern aus den USA und der Sowjetunion gesagt: Sie werden sehen, die Menschen hier sehen aus wie Deutsche, und sie verhalten sich, wie Deutsche sich verhalten. Damit wollte er zeigen, dass es trotz zweier Staaten immer noch eine Nation und ein Volk gibt. Schließlich kommt es im Einzelfall auch auf die Verantwortungsbereitschaft derjenigen an, die die Waffen doch schweigen ließen, und zwar trotz und nicht wegen der Verkündungen der SED-Führung, meine Damen und Herren. Auch sie haben Gewissen und Verantwortungsbereitschaft gezeigt.

Reiner Kunze hat einmal gut zusammengefasst, was die sogenannte Ethik des SED-Regimes ausmachte. Er sagte: Im Mittelpunkt steht der Mensch. Nicht der Einzelne. Unser Grundgesetz definiert das anders. Lassen Sie uns darauf gemeinsam stolz sein und mit Respekt darüber reden, wie wir das noch besser in Gesamtdeutschland mit Leben erfüllen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Matthias Höhn, Die Linke:

Die Menschen ziehen heute eine gemischte Bilanz



Matthias Höhn (*1975)
Landesliste Sachsen-Anhalt

Wenn wir heute über die historische Dimension des Widerstandes und der Demonstrationen im Herbst 1989 sprechen, dann muss man daran erinnern, dass dies wirklich Mut und auch echte Entschlossenheit verlangte. Jeder von uns Ostdeutschen wusste, dass sein indivi-

duelles Verhalten nicht unbemerkt blieb. Niemand konnte sicher sein, wie die DDR-Staatsführung reagieren würde und welche Konsequenzen Widerstand haben würde. Bevor sich Tausende Demonstranten zum Beispiel auf dem Leipziger Ring gegenseitig über ihre bloße Zahl, durch ihre Geschlossenheit schützen konnten, standen viele einzelne, ganz private Entscheidungen an, dieses hohe Risiko einzugehen. 30 Jahre danach sind wir weiterhin dankbar für diesen Mut. 30 Jahre danach sind wir dankbar für jede Entscheidung, die diese Revolution als eine friedliche in die Geschichtsbücher eingehen ließ.

Gedenktage sind allerdings auch Brücken zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Der Herbst 1989 wird mittlerweile von vielen Menschen in Ostdeutschland ins Verhältnis gesetzt zu dem,

was danach kam. Während die Bundesregierung seit 30 Jahren Festreden hält, ziehen die Menschen Bilanz, und sie ziehen eine gemischte Bilanz. 30 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs wählen viele Menschen gar nicht mehr, oder sie wählen autoritäre und nationalistische Parteien. Demokratische Parteien, das Parlament und die liberale Demokratie sind für viele kein Wert mehr an sich. Aber neben der nationalistischen Debatte gibt es längst eine progressive Gegenpolitisierung, die ebenfalls nicht gehaltene Versprechen der Demokratie hinterfragt. Diese Gegenpolitisierung hinterfragt die EU-Politik, die Bankenmacht und die Antiklimalobby. Sie fragt nach Chancengleichheit und nach Arbeitnehmerrechten in digitalen Zeiten, und diese müssen wir stärken, wenn wir uns die letzten Wähler-

gebnisse anschauen.

1989 mit diesen neuen Kämpfen zu verbinden, heißt doch, die Demokratie als Wechselspiel von Freiheit und sozialen Sicherheiten weiterzuentwickeln. Davon atmet der Antrag der Koalition allerdings absolut nichts. Sie verkoppeln auch heute wieder, liebe Katrin Budde, ich wäre dankbar, wenn deine Rede Inhalt des Antrags gewesen wäre, 1989 ausschließlich mit der DDR als Diktaturgeschichte. Aber die zentrale Debatte darüber, wie Menschen solidarisch zusammenleben wollen und können, läuft heute ab und nicht in einer eingefrorenen Vergangenheit.

Nach einem kurzen Jahr der demokratischen Selbstermächtigung zwischen 1989 und 1990 folgte mit der Treuhandschaft das Gegenteil von Mitbestimmung und gesellschaftlicher Teilhabe in Ostdeutschland. Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus konnte der Markt radikal schalten und walten.

Wer die Dominanz des Westens im Osten ansprach, musste lange viel einstecken.

Wer die Dominanz des Westens im Osten ansprach, musste lange viel einstecken. Die immer weiter bestehenden Unterschiede bei Löhnen, bei Renten und bei Vermögen sind als Übergangsprobleme kleingeredet worden. Heute müssen wir feststellen, dass der sozioökonomische Kahlschlag zusammen mit dem Elitentema und der enormen Abwanderung verheerend auf die politische Stimmung wirkt. Sie können nicht weiter den Heldenmut von 1989 in Ihren Reden feiern, ohne zur Kenntnis zu nehmen, wie tief viele dieser Helden in den Monaten danach gefallen sind.

Wie also würdigen wir in diesem Jahr den Herbst 1989? Wir würdigen ihn, indem wir und vor allem die Bundesregierung endlich Politik für ostdeutsche Interessen machen. Die Vertreterinnen und Vertreter aller Parteien haben in diesem Jahr, auch heute wieder,

Fortsetzung auf nächster Seite

ein neues Wort für sich entdeckt. Ich höre immer wieder, man müsse die „Leistungsleistung“ der Ostdeutschen anerkennen, in Ihren Anträgen, die heute vorliegen, fehlt dieses Wort dagegen wieder; aber vor der Leistung kommt das Leben, und das war eben auch ein Leben in der DDR. Sie begreifen

das, ungeachtet aller gesellschaftlichen Debatten, die derzeit stattfinden, leider immer noch nicht. Die DDR-Gesellschaft wird von der Koalition und auch von der FDP in ihren Anträgen weiterhin auf einzelne Punkte reduziert: Diktatur, Widerstand und Zwang. Alles andere aus der DDR bleibt

für Sie ein Niemandsort.

Es gibt keine Lebenserfahrung aus dem Osten in der kollektiven Öffentlichkeit der Bundesrepublik. Ohne Lebenserfahrung gibt es auch nichts Legitimes, nichts, was wert war an aktivem Versuch oder auch passiver Duldung, um nach den Erfahrungen des Zwei-

ten Weltkriegs eine andere Gesellschaft aufzubauen. Ohne Legitimation kann man auch nichts leisten, nicht vor 1989 und auch nicht danach. So muss man leider die Deklassierung der Ostdeutschen verstehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Dem Dank an die mutigen

Frauen und Männer von 1989 schließe ich mich an. Aber Sie müssen endlich verstehen, dass Sie diesen Dank entwerten, wenn Sie Ostdeutschland zur bloßen Geschichtsstunde machen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen:

Die Demokratie jeden Tag verteidigen



Katrin Göring-Eckardt (*1966)
Landesliste Thüringen

ge dessen man sich um Frieden, Gerechtigkeit und übrigens auch um die Bewahrung der Schöpfung gekümmert hat. Ich erinnere an all diejenigen, die Tag für Tag riskierten, im Gefängnis zu landen, und wussten, dass sie ihres Lebens nicht mehr froh werden würden, wenn das tatsächlich passiert. Ich erinnere an diejenigen, die dafür gesorgt haben, dass diese Revolution stattfinden konnte und friedlich blieb, und die unbeugsam waren bis in den Herbst 1989 hinein.

Meine Damen und Herren, später wurden es mehr. Bei mir war es zuerst die Junge Gemeinde. Im Herbst 1989 bin ich mit meinem Sohn, der nur ein paar Wochen alt war, zu Friedensgebeten und auf Demonstrationen gegangen. In den Nebenstraßen standen die Wasserwerfer. Später wussten wir auch, wer auf den Listen für die Internierungslager gestanden hat. Ich werde nicht vergessen, dass ich immer ein paar Minuten eher gegangen bin in der Sorge, dass Gewalt ausbrechen würde. Ich werde auch nicht vergessen, dass wir uns zu Hause immer abgesprochen haben: Was machen wir, wenn wir zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht zu Hause ankommen? Was muss dann geschehen? Wen rufen wir an? Wie sorgen wir dafür, dass dieses Kind aufwachsen kann? Ich habe es trotzdem gemacht, weil ich damals der Überzeugung war, dass das Aufwachsen in Freiheit, die Möglichkeit, in einem demokratischen Land zu leben, so unendlich viel wichtiger ist als alles andere, sodass es richtig ist, ein Risiko einzugehen. Ich bin sehr froh darüber, dass mein Sohn und auch der zweite heute sagen: Die Demokratie zu verteidigen, ist ganz zentral. Und das tun wir heute in unserem Land, übrigens auch gegenüber allen, die versuchen, unser Land zu spalten, die unsere Demokratie mit neuem Autoritarismus und mit neuen Anwandlungen von diktatorischem Handeln grundsätzlich infrage stellen. Wir lassen nicht zu, dass die Demokratie ge-

fährdet wird, meine Damen und Herren.

Am Anfang waren es wenige, und daneben standen Menschen mit ihren Einkaufsbeuteln. Später haben sie sich eingereiht. Dann waren es sehr viele, die auf die Straße gegangen sind. Jemand hat gesagt, Frau Budde hat es angesprochen: Wir haben mit allem gerechnet, nur nicht mit Kerzen und Gebeten. Die Friedliche Revolution, die friedlich geblieben ist, hat übrigens nicht Helmut Kohl gemacht, die haben die Menschen in der DDR gemacht, Frau Connemann. Das zu würdigen, ohne so zu tun, als ob es doch irgendjemand anderes gewesen ist, könnte diese Debatte heute in aller Ehrlichkeit vertragen.

Wenn ich mir Ihren Antrag und übrigens auch die Redner auf der Redeliste der Union anschau, dann muss ich sagen: Es fehlt noch was anderes. Es fehlt der Blick auf das gemeinsame Europa. Wo ist eigentlich die Würdigung der Revolutionen in den anderen osteuropäischen Ländern?

Warum kommt bei Ihnen Polen nicht vor, Polen und die Solidarnosc, das Land, wo es begonnen hat, übrigens auch mit Wojtyła, Papst Johannes Paul II.? Warum kommen eigentlich die Charta 77 und Vaclav Havel nicht vor? Wa-

rum kommen diejenigen nicht vor, die die Wegbereiter waren? Ich erinnere an die Grenzöffnung in Ungarn. Das wäre übrigens ein wichtiges Signal an Herrn Orban gewesen, der die Freiheit und die Demokratie infrage stellt. Dort hat damals das gemeinsame Europa begonnen. Das war die Grundlage, das war der Grundstein für das, was wir heute haben.

Was Sie zu dem Umgang mit den Opfern von damals gesagt haben, ist ja richtig. Ich will Ihnen aber dezidiert sagen: Das, was Sie sagen, hätten Sie schon lange machen können. Ich denke an die Heimkinder, die Zwangsadoptierten, die Opfer des SED-Unrechts, die heute immer noch in einer schwierigen sozialen Lage sind. Sie müssen sich wirklich fragen lassen: Warum haben Sie da nicht längst etwas gemacht? Wir hören Bekenntnisse, Sie reden von Helden und Beauftragten. Das alles ist richtig und schön, aber am Ende des Tages braucht es eben richtiges, echtes Handeln.

Ich will zum Schluss sagen, dass ich glaube, dass wir das, was damals im Übergang passiert ist, die freien Volkskammerwahlen, aber eben auch die runden Tische und der Versuch, gemeinsam Bündnisse zu schmieden und in Bündnissen zu handeln, heute würdigen müssen, wenn es um die Frage geht, was wir unter Demokratie

verstehen. Es geht nämlich nicht darum, dass man irgendetwas macht und es dann gut oder schlecht verkauft. Es geht auch nicht darum, zu sagen: Jetzt bearbeiten wir dieses oder jenes Thema, weil die Leute das zu mögen scheinen. – Nein, es geht darum, gemeinsam etwas zu erarbeiten. Demokratie und Freiheit sind eine Aufgabe. Es geht darum, über die Opfer zu reden, aber auch über diejenigen, die die Freiheit genutzt haben, die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Ärztinnen und Ärzte, die Künstlerinnen und Künstler

Wo ist eigentlich die Würdigung der Revolutionen in den anderen osteuropäischen Ländern?

und die Hebammen, die sich selbstständig gemacht haben, also all diejenigen, die gezeigt haben, dass sie etwas mit der Freiheit anfangen können. Es geht um beides: um die Würdigung dessen,

was war, und um die Würdigung dessen, was ist. Es geht darum, dass wir die Demokratie verteidigen, jeden Tag und im Zweifelsfall immer von Anfang an, in Ost wie in West. Es geht um diejenigen, die heute ihren Rücken geradehalten, auch wenn sie Hass und Hetze erleben, Bedrohungen ausgesetzt sind, in Ost und West, und sogar ermordet werden, wie Herr Lübcke in diesen Tagen.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der LINKEN)



Auf die Initiative einer Greifswalder Friedensgruppe formierten sich hunderttausende DDR-Bürger am 3. Dezember 1989 zu einer Menschenkette durch die gesamte DDR.

© picture-alliance/Volkmar Heinz/dpa

Elisabeth Motschmann, CDU/CSU:

Eine Diktatur kann man niemals verklären



Elisabeth Motschmann (*1952)
Landesliste Bremen

Erinnern, danken, bewahren – das ist das Motto meiner Rede.

Die Friedliche Revolution 1989 gehört zu den glücklichsten Momenten der jüngeren deutschen Geschichte. Die Erinnerung an dieses Jahr ist Grund zur Freude. Frauen und Männer der damaligen DDR haben für ihre Freiheit gekämpft. Das war mutig, und dafür können wir jedem Einzelnen danken. Fast auf den Tag genau vor 30 Jahren, am 7. Juni 1989,

versammelte sich eine kleine Gruppe von Demonstranten in unserer Nähe hier, nämlich vor der Sophienkirche. Sie protestierten gegen den nachgewiesenen Wahlbetrug bei den Kommunalwahlen am 7. Mai in der DDR. Wer den SED-Staat kritisierte, musste mit harten Konsequenzen rechnen. Selbstverständliche Menschenrechte wie Meinungsfreiheit, Reisefreiheit, freie Wahlen und freie Medien wurden den DDR-Bürgern vorenthalten. Die Toten an der Mauer, die Inhaftierten in den menschenunwürdigen Gefängnissen der Stasi, die Zwangsadoptionen, die Heimkinder, die Opfer der Stasispitzel und die vielen, die unter der permanenten Alltagsrepression der SED-Diktatur zu leiden hatten, dürfen wir niemals vergessen. Das sei allen gesagt, die die DDR-Zeit im Rückblick verklären. Eine Diktatur kann man niemals verklären.

Aus dem Protest einiger weniger entwickelte sich ein Massenprotest. Eine Bewegung wurde ausgelöst, die schließlich zu den großen

Montagsdemonstrationen in vielen Städten der DDR mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ führten. Auf diese Demonstranten können wir sehr stolz sein.

Im Westen, auch daran will ich erinnern, ergriff Helmut Kohl die einmalige Chance zur Wiedervereinigung. Bereits am 28. November 1989 formulierte er in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag ein Zehnpunkteprogramm zur Neuregelung der deutsch-deutschen Beziehungen und zur Lösung der deutschen Frage. Er überraschte damit das Ausland, die Alliierten, die DDR-Führung, aber auch die Bundestagsopposition. Helmut Kohl ergriff damit sehr früh und sehr schnell die Chance zur Wiedervereinigung. Ohne die tapferen Polen und ihre Freiheitsbewegung Solidarnosc, ohne Lech Walesa, ohne die Ungarn und ohne viele europäische Mitspieler, so

nenne ich sie mal, wäre es vielleicht nicht so schnell gegangen. Dennoch hat es Helmut Kohl zu Recht verdient, als Kanzler der Einheit bezeichnet zu werden.

Zur historischen Wahrheit gehört aber auch, dass die Stimmung in Westdeutschland mit Blick auf eine Wiedervereinigung zunächst eher kritisch war. Ich erinnere mich an Demonstrationen in Bremen. Auf den Plakaten und Transparenten war zu lesen, man höre und staune: „Für die Souveränität der DDR“, „Kein 4. Reich“, „... nie wieder Deutsches Reich“, „Gegen nationale Besoffenheit“. Insbesondere Vertreter der EKD, Frau Göring-Eckardt, der Evangelischen Kirche in Deutschland, und

Aus dem Protest einiger weniger entwickelte sich ein Massenprotest.

auch einige Politiker der SPD standen der Wiedervereinigung skeptisch bis ablehnend gegenüber. Walter Momper erklärte, dass es nicht um Wiedervereinigung, sondern um Wiederversehen gehe.

Manfred Stolpe erklärte die Wiedervereinigung als ausgesprochen friedensgefährdend. Auch daran darf man heute erinnern. Ich könnte dazu noch sehr viel mehr sagen.

Was gehört nun, das gehört ja zu meinem Motto, zum Bewah-

ren? Dazu brauchen wir die Stasi-Unterlagen-Behörde, ein Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft, Forschungseinrichtungen, Zeitzeugen, die Unterstützung der Opfer und ihrer Verbände sowie Gedenkveranstaltungen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich ganz besonders jenen danken, die hier Arbeit leisten. Stellvertretend nenne ich, er sitzt hier auf der Tribüne, Roland Jahn von der Stasi-Unterlagen-Behörde, Anna Kaminsky von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und stellvertretend für die Opferverbände Frank Ebert. Ihnen allen sei ganz herzlich Dank für ihre notwendige Arbeit gesagt.

Ich glaube, keine Worte können den damaligen Wunsch der Menschen in Ostdeutschland besser auf den Punkt bringen als unsere gemeinsame Nationalhymne:

Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland!

Danach lasst uns alle streben brüderlich mit Herz und Hand!

In diesem Sinne müssen wir an diese Geschichte zurückdenken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Katrin Budde [SPD])

Fortsetzung auf nächster Seite

Dr. Marc Jongen, AfD:

Der damalige Widerstand lebt authentisch wieder auf



Marc Jongen (*1968)
Landesliste Baden-Württemberg

Die Revolutionstage des Jahres 1989 in der damaligen DDR konnte ich als Student in Wien damals nur über die Medien mitverfolgen. Aber selbst über das Fernsehen haben sich die dramatische Spannung, die Hoffnung und schließlich die euphorische Freude vermittelt, die mit der friedlichen Revolution und dem Mauerfall einhergingen.

Der Ruf „Wir sind das Volk“ in

den Straßen Leipzigs und andernorts war ursprünglich eine Art Bannzauber, der die sogenannte Volkspolizei davon abhalten sollte, auf die friedlichen Demonstranten zu schießen: Wir sind nicht die Rowdys, als die die Staatsführung uns hinstellen will – nicht das „Pack“, wie es in der heutigen Terminologie heißt –; wir sind das Volk, und ihr, die Polizei, seid da, um uns zu schützen. Daraus wurde: Wir sind ein Volk. Die deutsche Teilung muss enden.

Dieses Mutes, dieses Freiheitswillens und auch dieses Patriotismus in vielfacher Art zu gedenken, ist wichtig und überfällig. Das periodische Wiederaufleben der Euphorie jener Tage kann das Wirgefühl stärken, das alle Deutschen, bis auf ein paar verbiesterte Sozialisten in Ost und West, damals erfasst und vereint hat und das so wichtig ist für den Zusammenhalt einer Nation.

Die Anträge der Regierung und der FDP enthalten insofern

durchaus viel Zustimmungswertes. An entscheidenden Stellen lassen beide Anträge aber befürchten: Das Gedenken an die friedliche Revolution wie vor allem auch an das Unrecht der SED-Diktatur soll hier wieder einmal für gegenwärtige politische Zwecke instrumentalisiert und damit verdorben werden, ganz ähnlich wie wir es schon von bestimmten Formen der NS-bezogenen Erinnerungskultur kennen.

Ich sage Ihnen auch, warum. Im Regierungsantrag steht:

Der Deutsche Bundestag verwahrt sich gegen die Vereinnahmung der Losungen und Errungenschaften des Herbstes 1989 unter anderem durch nationalistische, antidemokratische Parteien und Bewegungen. Wenn Sie von der Regierung und der Pseudoopposition sich immer so gern als die „demokratischen Fraktionen“ bezeichnen, dann wissen wir natürlich auch, wer mit „antidemokratisch“ gemeint sein soll, nämlich die einzige echte Oppo-

sition in diesem Land, die bösen Populisten von der AfD. Frau Connemann, Sie sollten sich schämen, diese Infamie hier explizit zu verbreiten.

Der FDP-Antrag wird noch deutlicher. „Antiliberaler Kräfte des Rückschritts“ wollen angeblich „die Dialogfähigkeit sowie Toleranz unserer freiheitlichen Gesellschaft negieren“.

Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur bietet die Chance, so schreiben Sie in schönster Offenheit, diese Gefahren in der Gegenwart zu erkennen. In volkspädagogischer Überheblichkeit wollen Sie das verstockte Volk, vor allem im Osten, darüber aufklären, wofür es damals in Wahrheit auf die Straße gegangen ist, nämlich für Toleranz, Vielfalt und Weltoffenheit. Das ist doch nicht Ihr Ernst, meine Damen und Herren.

Die Menschen sind damals für Freiheit, Recht und Einigkeit auf die Straße gegangen. Das Er kämpfte wollen und werden sie sich nicht nehmen lassen. Wundern Sie sich bitte nicht, warum die AfD in den neuen Bundesländern immer stärker wird. Die Menschen dort sind nicht so dumm, wie Ihre Anträge das dreist suggerieren. Die Ostdeutschen haben ein sehr feines Gespür dafür, wenn sie von oben

wieder gegängelt und belehrt werden, wenn Medien nicht mehr kritisch berichten, sondern propagandistisch eine Einheitsmeinung vertreten. Das kennen sie nämlich, das erinnert sie verdächtig an die DDR. Wenn daher heute in Dresden und anderswo in Mitteldeutschland wieder „Wir sind das Volk“ gerufen wird, dann ist das kein Missbrauch dieser Parole, Frau Connemann, dann lebt der damalige Widerstand authentisch wieder auf.

Es ist ein Hohn, wenn Ihre Anträge diesen Mut und diese Liebe zum eigenen Land ausgerechnet im Namen der Revolution von 1989 als antidemokratisch verketzern wollen.

Ich komme zum Schluss. Natürlich ist die Bundesrepublik nicht die DDR. Aber 30 Jahre nach deren Ende tauchen einige ihrer Merkmale gespenstisch wieder auf. Schuld daran sind gewiss nicht die Populisten, sondern die Kryptosozialisten in den Altparteien, bald wohl wieder Blockparteien. Lassen Sie ab von Ihrer Arroganz! Nehmen Sie die heutigen Dissidentenstimmen ernst! Treten Sie mit den Dissidenten in den Dialog! Die DDR sei Ihnen Mahnung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Dietmar Woidke, SPD, Ministerpräsident von Brandenburg:

Die vollbrachten Leistungen sind eine gemeinsame Leistung



Dietmar Woidke (*1961)
Ministerpräsident

Ich war im Herbst 1989 28 Jahre alt und habe unweit von hier in der Invalidenstraße an der Humboldt-Uni gearbeitet. Ich war am 7. Oktober 1989 nicht im, sondern vor dem Palast der Republik. Sie haben wahrscheinlich auf Bildern gesehen, dass dort damals demonstriert worden ist. Ich war an diesem 7. Oktober danach in der Schönhauser Allee und habe gesehen, wie Menschen zusammengeschlagen wurden.

Ich habe gesehen, wie Menschen weggeschleppt wurden, wie Menschen in den Knast gebracht und misshandelt wurden. Ich habe gesehen, das ist das Bild, das sich mir aus dieser Nacht eingebrannt hat; ich habe damals am Rosenthaler Platz gewohnt und

bin von der Schönhauser Allee über die Kastanienallee nach Hause gelaufen, dass eine Straßenbahn hinter der anderen stand; das war damals die Linie 49. In der Nacht des 7. Oktober habe ich mir gedacht: Wie geht es weiter? Was kann passieren?

Dann kam der 9. Oktober in Leipzig. An diesem 9. Oktober, man konnte es fast hören, gab es ein riesengroßes Aufatmen, ein Aufatmen darüber, dass die Proteste in Leipzig, damals sind Hunderttausende auf die Straße gegangen, friedlich geblieben sind, dass das Regime nicht durchgegriffen hat, wie es vorher angedroht wurde, sondern sich Vernunft durchgesetzt hat.

Dann gab es am 4. November die große Demonstration auf dem Alexanderplatz; das war schon ein Zeichen in die richtige Richtung. Es gab den Wechsel an der Spitze der SED und vieles andere mehr. Es gab einen Satz von Egon Krenz, der vielleicht erklärt, warum ich den Begriff „Wende“ heute noch nicht leiden kann. Er hat nämlich gesagt: „Die Wende ist eingeleitet“, und meinte damit die Wende der SED.

Ich hatte auch das Glück, in der Nacht des 9. November auf der Bornholmer Brücke dabei zu sein, als die Mauer gefallen ist. Als wir

aus dem aufgrund des Grenzregimes hell erleuchteten Osten in den Westen gegangen sind, standen wir ungläubig da und haben gesagt: Hier ist es ja dunkler als im Osten. Ich glaube, das ist heute noch so. Sie können den Weg vielleicht noch einmal gehen.

Aber das Wort dieser Nacht und in den Wochen danach war „Wahnsinn“; es stand teilweise groß in den Zeitungen. Es war ein Gefühl der Freiheit, ein Gefühl der Grenzenlosigkeit, das ich mir vorher in dieser Art nicht hätte vorstellen können, ein riesengroßes, gutes Gefühl, entstanden auch durch die vielen Dinge, die dann in schneller Folge passiert sind. Ich muss auch sagen: Es gehört zur Geschichte, dass damals Bundeskanzler Helmut Kohl diese Chance ergriffen hat und gemeinsam mit den Verbündeten, aber auch gemeinsam mit der damaligen Sowjetunion dafür gesorgt hat, dass die Rahmenbedingungen für die Herstellung der deutschen Einheit gesetzt werden konnten und die deutsche Einheit dann vollzogen werden konnte.

Allerdings war diese Zeit der Hoffnung, diese Zeit des Aufbruchs für viele Menschen in Ostdeutschland auch eine Zeit des großen Umbruchs: Arbeitsplätze sind innerhalb weniger Jahre ver-



Der ehemalige Mauerverlauf am Berliner S-Bahnhof Bernauer Straße mit Blick Richtung Mitte und den Stadtteil Prenzlauer Berg

© picture-alliance/ddr bildarchiv/Manfred Uhlenhuth

schwunden. Es gab damals, muss man heute sagen, Massenarbeitslosigkeit. Es gab Hoffnungslosigkeit. Es gab Perspektivlosigkeit. Viele junge Menschen haben das Land deshalb verlassen.

Ich glaube, wenn wir heute zurückblicken, muss man für das, was wir erreicht haben, dankbar sein. Die schweren 90er-Jahre sind überstanden, auch dank der Hilfe und der Solidarität in Deutschland insgesamt, für die ich hier Danke sagen möchte. Ich sage Danke, aber gleichzeitig: Es gibt noch viel zu tun. Wir haben unterschiedliche Rentenrechte; das verstehen die Menschen nicht. Dabei geht es nicht um 1,20 Euro mehr oder weniger im Monat. Es geht einfach darum, dass wir eine gleiche Rechtsetzung in Deutschland brauchen und wollen. Es geht um Unterschiede in der tariflichen Bezahlung: 80 Prozent dessen, was in Westdeutschland im

Durchschnitt verdient wird, wird in Ostdeutschland verdient. Da muss dringend etwas getan werden. Die Bezahlung muss steigen, damit wir auch in diesem Bereich weiter vorankommen.

Auch wenn wir weiter vor großen Herausforderungen stehen, wir stolz sein können auf das, was wir geschafft haben, und wir die Probleme angehen, sollten wir eines aus der friedlichen Revolution 1989 gelernt haben: Schaffen können wir das alles nur im Miteinander und nicht in Spaltung, in Hetze oder in Intoleranz. Die Leistungen, die vollbracht worden sind, sind eine gemeinsame Leistung. Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten, dass Deutschland in allen seinen Teilen weiter erblüht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Thomas Hacker, FDP:

Die Gefahr für das eigene Leben war 1989 real



Thomas Hacker (*1967)
Landesliste Bayern

Es waren die Menschen, Menschen wie du und ich, die vor 30 Jahren genau das getan haben, was wir doch alle für richtig halten: Aufstehen gegen Ungerechtigkeit und Unfreiheit,

Aufstehen gegen Willkürherrschaft und Unterdrückung, Aufstehen gegen Verachtung und Verfolgung Andersdenkender. Ja, wenn es denn so einfach wäre, dieses Aufstehen. Zum Aufstehen gehört Mut; schließlich, wenn man weiß, dass dadurch die Familie gefährdet sein kann. Dazu gehört unbeschreiblich großer Mut, wenn man befürchten muss, dass die Polizei oder die Armee die Waffen gegen die eigenen Bürgerinnen und Bürger richtet. Diese Gefahr für das eigene Leben war im Jahr 1989 eine ganz reale Gefahr. Schon mehrfach rollten im Kommunismus die Panzer gegen die Bevölkerung. In Peking wurde die demonstrierende Jugend Chinas auf dem Platz des Himmlischen Friedens niedergemetzelt. Wer von uns, liebe Kol-

leginnen und Kollegen, hätte diesen Mut aufgebracht, das eigene Leben zu riskieren, um für die Freiheit zu kämpfen? Wohl die allerwenigsten.

Es waren die Menschen in der DDR, die genug hatten von einem Staat, der unterdrückt, die ihr Leben riskierten und die Mauer niederdrückten. Menschen fanden sich zusammen in den Kirchen und außerhalb – immer mehr Menschen im Einsatz für Menschenrechte, Umweltschutz, Frieden, Demokratie und Freiheit, und sie gingen auf die Straße. Bürger der DDR flohen in die Botschaften der Bundesrepublik und erhöhten so den internationalen Druck auf das eigene Regime. Die Welt geriet in Bewegung. Die Proteste nahmen zu. Der Zaun zwi-

schen Ungarn und Österreich wurde zerschnitten. Hans-Dietrich Genscher konnte den Prager Botschaftsflüchtlingen ihre Ausreise verkünden. Die Montagsdemonstrationen in Leipzig schwohen an. Der Funke der Freiheit sprang auf andere Städte über. Hunderttausende gingen auf die Straße, immer wieder, und die Mauer fiel. Jetzt ging es los. Runde Tische ersetzten staatliche Repression. Die Stasiunterlagen wurden erobert und gesichert. Die ersten demokratischen Volkskammerwahlen fanden statt.

Wir erinnern uns heute dankbar an die mutigen Bürgerinnen und Bürger der DDR und spüren doch die Verantwortung, die uns bleibt im Zusammenwachsen unseres geeinten Landes, im Einsatz für die Opfer des DDR-Regimes, im Kampf für Toleranz, Rechtsstaatlichkeit, Mitmenschlichkeit, Demokratie und Freiheit, aber auch

im Kampf gegen illiberale Kräfte im In- und Ausland. Unser Wissen und die Aufarbeitung der Vergangenheit sind der Schutzschild unserer freien Gesellschaft gegen die Demagogen und Verführer von heute. Herr Dr. Jungen, Sie haben es genau erkannt. Nie, liebe Kolleginnen und Kollegen, dürfen wir vergessen, was die Menschen vor 30 Jahren auf die Straße trieb, was die Kraft entfacht, die Mauern einreißen und Brücken bauen kann: Es ist die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Hunderttausende gingen auf die Straße, immer wieder, und die Mauer fiel. Jetzt ging es los.

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Christian Hirte (CDU/CSU) und Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU).

Debatte zum FDP-Antrag über die Stärkung der Schuldenbremse / 104. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 6. Juni 2019

Christian Dürr, FDP:

Die Schuldenbremse braucht ein Update



Christian Dürr (*1977)
Landesliste Niedersachsen

Wir feiern dieser Tage ein weiteres Jubiläum: zehn Jahre Schuldenbremse im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland – eine Entscheidung vermeintlich nur finanzpolitischer Natur, aber zentral für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, meine Damen und Herren.

Erinnern wir uns zurück: Vorausgegangen waren Jahrzehnte der Verschuldung in diesem Land, kurzfristige Politik zulasten der zukünftigen Generationen und, der Gipfel, im Jahr 2000 der bewusste Verstoß einer rot-grünen Bundesregierung gegen die Verschuldungskriterien von Maastricht. Jede Bundesregierung hat ihren Anteil gehabt, aber das war der Gipfel. Rot-Grün hat damals gezeigt: Man braucht sich nicht an Recht und Gesetz zu halten. Deswegen ist es so wichtig, dass wir jetzt eine Schuldenbremse im Grundgesetz haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Politische Absichtserklärungen, Herr Kollege Schneider, bringen nichts, wenn nicht einmal eine europäische Vereinbarung Politiker vom Machen immer neuer Schulden abhält. Deswegen war es damals ein riesiger Fortschritt, als im Jahr 2009 die Forderung der Freien Demokraten aus den 1990er-Jahren, eine Schuldenbremse einzuführen, Verfassungsrang erhalten hat.

Wir erleben aber heute, dass genau diese Schuldenbremse wieder infrage gestellt wird. Die Kollegen der Linkspartei waren schon damals dagegen und halten sie auch heute für überflüssig. Aus der SPD hören wir vermehrt Stimmen, die schwarze Null sei ein riesiger Fehler; man müsse eigentlich mit der

Schuldenbremse Schluss machen. Und jetzt kommen die Kollegen der Grünen. Der politische Geschäftsführer, Michael Kellner, fordert tatsächlich eine Aufweichung der Schuldenbremse. Meine Damen und Herren, das sind genau die drei Parteien, die sich jetzt anschicken, im zwar kleinsten, aber überschuldetsten Bundesland, nämlich Bremen, auch noch Regierungsverantwortung zu übernehmen und den Wahlverlierer Carsten Sieling wieder zum Bürgermeister zu wählen. Sie sind die Verschulder in diesem Land, um das in aller Klarheit zu sagen.

Immer wieder wird behauptet, die Schuldenbremse verhindere Investitionen. Das ist totaler Quatsch, meine Damen und Herren. Die Schuldenbremse macht keinerlei Vorgaben, dass die hohen Steuereinnahmen gerade der letzten Jahre mehr für Konsum und weniger für Investitionen ausgegeben werden sollen. Das, was die Bundesregierung, ich sage das auch in Richtung der Staatssekretärin, hier seit Jahren vorlegt,

nämlich Haushalte mit immer niedrigerer Investitionsquote, ist nicht das Ergebnis der Schuldenbremse, das ist das Ergebnis schlechter Politik der Großen Koalition, um das auch klar zu sagen.

Das schreibt Ihnen ja schon der Präsident des Bundesrechnungshofes ins Stammbuch. Er sagt: Nicht die Schuldenbremse macht die Investitionsquote dieser Bundesregierung so schlecht, sondern die Politik in Deutschland. Meine Damen und Herren, wir sollten an dieser Stelle mehr auf den Präsidenten des Bundesrechnungshofes hören; das sollte man unterstreichen.

Gerade nach den Erschütterungen bei einem der Koalitionspartner, nämlich bei der SPD, vom vergangenen Wochenende durch den Rücktritt der Partei- und Fraktionsvorsitzenden droht jetzt Folgendes: Die Handlungsunfähigkeit der Großen Koalition soll auch noch mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zugeschüttet werden. Das war

schon in den letzten Jahren der Fall. Ich will nur drei Beispiele nennen.

Erstes Beispiel: das Baukindergeld – nachweislich wirkungslos. Da ging es nur um „Linke Tasche, rechte Tasche“, anstatt beim Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer etwas zu machen und den Familien wirklich zu helfen. Zweites Beispiel: die Forderung der SPD nach einer Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung. Das verhindert nachweislich keine Altersarmut in Deutschland, meine Damen und Herren, aber es schadet den zukünftigen Generationen, weil es erneut zulasten der Steuerzahler geht.

Drittes Beispiel: der nationale Kohleausstieg, der nachweisbar nichts für den Klimaschutz in Europa und in Deutschland bringt, weil die Emissionen europäisch gesteuert werden, aber ganze Regionen vom Steuerzahlertopf abhängig gemacht werden.

Nein, meine Damen und Herren, es darf nicht der Steuerzahler sein, der diese Große Koalition noch zusammenhält. Das darf nicht passieren.

Zum Schluss, Herr Präsident, will ich in Richtung der Kollegin-

nen und Kollegen von CDU und CSU sagen: Nehmen Sie die mahnenden Worte der Europäischen Kommission dieser Tage ernst. Die schreibt Ihnen zwei Dinge ins Stammbuch: Erstens. Deutschland hat zu hohe Steuern, was Investitionen in Deutschland bisweilen verhindert.

Es darf nicht der Steuerzahler sein, der diese Große Koalition noch zusammenhält.

Zweitens. Deutschland hat zu niedrige Investitionen auch der öffentlichen Hand, meine Damen und Herren. Das sind

die Fehler der Großen Koalition; es ist nicht die Schuldenbremse.

Deswegen: Wir dürfen die Schuldenbremse nicht aufweichen, im Gegenteil, Sie braucht ein Update, sie muss härter gemacht werden. Wir brauchen gleiche Maßstäbe, auch mit den Bundesländern. Am Ende des Tages müssen Verstöße gegen die Schuldenbremse gemäß Grundgesetz sanktioniert werden können. Das ist zukunftsfähig, das ist für zukünftige Generationen. Die dürfen nicht dafür in Haftung genommen werden, dass Sie weiter auf den Regierungssesseln Platz nehmen wollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Eckhardt Rehberg, CDU/CSU:

In einem Jahrzehnt haben wir die Investitionen fast verdoppelt



Eckhardt Rehberg (*1954)
WK Meckl. Seenplatte II-LK Rostock III

Man kann der FDP nur dankbar sein für diesen Antrag; denn die Schuldenbremse verbindet sich mit Namen wie Angela Merkel und Peer Steinbrück, Peter Struck und Volker Kauder.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

der FDP, zur geschichtlichen Wahrheit gehört dazu, dass Sie sich, außer Florian Toncar, vor zehn Jahren hier im Deutschen Bundestag kraftvoll enthalten haben. Das gehört zur historischen Wahrheit dazu. Sie haben sich kraftvoll enthalten. Sie haben damals keinen Beitrag zur Schuldenbremse geleistet. So viel zur Ernsthaftigkeit und Ehrlichkeit Ihres Antrages. Ja, gelegentlich muss man in die Protokolle schauen. Dann sieht man, wer wie abgestimmt hat, und dann merkt man auch, ob das hier politische Show ist oder politische Ernsthaftigkeit. Ich verbuche das unter politischer Show.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, die Situation Mitte des letzten Jahrzehnts war schwierig. Allein von 1998 bis 2004 waren über 200 Milliarden Euro Schul-

den aufgelaufen; wir hatten 5 Millionen Arbeitslose. 2005 kam dann die unionsgeführte Regierung in Deutschland. Wir waren auf einem Pfad, dass wir bei 11 Milliarden Euro Neuverschuldung gelandet wären, wenn nicht die Finanzkrise gekommen wäre. Im Haushalt 2010 hatten wir dann eine Neuverschuldung von 86 Milliarden Euro

Die FDP lobt uns. Ich habe, muss ich sagen, selten so viel Lob für aktive Regierungspolitik des letzten Jahrzehnts gelesen. Deswegen bedanke ich mich noch mal ausdrücklich an dieser Stelle. Also können wir, Union und SPD, übrigens 2009 bis 2013 auch mit Ihnen, an dieser Stelle nicht so viel falsch gemacht haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum ist die Schuldenbremse wichtig? Erstens. Sie trägt dazu

bei, Generationengerechtigkeit herzustellen. Zweitens: Vorsorge zu treffen. Und drittens: die demografische Entwicklung mit im Blick zu behalten. Ich habe, wie Sie, Kollege Dürr, kein Verständnis dafür, wenn aktuell jemand an den Modalitäten der Schuldenbremse drehen will. Sie hat sich bewährt, sie verhindert keine Investitionen – zu Ihrem Vorwurf, wir verringern Investitionen, komme ich noch. Ich habe auch kein Verständnis für Medienberichte, dass Beamte im Bundesfinanzministerium angeblich darüber nachdenken, wie die Modalitäten der Schuldenbremse aufgeweicht werden können. Ich sage ganz klar: Mit CDU und CSU wird so etwas nicht zu machen sein.

Zum Thema Investitionen. Unser Problem ist aktuell doch nicht, dass wir zu wenig Geld für Investitionen haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Wahrheit, Herr Kollege Dürr, Sie sollten sich gelegentlich etwas mehr mit den Zahlen des Finanzplans befassen, gehört auch: Im Jahr 2008 haben

Fortsetzung auf nächster Seite



Die Schuldenuhr vom Bund der Steuerzahler Deutschland e. V. wurde im Januar 2019 umgestellt. Pro Sekunde werden 94 Euro Schulden abgebaut. Zuvor waren es 78 Euro pro Sekunde.

© picture-alliance/Britta Pedersen/dpa

wir 24 Milliarden Euro für Investitionen ausgegeben. Wir werden im kommenden Jahr 40 Milliarden Euro ausgeben. Sie müssen im Hinterkopf 3 Milliarden Euro Entflechtungsmittel, die im Haushalt 2019 noch als Investitionen ausgewiesen sind, mit dazurechnen, die zukünftig Umsatzsteuerpunkte bei den Ländern sind. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Das heißt, wenn ich mir die Haushaltssystematik ansehe, stelle ich fest, dass wir in einem Jahr-

zehnt die Investitionen von 24 auf 43 Milliarden Euro fast verdoppelt haben. Und wir haben Rekordinvestitionen. Schauen Sie sich den Bereich Forschung und Bildung an. Der Etat hat sich in einem Jahrzehnt fast verdoppelt. Die Ausgaben für innere und äußere Sicherheit haben wir massiv erhöht.

Wir haben doch eher das Problem der Umsetzung von Investitionen. Als Alexander Dobrindt den Investitionshochlauf im Ver-

kehrsbereich initiiert hat, hat er 2015 noch Baufreigaben für 3,6 Milliarden Euro im Straßenneubau vornehmen können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, im letzten Jahr waren es noch 535 Millionen Euro. Es hakt hier nicht am Geld.

Zum Glück haben wir im Einzelplan 12 die Möglichkeit der Überjährigkeit geschaffen, sodass das Geld nicht in den Gesamthaushalt zurückgeht. Das Problem sind stattdessen viel zu große Hür-

den bei Planung und Genehmigung und viel zu geringe Planungskapazitäten. Das sind doch die Hürden, die wir haben.

Zur Wahrheit gehören außerdem die Sondervermögen, die investiv ausgelegt sind. Von 7 Milliarden Euro im Kommunalinvestitionsprogramm ist bis heute nur ein Bruchteil abgeflossen. Den Kitausbau verlängern wir Jahr für Jahr, damit das Geld nicht verfällt. Oder schauen Sie sich den Breitbandausbau an: 4,5 Milliarden Euro hat das Digitalministerium dort zur Verfügung gestellt. Bisher ist nur ein geringer Bruchteil abgeflossen. Das heißt, wir scheitern eher an der Verfasstheit unserer Bürokratie, unserer Gesellschaft in allen Bereichen, als dass zu wenig Geld zur Verfügung steht.

Einen weiteren Aspekt will ich noch nennen. Gerade gestern ist wieder der Bericht der Bundesregierung zum sozialen Wohnungsbau gekommen. Ich halte es schon für skandalös, was einige Länder da machen. Wenn Sie sich das ansehen, stellen Sie fest, dass

fast die Hälfte der Länder nicht ansatzweise die Bundesmittel ausreicht, sie zweckentfremdet. Der Blick in den Bericht des Bundesrechnungshofes zum Hochschul-

pakt zeigt, ich sage das sehr deutlich: Das, was einige Länder dort gemacht haben, grenzt an kriminelle Energie.

Wir sind alle in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass das Geld, das der Bund Ländern

und Kommunen zur Verfügung stellt, auch dort ankommt, wo es hingehört. Wer anfängt, Parteipolitik zu machen, der verfehlt das Thema an dieser Stelle völlig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Letzte Bemerkung zur Schuldenbremse. Die Schuldenbremse hat sich bewährt. Im Hinblick auf die Maastricht-Kriterien liegt die Gesamtstaatsverschuldung bei unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Deswegen kann es nur heißen: Festhalten an der Schuldenbremse! Die Schuldenbremse hat Deutschland gutgetan.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Peter Boehringer, AfD:

Sanktionen gegen Verstöße haben hoch nie geklappt



Peter Boehringer (*1969)
Landesliste Bayern

© Deutscher Bundestag/Julia Nowak

der letzten Jahre waren aber formell ausgeglichen. Ohne die illegitime Asylrücklage wären sie sogar im Plus gewesen. Die Schuldenaufnahme des Staates war also durch die Schuldenbremse nie tangiert. Bislang war die Schuldenbremse noch niemals materiell relevant; psychologisch vielleicht, materiell nicht.

Viel wichtiger aber: Leider will die FDP in ihrem Vorschlag die Schuldenbremse nur auf Kredite der privatrechtlichen Beteiligungsgesellschaften ausdehnen. Sie vergisst dabei jedoch wieder einmal die viel bedeutsameren Schattenhaushalte der Euro-Rettungsgesellschaften. Deren Kredite unterlägen auch im FDP-Modell keiner Schuldenbremse, soweit sie überhaupt offiziell erklärt sind.

Euro-Rettungsfonds wie der Bankenabwicklungsfonds oder der ESM refinanzieren sich alle über Schulden. Ausgereichte Kredite etwa des ESM an Griechenland mit kompletter Zins- und Tilgungsstundung über Jahrzehnte sind aber faktisch wertlos,

eben erst wieder, auch mit den Stimmen der FDP, bestätigt. Abschreibungen darauf werden die Verschuldung der Fonds und damit Deutschlands erhöhen. Und auch die Euro-Rettungsgarantien, die Bürgschaften oder die Target-Salden werden absehbar zu kommenden Staatsschulden. Das sind die Schulden von morgen, die heute schon billionenschwer veranlasst werden. Dies per wirklich umfassender Schuldenbremse zu verhindern, Herr Dürr, wäre sinnvolle, vorausschauende Politik.

2011 hat das die FDP ja sogar mal versucht, sogar in Regierungsverantwortung. Leider hat sie am Ende die Einführung des ESM nicht verhindert.

Auch Staatsanleihen der Euro-Südländer, die die EZB seit 2015 billionenschwer auf ihrem Buch hat, stellen faktisch deutsche Kreditübernahme dar; denn die Abschreibungen auch darauf werden eine massiv erhöhte Schuldenaufnahme Deutschlands erzwingen. Die Summen, um die es hier geht, sprengen das 4-Milliarden-Maximum der heutigen

Schuldenbremse um mehr als das 100-Fache. Doch von diesem rosaroten Elefanten im Raum schweigt der FDP-Antrag.

Weiterhin schreiben Sie, die Zinsersparnisse der Nullzinspolitik sollten für Investitionen genutzt werden. Gut, da gehen wir mit. Dazu noch die Zahlen: Wir sprechen von etwa 50 bis 100 Milliarden Euro pro Jahr. Und ja: Diese Ersparnis hätte in Investitionen oder auch gerne in Steuersenkungen fließen können. Das geht aber alles schon im Rahmen der heutigen Rechtslage – die Regierung müsste es nur wollen. Hier liegt kein Regelungsdefizit vor, sondern politische Verweigerung.

Zuletzt. Die FDP fordert, Verstöße gegen die Schuldenbremse automatisch zu sanktionieren. Das klingt gut, hat aber noch nie geklappt, weder beim inzwischen hundertfachen Bruch der Maastricht-Kriterien seit mindestens 2005, die weiterhin geltendes Verfassungsrecht darstellen, noch beim x-fachen Bruch des Stabilitäts- und Wachstumspakts seit 2007. Angesichts dieser von der FDP seit über 15 Jahren stillschweigend geduldeten Realität klingt Ihr zentraler Antragsatz

eigentlich fast wie Satire:

Ein Verstoß gegen die Schuldenbremse darf nicht folgenlos bleiben! Da fehlt nur noch das Amen. Die Botschaft hören wir wohl, allein, uns fehlt der Glaube!

2011 schrieb ich in einem Artikel: Die Garantien für hochverschuldete Euro-Staaten von heute sind die Schulden von morgen und die Ausgaben von übermorgen und bedeuten am Ende den deutschen Staatsbankrott.

Wenn wir die absurden Euro-Rettungen nicht stoppen, dann hilft ganz sicher auch keinerlei technische Verbesserung der Schuldenbremse mehr.

Ihr Antrag ist nicht falsch, aber unzureichend. Herr Dürr Sie dürfen gerne auch mal zuhören, wenn man Sie direkt anspricht, eben sagten Sie: Wir machen die Schuldenbremse härter. Gut, dann machen wir das gerne im Ausschuss, bei der Beratung, die jetzt ansteht.

Wir stimmen der Überweisung natürlich zu. Dann können wir sie härter machen um die eben erwähnten Aspekte.

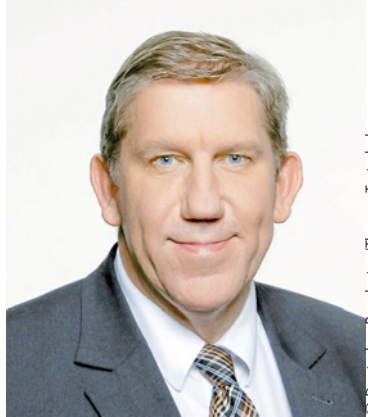
Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Euro-Rettungsfonds wie der ESM refinanzieren sich alle über Schulden.

Andreas Schwarz, SPD:

Es wird solide und gut gewirtschaftet



Andreas Schwarz (*1965)
Landesliste Bayern

Ein ehemaliger britischer Premierminister hat mal gesagt:

Jeder erwartet vom Staat Sparbarkeit im Allgemeinen und Freigiebigkeit im Besonderen.

In diesem Spannungsfeld der Haushaltspolitik entwickelt sich die FDP gerade von der selbsternannten Serviceopposition zur Motivationsopposition. Schön, dass Sie die Arbeit der Koalition gut finden, dass Sie sie anerkennen und dass Sie uns auf unserem Weg recht geben und dann gute Regierungsarbeit hier anerkennen! Dank der hervorragenden Haushaltspolitik von Olaf Scholz und

seinem Vorgänger, natürlich im Zusammenspiel mit den Koalitionsfraktionen, kommt der Bund nun schon seit Jahren ohne neue Schulden aus. Gleichzeitig können wir mit Fug und Recht von Rekordinvestitionen in diesem Land reden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, dass Sie uns mit Ihrem Antrag die Möglichkeit geben, das hier noch mal herauszustellen, dafür darf ich mich im Namen der Koalitionsfraktionen ganz herzlich bei Ihnen bedanken. Als Haushälter darf ich an dieser Stelle gerne aus dem Nähkästchen plaudern und auf die Erfolge unserer Haushaltspolitik verweisen. Die Schuldenbremse ist ein Erfolgsmodell, auch wenn es natürlich in jeder Partei Vertreter gibt, die das eventuell anders beurteilen.

Ein Blick auf die bisherigen Zahlen seit Einführung zeigt: Die Schuldenbremse funktioniert. Trotz oder vielleicht sogar gerade wegen der Schuldenbremse steigen die Investitionen im Zeitraum von 2020 bis 2023 auf 158 Milliarden Euro. Mehr als 36 Milliarden Euro mehr als in der vergangenen Legislaturperiode.

Meine Damen und Herren, wel-

che Botschaft kann Deutschland an Europa senden? Wir schaffen erstmals seit vielen Jahren, dass die Bundesrepublik Deutschland 2019 auch wieder die Maastricht-Stabilitätskriterien erfüllen wird, das heißt, die gesamtstaatliche Schuldenquote wird unter 60 Prozent gedrückt. Das ist der Erfolg einer soliden und ausgewogenen Haushaltspolitik, vor allem aber auch ein Erfolg vieler fleißiger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und vieler ehrlicher Unternehmen in unserem Land.

Jetzt wird es spannend, meine Kolleginnen und Kollegen der FDP; denn manches aus Ihrem Antrag stimmt ja. Man muss sagen, ich habe es bereits erwähnt: Da ist auch viel Lob für die Regierungsarbeit der Großen Koalition dabei. Ich zitiere mal ein paar Stellen aus Ihrem Antrag: „Haushaltsdefizit und öffentlicher Schuldenstand ... gesunken“; „Die Schuldenuhr des Bundes läuft ... rückwärts“. Alles Aussagen, die man über die schwarz-gelbe Bundesregierung

damals nicht treffen konnte. Im Gegenteil: Ungern erinnere ich mich an Ereignisse Ihrer Lehrzeit in Regierungsverantwortung: Dazu gehören Rückzahlungen in Milliardenhöhe an Energiekonzerne wegen einer verfehlten Atompolitik. Ich erinnere an die Mövenpick-Steuer, die ein großzügiges Lobbygeschenk war und letztendlich auch dazu führt, dass die AfD von ihren Vergünstigungen profitiert. Jetzt behauptet die FDP in ihrem Antrag, dass sie Gerüchte aus dem Bundesfinanzministerium gehört hätte, wonach im BMF ganz ungeniert über die Auslagerung öffentlicher Investitionen nachgedacht werden würde. Wie war die Antwort des Bundesfinanzministers? Wer Olaf Scholz kennt, weiß: Da gab es eine klare Ansage. Olaf Scholz, und das schreiben Sie in Ihrem eigenen Antrag, hat diese Gerüchte umgehend dementiert. Jetzt wollen Sie aber trotzdem bereits für eventuelle und künftige Finanzminister vorbereiten. Darauf will ich Ihnen ganz einfach antworten: Hätten Sie Ihren Vorsitzenden damals keinen Alleingang bei den Jamaika-Verhandlungen machen lassen, dann stünden Sie heute selber in Verantwortung und könnten all Ihre guten Ideen umsetzen. Ich bin mir aber nicht sicher, ob Sie alle diese guten Ideen jetzt noch hätten.

Der Bund hat die Schuldenbremse, er beachtet sie zum Wohle der Entwicklung in diesem Land.

Die Schuldenbremse ist in ihrer jetzigen Form ein Erfolgsmodell; das wollen wir behalten. Ich sehe in der jetzigen Situation weder Bedarf noch die reelle politische Möglichkeit, in Bundesrat und Bundestag eine entsprechende Veränderung herbeizuführen. Wenn Sie eine Änderung wollen, dann würde ich Ihre Aufforderung zu einem Gesetzentwurf an Sie zurückgeben. Überzeugen Sie Ihre Landesregierungen, wo Sie beteiligt sind, sich dementsprechend einzusetzen und zu verpflichten. Ich bin gespannt auf die entsprechenden Initiativen, beispielsweise aus Nordrhein-Westfalen.

Ein ganz kleiner Hinweis noch zum Schluss: Im Jahr 2018 ist in einem einzigen Flächenstaat Deutschlands die Pro-Kopf-Verschuldung nicht gesunken, sondern sie ist gestiegen, in einem einzigen, nämlich in Schleswig-Holstein. Nach meinem letzten Kenntnisstand regieren Sie da noch fleißig mit. Welche Botschaft können wir also abschließend an das Land senden? Meine Damen und Herren, in Berlin wird solide und gut gewirtschaftet.

Die Finanzen in diesem Land sind geordnet. Der Bund braucht keine Kredite. Der Bund hat die Schuldenbremse, er beachtet sie zum Wohle der Entwicklung in diesem Land. Weiterhin unserer Gesellschaft ein Glückauf!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Gesine Löttsch, Die Linke:

Die Schuldenbremse ist zur Zukunftsbremse geworden



Gesine Löttsch (*1961)
Wahlkreis Berlin-Lichtenberg

Jetzt kommt das Kontrastprogramm. Die Schuldenbremse ist nämlich neoliberaler Unsinn und eine gefährliche Zukunftsbremse. Die Bundesregierung verhält sich wie ein Fahrlehrer, der den ersten Tag auf der Straße ist und unentwegt Gaspedal und Bremse verwechselt.

Wenn die Regierung bremsen müsste, gibt sie Gas, und wenn sie Gas geben müsste, bremst sie. Ein Totalschaden ist bei solch einem Fahrstil nicht ausgeschlossen.

Und, meine Damen und Herren, der Schaden ist bereits eingetreten. Die Schuldenbremse ist zur Zukunftsbremse geworden; denn wenn es um mehr Investitionen geht, dann fährt die Bundesregierung mit angezogener Handbremse. Es gibt einfach zu viele kaputte Straßen und Brücken, es fallen einfach zu viele Züge, Busse und Straßenbahnen aus, und es fehlen überall bezahlbare Wohnungen, Geburtskliniken, Kindergärten und Schulen.

Die Schuldenbremse hat also nicht nur notwendige Investitionen verhindert, sondern auch zu einem massiven Personalabbau in Krankenhäusern, Pflegeheimen und Bauämtern geführt. Das ist

der falsche Weg, meine Damen und Herren.

Ich habe, darauf ist ja schon angespielt worden, den Finanzminister in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 15. Mai gefragt, ob er eine Gesellschaft plane oder existierende staatliche Gesellschaften nutzen wolle, um die Schuldenbremse zu umgehen. Ich fand die Antwort, ehrlich gesagt, nicht eindeutig. Er verneinte wortreich, aber nicht besonders glaubhaft. Wir als Linke sagen: Man muss nicht drum herumreden. Es gibt nur eine vernünftige Lösung, nämlich die Schuldenbremse abzuschaffen, meine Damen und Herren.

Die Steuereinnahmen sprudeln nicht mehr so heftig. Die aktuelle Steuerschätzung fiel katastrophal aus. Der Finanzminister stellte fest, dass der Staat bis 2023 insgesamt 124 Milliarden Euro weniger

zur Verfügung haben wird, als noch im November geschätzt. Mit sinkendem Wirtschaftswachstum sinken auch die Steuereinnahmen; das ist ja irgendwie logisch.

Die Bundesregierung hat, das ist auch Ausdruck kurzfristiger Politik, die Wirkung der aufziehenden Handelskriege völlig unterschätzt. Den Exportweltmeister Deutschland treffen die Einschränkungen des Handels besonders hart. Aber die Bundesregierung hat nicht für eine ausgeglichene Handelsbilanz gesorgt, und das ist ein folgenreicher Fehler, meine Damen und Herren. Es ist höchste Zeit, die Binnennachfrage zu stärken und eben nicht nur auf das Pferd „Export“ zu setzen.

Und, meine Damen und Herren, Sie müssen bei der Energiewende endlich Tempo machen. Das fordern jeden Freitag zu Recht Tausende Schülerinnen und Schüler weltweit. Sie sollten sie unterstützen und nicht, wie immer, auf der Bremse stehen.

Auf die Bremse treten müssten

Sie bei der Miete. Doch da haben Sie kein Problem, wenn Heuschrecken wie Deutsche Wohnen bei Mieterhöhungen das Gaspedal durchtreten.

Die Schuldenbremse, meine Damen und Herren, ist eine Fehlkonstruktion. Das bestätigen inzwischen auch führende Ökonomen. Ich zitiere den wissenschaftlichen Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Sebastian Dullien. Er sagt: „Die Schuldenbremse ist ein gewaltiger Reifall.“

Recht hat der Mann. Stattdessen fordert er eine verlässliche Investitionsstrategie des Staates für die nächsten Jahrzehnte.

Der Vizepräsident des Leibniz-Institutes für Wirtschaftsforschung Halle, Oliver Holtemöller, hält die schwarze Null für kein ökonomisch sinnvolles Konzept. Ich zitiere:

Sie führt dazu, dass man ausge-

Fortsetzung auf nächster Seite

rechnet in einer Zeit, in der sich die Konjunktur abschwächt, die Steuern erhöhen oder die Ausgaben kürzen muss.

Sogar Michael Hüther, der Direktor des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft, das sage ich vor allen Dingen an die mehr rechte bzw. mittlere Seite des Hauses, je nachdem, wie Sie sich selber definieren mögen; da bin ich ja großzügig, bezeichnet die Schuldenbremse als – ich zitiere – „wachstumspoli-

tisch blind“, weil durch das Kreditverbot – ich zitiere weiter – „wichtige Zukunftsinvestitionen“ nicht getätigt werden könnten. Wenn das aus so vielen Richtungen kommt, dann müssten Sie doch mal anfangen, darüber nachzudenken, und dürften sich nicht fortwährend selber loben, meine Damen und Herren.

Was fordert Die Linke? Wir fordern ein Investitionsprogramm, das nicht nur das Wachstum stabi-

lisiert, sondern auch neue Arbeitsplätze in unserem Land schafft. Denken wir nur an die Tausenden Arbeitsplätze, die in der Automobilindustrie, in der Finanzindustrie und durch die Digitalisierung bedroht sind. Diese Bedrohungen lösen wir nicht mit einer schwarzen Null auf, sondern nur mit Investitionen in neue Technologien.

Doch Sie, meine Damen und Herren, wollen lieber wieder Milliarden in Todestechnologien wie die Entwicklung eines neuen Kampfflugzeugs stecken. Das wurde gestern Hals über Kopf im Haushaltsausschuss beschlossen. Eine schwerwiegende Fehlent-

scheidung, meine Damen und Herren!

Ich musste an 1987 zurückdenken. Da wurden die ersten Zahlen für das Konzept des Eurofighters genannt. Die Zahlen haben sich Jahr für Jahr vervielfacht, und Sie haben aus dem Eurofighter-Desaster nichts gelernt. Nun soll wieder ein neues Milliardenabenteuer begonnen werden. Da, meine Damen und Herren, müssten wir auf der Bremse stehen, und zwar alle gemeinsam.

Zur Finanzierung unserer Vorschläge müssen Schulden nicht erhöht werden, dafür reicht schon eine Steuerreform, die dafür sorgt,

dass Vermögen und Einkommen in unserem Land gerecht besteuert werden. Doch so eine Steuerreform verhindert die Große Koalition. Und deshalb brauchen wir eine neue, eine linke Mehrheit in diesem Land, meine Damen und Herren.

Wir fordern alle Fraktionen auf, die Schuldenbremse aus dem Grundgesetz zu streichen; sonst bremsen wir uns zu Tode, und das wäre verantwortungslos. Wir stehen für die Zukunft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Anja Hajduk, Bündnis 90/Die Grünen:

Investitionsförderung im Rahmen der Schuldenbremse



Anja Hajduk (*1963)
Landesliste Hamburg

Auch ich bin der FDP-Fraktion in der Tat dankbar, dass wir diesen Antrag heute diskutieren können; denn über die Schuldenbremse zu sprechen, zehn Jahre nachdem sie eingeführt wurde, ist sinnvoll. Es wird ja auch schon heftig darüber diskutiert, seien es Wissenschaftler, sei es in der Wirtschaft oder so, wie es Die Linke gerade vorgebracht hat. Da geht das Meinungsspektrum weit auseinander.

Herr Dürr, ich plädiere aber dafür: Lassen Sie uns wirklich sachlich darüber reden! Sie haben daraus eine sehr ideologische Debatte gemacht, so wie früher: Links und rechts, die einen sind für eine harte Schuldenbremse, und die anderen sind fürs Schuldenmachen.

Ich halte das nicht mehr für angemessen, gerade weil wir eine Schuldenbremse haben, und gerade auch aus der Perspektive einer Partei, die zur Schuldenbremse steht. Aber wenn wir Grüne zu dieser Sache stehen, gucken wir trotzdem auch darauf: Erreichen wir mit der Schuldenbremse eigentlich alle Ziele, die wir auch finanzpolitisch erreichen müssen?

Sind wir auf einem nachhaltigen Pfad, was die Haushaltssituation angeht? – Da ist ein bisschen mehr Sachlichkeit bei der Schuldenbremse mehr als notwendig und Schwarz-Weiß-Denken nicht angemessen.

Ich will das begründen: Die Schuldenbremse hat Vertrauen geschaffen. Wir haben die Schulden von 80 Prozent des BIP zu Zeiten der Finanzkrise enorm zurückgeführt auf jetzt schon unter 60 Prozent. Wir kommen vielleicht auf 50 Prozent gesamtstaatliche Verschuldung in den nächsten Jahren. Insofern haben die ausgeglichenen Haushalte finanzpolitisch und wahrscheinlich auch mit Blick auf das Vertrauen der Gesellschaft gut gewirkt.

Die Schuldenbremse war auch eine Bremse für überbordende Steuersenkungsfantasien. Darunter hat die FDP, glaube ich, vor ein paar Jahren manchmal ganz schön gelitten. Ich sage das, um zu betonen: Es gibt einen positiven Effekt bei der Schuldenbremse.

Aber eine Sache treibt mich schon sehr um. Die Regierung hat sich so stark auf ausgeglichene Haushalte fokussiert, dass ihr die Investitionen und das öffentliche Vermögen offenkundig ein bisschen aus dem Blick geraten sind.

Die schwarze Null ist zu einem Symbol aufgeladen worden, und dabei ist die Bedeutung von Investitionen und öffentlichem Vermögen zu gering gewichtet worden. Das will ich begründen; denn mein werter Kollege Eckhardt Rehberg hat dazu einiges gesagt. Ich glaube, es geht nicht nur darum, ob wir ein bisschen mehr Entflechtungsmittel jetzt noch als Investitionen rechnen.

Ich rede jetzt mal von der Volkswirtschaft Deutschland, und ich rede von der Herausforderung, vor der wir stehen. Deutschland hat im OECD-Vergleich, und das ist überhaupt nicht zum Lachen, beim digitalen Netz und beim mobilen Internet eher Entwicklungslandcharakter. Das ist für ein Land mit so einem industriellen Sektor, mit so einer Wirtschaftskraft nicht nur ein Warnsignal, sondern auch ein unverantwortliches Risiko.

Es hat auch mit der Unfähigkeit der Politik zu tun, wenn wir bei den notwendigen Investitionen deutlich zurückbleiben, weil die öffentlichen Investitionen auch private Investitionen nach sich ziehen können. Wir reden von einer ganz anderen Herausforderung: Die USA und China liegen in diesen Sektoren weit vor uns. Die Menschen in diesem Land spüren das und haben Angst, zurückzufallen. Da können Sie nicht sagen: Wir haben gerade Rekordniveau bei den Investitionen. Das nehmen Ihnen die Leute zu Recht nicht ab. Das ist lächerlich.

Wenn Sie diesen Blickwinkel mal zulassen, dann drängt sich die Frage auf: Wie schaffen wir es, Investitionen wirklich zu stärken? Wir Grünen kommen überhaupt nicht zu dem Schluss, die Schuldenbremse abzuschaffen. Ich glaube, Die Linke sollte mal darüber nachdenken, ob das so sinnvoll ist; es sei denn, Sie sagen: Wir finden, dass Schulden per se kein Problem sind. Wir wollen die Schuldenbremse ergänzen, und zwar um eine Investitionsregel, die mehr Investitionen ermöglicht. Es ist richtig, Herr Dürr: Man kann auch im Rahmen der Schuldenbremse Investitionen

prioritär setzen. Das fordern wir auch; das verlangen wir auch. Aber die Schuldenbremse schützt eben nicht vor falschen Prioritäten, wenn sie zum Beispiel in Richtung mehr Konsum und Transfer gehen.

Vor dem Hintergrund der Herausforderung, die ich gerade beschrieben habe, nämlich der Transformation unserer Gesellschaft für eine erfolgreiche Bekämpfung der Klimakrise, brauchen wir, glaube ich, ganz andere, auch institutionelle Rahmenfaktoren, um zum Beispiel Investitionen in Energienetze und gleichzeitig auch in die digitale Infrastruktur öffentlich zu ermöglichen.

Insofern wollen wir Grünen, wir sind noch nicht am Schluss der Debatte, wirklich ernsthaft über Lösungsideen reden, zum Beispiel darüber, ob man es im Rahmen der Schuldenbremse schaffen kann, öffentliche Investitionen besser zu ermöglichen. Ich finde, es lohnt sich, darüber nachzudenken, ob privatrechtliche öffentliche Gesellschaften in viel größerem Ausmaß diese Zukunftsinvestitionen tätigen sollen.

Ich finde es falsch, wenn eine solche Diskussion im BMF abgebrochen wird. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Wenn Sie als FDP sagen: „Wir machen die Schuldenbremse härter, indem wir sogar privatrechtlichen öffentlichen Institutionen Kredite versagen“, dann ist das ökonomischer Unsinn. Das können Sie nicht wollen. Ich meine, wo wollen Sie denn landen in Ihrem Kompetenzfeld Wirtschaft als FDP? Die Wirtschaftswissenschaft versteht Sie gar nicht mehr. Wenn die Ihren Antrag lesen, dann sind die ratlos.

Deswegen sage ich Ihnen: Reden Sie ideologiefreier über Investitionsförderung im Rahmen der Schuldenbremse! Das gibt Zukunftstrauen. Das ist das, was die Gesellschaft angesichts dieser Herausforderung von uns erwartet. In diesem Sinne werden wir Grünen weiterarbeiten. Ich bin gewiss: Wir werden viele Unterstützer finden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Schuldenbremse war auch eine Bremse für überbordende Steuersenkungsfantasien.



Die Grünen debattieren darüber, ob öffentliche Investitionen im Rahmen der Schuldenbremse besser ermöglicht werden können. © picture alliance / imageBROKER

Alois Rainer, CDU/CSU:

Die EU-Kommission blockiert uns mit bürokratischen Auflagen



Alois Rainer (*1965)
Wahlkreis Straubing

Es ist schön, heute die verschiedensten Aussagen zur Schuldenbremse zu hören. Ich war damals noch nicht im Deutschen Bundestag, möchte aber denjenigen einen großen Dank aussprechen, die sich im Jahr 2009 für die Schuldenbremse, die jetzt noch immer wirkt, ausgesprochen haben. Es war, ich komme gleich noch zu Ihnen, der richtige Fingerzeig in der richtigen Zeit.

Noch kurz zur Historie: Wir hatten schon ein Jahr vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, nämlich 2008, einen gesamtstaatlichen Schuldenstand von 65,9 Prozent des BIP. Mit der Wirtschaftskrise 2009 stieg diese Schuldenstandsquote auf über 81 Prozent an. Damit eine langfristig tragfähige Entwicklung der öffentlichen Finanzen gesichert werden konnte, musste die Kreditaufnahme auf ein Maß begrenzt werden, das eine kontinuierliche und dauerhafte Rückführung der Schuldenstandsquote gewährleistet. Daher war es damals auch nur folgerichtig, dass Regelungen getroffen wurden, um dem Ganzen Einhalt zu gebieten.

Mit der gesetzgeberischen Umsetzung der Föderalismusreform II wurde eine Verschuldungsregel gesetzlich verankert, die vorschreibt, dass die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen sind.

Die nun dauerhafte Einhaltung der durch die Schuldenbremse vorgegebenen Neuverschuldungsgrenzen durch Bund und Länder trägt zu einer deutlichen und nachhaltigen Rückführung der staatlichen Schuldenstandsquote bei. Für die kommenden Jahre wird von einer weiter sinkenden Schuldenstandsquote ausgegangen. Die Verschuldung von Bund und Ländern liegt Gott sei Dank jetzt unter 2 Billionen Euro und

sinkt weiter. Natürlich – so ehrlich muss man sein – spielt dabei auch die günstige Zinsentwicklung eine große Rolle, und Gott sei Dank machen wir seit fünf Jahren im Bundeshaushalt keine neuen Schulden mehr. Gleichzeitig geht die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote weiter zurück. Im laufenden Jahr 2019 werden wir erstmals seit 17 Jahren die EU-Vorgaben bei der Verschuldung einhalten und auf eine Schuldenstandsquote von unter 60 Prozent kommen. Meine Damen und Herren, dies ist maßgeblich auf die solide Finanz- und Haushaltspolitik der unionsgeführten Regierung zurückzuführen.

Aber gleichzeitig investieren wir auch in Rekordhöhe. Wir investieren so viel wie noch nie zuvor. Keine andere Bundesregierung hat jemals so viel investiert. Da heute schon viel über Investitionen in den verschiedensten Bereichen gesprochen worden ist, auch China als Vorbild genannt wurde, möchte ich sagen: Meine sehr verehrten Damen und Herren, China bei Investitionen als Vorbild zu nennen, ist schon recht. Aber wer sich mal

anschaut, wie in China investiert wird, stellt fest: Da wird der Mensch nicht gefragt. Da wird kein Bürger gefragt, wenn eine neue Straße, eine neue Trasse für eine Eisenbahn oder sonst was gebaut wird. Der Mensch wird einfach umgesiedelt. Das ist kein Vorbild für Deutschland. So wollen wir und so werden wir das auch in Zukunft nicht machen.

Das Gleiche gilt auch bei der Digitalisierung. Ja, natürlich wollen wir alle mehr Investitionen zur Digitalisierung; keine Frage. Wir wollen auch eine bessere Abdeckung beim Mobilfunk. Aber hatten Sie schon mal in Ihrer Gemeinde die Diskussion, wenn ein neuer Mobilfunkmast aufgestellt werden soll? Ich

habe die Diskussion gehabt. Es hat später auch Krankheitsfälle gegeben. Mir wurde das nicht zum Verhängnis, ich war danach noch einige Jahre Bürgermeister, aber mir wurde das vorgeworfen. Ste-

hen Sie diese Diskussion um neue Mobilfunkmasten vor Ort erst einmal durch! Wenn wir ein 5G-Netz wollen, dann brauchen wir ein Vielfaches an Masten. Auch hieran, denke ich, müssen wir arbeiten.

Aber warum fließen bei uns die Investitionsmittel nicht ab? Ich höre es gern, wenn aus Richtung der Kommission gesagt wird: Deutschland muss mehr investieren. Ich sage aber in Richtung der Kommission: Liebe Freunde aus Brüssel und Straßburg, überhäuft uns nicht ständig mit neuen bürokratischen Auflagen. Die blockieren uns. Die blockieren die Nationalstaaten.

Ich freue mich, wenn es so weit ist, dass Manfred Weber Kommissionspräsident ist. Dann werden wir das entflechten.

Meine Damen und Herren, wenn Sie heute aus für Sie nachvollziehbaren Gründen, die ich nicht verstehen muss, die Schuldenbremse kritisieren, dann reden wir auch über Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit, das ist ein breiter Bogen: Nachhaltigkeit in der Umweltpolitik, Nachhaltigkeit beim Naturschutz, Nachhaltigkeit in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Aber lassen Sie uns über Nachhaltigkeit in der Wirtschafts-, in der

Finanz- und Haushaltspolitik reden! Ich will den zukünftigen Generationen Chancen übergeben, in unserem Land weiterhin investieren zu können.

Das geht nicht mit überbordenden Krediten, die man diesen jungen Menschen auf die Schultern legt, sodass sie am Ende des Tages nicht mehr vernünftig investieren können. Das ist nicht unser Ansatz. Den wollen wir so auch nicht weiter verfolgen.

Gerne, liebe Kollegin Hajduk, diskutieren wir gesamtheitlich miteinander über mehr Investitionen. Da müssen wir mehr Themen ansprechen, vielleicht auch für Sie unangenehme Themen, und auch darüber reden, wie man das eine oder andere bei der Verkehrsinfrastruktur freigeben kann bzw. ob die Haselmaus ein so schützenswertes Tier ist, dass dadurch gerechtfertigt werden kann, dass Projekte wie zum Beispiel Ortsumgehungen, bei denen es um ein wesentlich besseres Lebensgefühl für die Menschen geht, um Jahre verzögert werden. Lassen Sie uns auch das gesamtheitlich diskutieren. Ich bin bereit dazu und freue mich auf die Diskussionen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Albrecht Glaser, AfD:

Es ist eine nachhaltige Finanzpolitik notwendig



Albrecht Glaser (*1942)
Landesliste Hessen

Über die Schuldenbremse im Grundgesetz zu reden, ist immer verdienstvoll. Die Notwendigkeit zu nachhaltiger Politik gibt es eben nicht nur für Umweltschutz, Bildung, Verteidigung und öffentliche Infrastruktur, der Kollege Bürgermeister hat das gerade wunderbar gesagt, sondern in besonderem Maße für die gesamte Staatsfinanzierung.

Die in 2009 im Grundgesetz eingeführte Schuldenbremse war eine der besten Verfassungsänderungen, die es je gab. Dem Schuldenpopulismus früherer Zeiten wurde der Zahn gezogen.

Die Forderungen, welche der FDP-Antrag enthält, um die Schuldenbremse zu verbessern, gehen allesamt in die richtige Richtung. Ein entscheidender Punkt, vielleicht der wichtigste, fehlt jedoch: Der Bund braucht, wie mehrfach bei Ländern und Kommunen bereits geschehen, einen kaufmännischen Haushalt, meine Damen und Herren. Eine Schuldenbremse ohne Darstellung des jährlichen Werteverzehrs des gesamten Bundesvermögens vom Bundesstraßennetz bis zum Kampfflugzeug löst ein altes Problem und schafft ein neues.

Die Reduktion des Haushaltsgeschehens auf Geldflüsse verleitet zur Illusion von ausgeglichenen Haushalten, sofern die Einnah-

men und die Ausgaben ohne Kreditaufnahme ausgeglichen sind. Das Märchen von der schwarzen Null ist eine solche Illusion. Einmal abgesehen davon, dass eine Null mit gleichem Recht schwarz wie rot genannt werden könnte oder vielleicht korrekterweise schwarz-rot, haben wir seit 2014 positive Finanzierungssalden, also optische Haushaltsüberschüsse. Was sagt uns das?

Den gleichzeitig jährlichen Wertverlust aller Wirtschaftsgüter des Bundes, von Computern bis zu Straßenbrücken, sehen wir nicht. Wenn er kraft kaufmännischer Anlagenbuchhaltung gezeigt würde, hätten wir auch seit 2014 keine ausgeglichenen Haushalte. Wir haben also in den letzten Jahren nicht etwa eine schwarze Null,

meine sehr verehrten Damen und Herren, sondern ein schwarzes Loch.

Das neue Problem der geschilderten unvollständigen Schuldenbremse besteht also darin, dass sie geradezu dazu animiert, den optischen Effekt eines ausgeglichenen Haushaltes vorzuspiegeln, indem man die Zerrüttung der Infrastruktur als Spielmasse verwendet, um diesen Effekt zu erzielen. Eher schwarze Magie als schwarze Null.

In unserem Fall, meine sehr verehrten Damen und Herren, kommt ein externer Effekt hinzu, der mit nachhaltiger Haushaltspolitik ebenfalls nichts zu tun hat. Also das Selbstlob für die gute Haushaltspolitik ist völlig deplatziert. In den letzten zehn Jahren, also 2009 bis 2018, sind

zwar die Bundesschulden nahezu gleich hoch geblieben, gut 1,2 Billionen Euro, jedoch die Zinsen hierfür sind von 38 Milliarden auf 16 Milliarden Euro pro Jahr, also um 22 Milliarden Euro, gefal-

Fortsetzung auf nächster Seite

Wir haben in den letzten Jahren nicht etwa eine Schwarze Null, sondern ein schwarzes Loch.

len. Dies beruht alleine auf der absurden Nullzinspolitik der EZB. Das wird aber und muss nicht so bleiben. Und dann müssen Sie alles neu rechnen.

Wenn dann noch der Finanzminister in der jüngsten Steuerschätzung von 2018 bis 2023 seine Ab-

sicht erkennbar macht, die Abführungen an die EU von 28 auf 46 Milliarden Euro pro Jahr, also um 61 Prozent, in diesem kurzen Zeitraum zu erhöhen, während die verbleibenden Steuereinnahmen nur um 12 Prozent wachsen, dann paart sich Illusion mit Verantwortungslosigkeit, meine Damen und Herren.

Dieses Wachstum von 12 Prozent in fünf Jahren auf die Inflation projiziert bedeutet: null Zuwachs an Spielraum im Bundeshaushalt für fünf Jahre – null! Stillstand, totaler Stillstand. Statt

schwarzer Null also, meine Damen und Herren, eine finstere Zukunft.

Nachhaltige Finanzpolitik sieht anders aus. Wie der Finanzminister in diesem Szenario seine Vorstellungen von Rente, Digitalpakt, erhöhter Grundsicherung usw. un-

terbringen will, bleibt sein Geheimnis. Wir werden das miterleben. Sie werden die Schuldenbremse knacken wollen, Sie werden sie knacken müssen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Sonja Amalie Steffen, SPD:

Die Schuldenbremse wird in Bund und Ländern eingehalten



© Deutscher Bundestag/Thomas Koehler

Sonja Amalie Steffen (*1963)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Schon der Titel des Antrages, meine Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ist verwirrend. Ich zitiere ihn einmal: „Schuldenbremse stärken und keine Lobby-Politik zulasten kommender Generationen“. Da fragt man sich: Seit wann hat ausgerechnet die FDP etwas gegen Lobbypolitik? Richtig schlau wird man aus Ihrem Antrag aber auch nicht, wenn man weiterliest. Dabei fangen Sie ganz gut an.

Die Schuldenbremse hat nicht nur den öffentlichen Haushalten, sondern auch der politischen Kultur unseres Landes gutgetan.

Da hat die FDP richtig dazuge-

lernt; denn, Sie haben es schon gehört, damals, im Mai 2009, als die Schuldenbremse hier im Parlament beschlossen wurde mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit, weil wir dazu das Grundgesetz ändern mussten, hat sich die FDP kraftvoll enthalten. Heute sagen Sie, Herr Dürr: weil Sie es noch härter haben wollten. Was für ein Quatsch! Sie haben sich damals schlicht vom Acker gemacht.

Zutreffend in Ihrem Antrag ist auch die Schlussfolgerung: „Die Schuldenuhr des Bundes läuft inzwischen rückwärts“. Und nicht nur die des Bundes, sondern auch die vieler Länder und vieler Kommunen. Das ist sehr erfreulich.

Nach Ihren klugen Einsichten am Anfang des Antrags wird es allerdings zunehmend nebulöser. Sie reden davon, ich zitiere jetzt noch einmal, „dass sich ... eine parteiübergreifende politische Bewegung für eine Einschränkung oder Abschaffung der Schuldenbremse zu bilden scheint.“ Ab jetzt befinden wir uns tatsächlich mitten im Land der Verschwörungstheorien. Da ist von Gerüchten aus dem BMF die Rede, von unbemerkten Versuchen, die Schuldenbremse aufzuweichen, von dubio-

sen Runden und Vereinbarungen von Landesfinanzministern mit unserem Bundesfinanzminister Olaf Scholz. Nein, meine Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Ihr Antrag ist weiß Gott kein Highlight Ihrer bisherigen Fraktionsarbeit.

Und was bitte schön meinen Sie mit „Wohlfühl-Programmen“ der Bundesregierung? Etwa das Gute-KiTa-Gesetz, mit dem wir 5,5 Milliarden Euro in den Ausbau von Kitas und in die Beitragsfreiheit investieren? Oder die Wiederherstellung der Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung? Oder die Erhöhung des Kindergeldzuschlages? Mit diesen Maßnahmen entlasten wir Beschäftigte und Familien erheblich. Mit diesen Gesetzen wird das Leben der Menschen besser. Übrigens tragen diese Gesetze, ich darf es an dieser Stelle einmal sagen, eindeutig die Handschrift der SPD.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, wir von der SPD wollen auch die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung. Dafür werden wir kämpfen. Ich sage Ihnen auch gerne, warum. Es ist einfach ungerecht, wenn eine Friseurin 35 Jahre hart arbeitet und mit 500

Euro Rente nach Hause geht. Da ist es uns völlig egal, ob sie mit einem Chefarzt verheiratet ist oder nicht.

Aber zurück zu Ihren Forderungen. Ihre erste Forderung lautet, die Schuldenbremse auf alle privatrechtlichen Beteiligungsgesellschaften der öffentlichen Hand auszudehnen. Ja, die Kollegin Hajduk hat es schon gesagt, da wundert man sich doch sehr, dass das ausgerechnet von der FDP kommt. Ich weise Sie aber auch gerne darauf hin, mein Kollege Schwarz hat es schon getan; ich fand es übrigens ziemlich eindeutig, aber ich möchte es noch einmal betonen: Unser Finanzminister hat die Gründung einer privaten Gesellschaft zur Finanzierung öffentlicher Investitionen längst öffentlich ausgeschlossen.

Sie fordern als Zweites, und jetzt wird es richtig spannend, einheitliche und öffentlich kontrollierbare Maßstäbe und Berechnungsmethoden für den Bund und alle Länder. Jetzt folgt ein kurzer Grundkurs im Staatsrecht; ich hoffe, es wird nicht zu langweilig: Für den Bund gibt es diese Regelung bereits, nachzulesen, übrigens sehr ausführlich formuliert, in Artikel 115 des Grundgesetzes. Für die Länder kann der Bund selbstverständlich diese einheitlichen Maßstäbe nicht festlegen. Deshalb

gibt es in Artikel 109 Absatz 3 nur die Festlegung, dass die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich „ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen“ sind.

Übrigens haben fünf Bundesländer bislang noch keine Schuldenbremse in das Verfassungsrecht aufgenommen. Aber ob uns das an der ein oder anderen Stelle passt oder nicht: Der Föderalismus verbietet es uns schlicht, verbindliche Maßstäbe der Schuldenbremse für die Länder festzulegen.

Der Föderalismus verbietet es uns, verbindliche Maßstäbe für die Länder festzulegen.

Meine Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ich weiß ja, dass Sie viele Juristinnen und Juristen in Ihrer Fraktion haben. Und dabei ist wirklich auch der ein oder andere richtig gute Jurist dabei. Es hätte Ihnen doch auffallen müssen, dass Sie an diesem Punkt staatsrechtlich wirklich völlig neben der Spur liegen. Wie Sie dann die weitere Forderung in Ihrem Antrag umsetzen wollen, nämlich Verstöße gegen die Schuldenbremse automatisch, so heißt es wirklich im Antrag: „automatisch“, zu sanktionieren, verraten Sie uns erst gar nicht. Herr Dürr, ich dachte, Sie machen das vielleicht in Ihrer Rede; aber das ist dann leider auch nicht passiert.

Fazit: Der Antrag ist überflüssig. Die Schuldenbremse wird im Bund und in den Ländern eingehalten, und zwar so gut, dass sie in den letzten Jahren so gewirkt hat, dass der Bund und die meisten Bundesländer Schulden abbauen konnten. Einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Schuldenbremse braucht es nicht, und zwar deshalb nicht, weil sie funktioniert. Und noch etwas: Die Koalition unter einem sozialdemokratischen Finanzminister Olaf Scholz geht verantwortungsvoll mit dem Geld unserer Bürger um, und zwar zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger, und das immer mit Blick auf künftige Generationen. Dazu braucht es Ihren Antrag nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)



Mehr als 100 Initiativen und Organisationen demonstrierten Anfang Mai in Hamburg für mehr Wohnraum und bezahlbare Mieten.

© picture-alliance/dpa/Markus Scholz

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Otto Fricke (FDP) und Rüdiger Kruse (CDU/CSU).

leicht
erklärt!

Nach der EU-Wahl

Ergebnisse und was jetzt passiert



Wahl in der Europäischen Union



Vor 2 Wochen war Wahl in der Europäischen Union.

Genauer: Die Wahl zum Europäischen Parlament.

Im folgenden Text steht mehr dazu.

Dabei geht es vor allem um folgende Fragen:

- Was ist das Europäische Parlament?
- Welche Ergebnisse gab es bei der Wahl?
- Wie geht es jetzt weiter?

Mehr in einer früheren Ausgabe



Mehr zu diesem Thema finden Sie in einer früheren Ausgabe von „Leicht erklärt“.

Und zwar in der Ausgabe Nummer 118 mit dem Titel: Wahl in Europa – Die Bürger wählen ein neues Parlament.

Sie wurde im April 2019 veröffentlicht.

Und zwar in:
Das Parlament 18-19/2019.

Was ist die Europäische Union?



Die Europäische Union ist eine Gruppe aus mehreren Ländern.

Genauer:

Aus 28 europäischen Ländern.

Auch Deutschland ist Mitglied.

Die Länder arbeiten zusammen.

Denn sie wollen in Europa eine bessere Politik machen.

Sie wollen Entscheidungen treffen; die nicht nur gut für einzelne Länder in Europa sind.

Sie sollen gut für alle Länder sein.

Die Abkürzung

für Europäische Union ist: EU.

Was ist das Europäische Parlament?



Es gibt verschiedene politische Gruppen, die die EU leiten.

Eine dieser Gruppen ist das Europäische Parlament.



Zum Europäischen Parlament gehören mehr als 700 Politiker.

Sie kommen aus allen Ländern der EU. Jedes EU-Land schickt eine bestimmte Anzahl an Politikern ins Parlament.

Die Politiker werden von den Bürgern im jeweiligen EU-Land gewählt.

Was macht das Europäische Parlament?



Das Europäische Parlament vertritt die Bürger der EU.

Es macht zum Beispiel Gesetze.

Es bestimmt mit, wofür Geld in der EU ausgegeben wird.

Es überwacht, dass andere Gruppen in der EU ihre Arbeit richtig machen.

Die Ergebnisse in Deutschland

Die Wahl zum Europäischen Parlament fand Ende Mai statt.

Die Menschen durften in allen EU-Ländern wählen.



Im nächsten Teil von diesem Text steht, wie die Menschen in Deutschland gewählt haben.

Hohe Wahl-Beteiligung

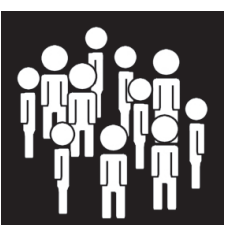
Bei dieser Wahl haben in Deutschland mehr Menschen mitgemacht als bei der letzten Wahl im Jahr 2014.

Daals haben etwas weniger als die Hälfte aller Wähler ihre Stimme abgegeben.

Bei der Wahl in diesem Jahr waren es deutlich mehr als die Hälfte

Genauer: Es waren 61,4 Prozent.

Das zeigt: Mehr Menschen als beim letzten Mal fanden die Wahl wichtig.



Als Verlierer der Wahl gelten vor allem 3 Parteien.

Und zwar zum einen die Union aus CDU und CSU.

Zum anderen die Partei SPD.

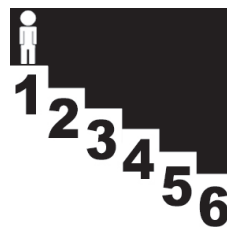
Das sind auch die 3 Parteien, die im Moment Deutschland regieren.

Die CDU und die SPD sind die größten Parteien in Deutschland.

In den letzten Jahren verlieren sie bei Wahlen aber immer wieder Stimmen.

Die CDU/CSU hat ungefähr 29 Prozent aller Stimmen bekommen.

Bei der letzten EU-Wahl waren es noch etwas mehr als 35 Prozent.

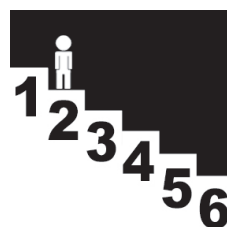


Es haben also weniger Menschen als vor 5 Jahren die Union gewählt. Aber: Die Union hat von allen Parteien die meisten Stimmen bekommen.

Besonders erfolgreich war in diesem Jahr die Partei die Grünen.

Sie hat mehr als 20 Prozent der Stimmen bekommen.

Bei der letzten Wahl waren es etwa 11 Prozent.



Die Grünen haben also viel mehr Stimmen bekommen.

Sie sind auf Platz 2 gelandet.

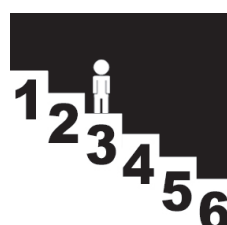
Die SPD hat ungefähr 16 Prozent aller Stimmen bekommen.

Bei der letzten EU-Wahl waren es noch etwas mehr als 27 Prozent.

Viel weniger Menschen haben also die SPD gewählt.

Damit ist sie nicht mehr auf Platz 2 der meistgewählten Parteien.

Sie ist auf Platz 3 gerutscht.



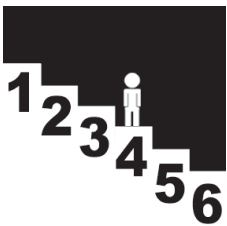


Viele Menschen vermuten:
Das liegt daran, dass der Natur-Schutz
im Moment ein wichtiges Thema ist.

Und das ist ein Thema,
mit dem sich die Grünen
besonders stark beschäftigen.

Auf Platz 4 ist die Partei AfD.

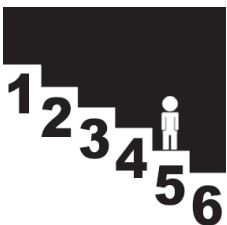
Sie hat 11 Prozent der Stimmen
bekommen.
Bei der letzten Wahl waren es noch
etwa 7 Prozent.



Die AfD hat also viel mehr Stimmen
bekommen.

Auf Platz 5 ist die Partei die Linke.

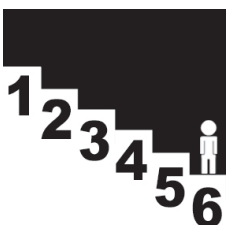
Sie hat 5,5 Prozent der Stimmen
bekommen.
Bei der letzten Wahl waren es 7,4
Prozent.



Die Linke hat also weniger Stimmen
bekommen.

Auf Platz 6 ist die Partei FDP.

Sie hat 5,4 Prozent der Stimmen
bekommen.
Bei der letzten Wahl waren es 3,4
Prozent.



Die FDP hat viel mehr Stimmen
bekommen.

Die Ergebnisse in der EU

Die meisten Parteien aus den
einzelnen Ländern schließen sich im
EU-Parlament zu größeren Gruppen
zusammen.



Diese Gruppen nennt man Fraktionen.

In einer Fraktion sind Parteien, die
eine ähnliche Politik machen wollen.

Die CDU/CSU gehört zum Beispiel zur
Fraktion EVP.

Die SPD gehört zur Fraktion S&D.



Beide Fraktionen haben
im Vergleich zur letzten Wahl viele
Stimmen verloren.

Das bedeutet: Von ihnen
gehören jetzt weniger Politiker zum
EU-Parlament.

Die EVP hatte bisher 216 Politiker
im Parlament.
Jetzt sind es noch 179.

Die S&D hatte bisher 184 Politiker.
Jetzt sind es noch 153.

Die EVP und die S&D sind die beiden
größten Fraktionen im EU-Parlament.
Sie haben am meisten Stimmen
verloren.

Ganz ähnlich wie in Deutschland.



Gewonnen haben kleinere Fraktionen.

Die Fraktion ALDE&R
hatte bisher 69 Politiker.
Jetzt sind es 105.

Das ist die Fraktion, zu der die
deutsche Partei FDP gehört.

Die Fraktion Grüne/EFA
hatte bisher 52 Politiker.

Jetzt sind es 74.

Das ist die Fraktion, zu der die Partei
die Grünen gehört.

Außerdem hat die Fraktion ENF stark
gewonnen.

Bisher hatte sie 36 Politiker.

Jetzt sind es 58.

Zu dieser Fraktion gehört nur ein
deutscher Politiker.

Er ist von der Partei Die blaue Partei.
In der ENF sind vor allem Politiker aus
Frankreich.

Was passiert jetzt?



Nach der EU-Wahl müssen nun
verschiedene Dinge neu geregelt
werden.

Zum einen muss das neue Parlament
zusammenkommen.

Das erste Treffen soll
vom 2. bis zum 4. Juli stattfinden.

Außerdem müssen mehrere wichtige
EU-Posten neu vergeben werden.

Besonders wichtig ist dabei der Posten
des Präsidenten der Europäischen
Kommission.

Was ist die Europäische Kommission?

Die Europäische Kommission ist eine politische Gruppe der EU.

Sie ist so etwas wie die Regierung der EU.

Die Kommission macht zum Beispiel Folgendes:

- Sie schlägt neue Gesetze vor.
- Sie kümmert sich darum, dass Gesetze ausgeführt werden.
- Sie macht Vorschläge, wofür Geld ausgegeben werden soll.
- Sie passt auf, dass die EU-Länder Abmachungen einhalten.

Jedes EU-Land schickt eine Person in die EU-Kommission.

Diese Person nennt man Kommissar.



Der Präsident ist der Chef der Kommission.

Kein Politiker kann in der EU so viel bestimmen wie er.

Er ist so etwas wie die Bundes-Kanzlerin in Deutschland.

Deshalb ist besonders interessant, wer den Posten bekommt.

Wie wird der Präsident gewählt?

Die Länder der EU schlagen einen Kandidaten vor.

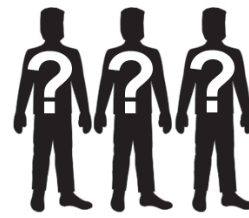
Dafür sprechen sich die Chefs der Länder ab.

Dann bestimmen sie einen Kandidaten.

Dieser Kandidat muss dann vom Europäischen Parlament gewählt werden.

Er muss mehr als die Hälfte aller Stimmen vom Parlament bekommen.

Wenn das nicht klappt, müssen die EU-Länder einen neuen Kandidaten vorschlagen.



Im Moment sprechen die Länder darüber, wen sie dem Parlament vorschlagen wollen.

Dabei gibt es 3 wichtige Bewerber.

Die Bewerber sind:

- 1) Manfred Weber
Er kommt aus Deutschland.
Hier gehört er zur Partei CSU.
- 2) Frans Timmermanns
Er kommt aus den Niederlanden.
Er ist im Moment der Stellvertreter vom Präsidenten der EU-Kommission.
- 3) Margarethe Vestager
Sie kommt aus Dänemark.
Im Moment ist sie EU-Kommissarin.

Die EU-Länder und das EU-Parlament sprechen nun darüber, wer Präsident werden soll.

Im Moment hat kein Bewerber genug Stimmen im EU-Parlament.

Die besten Chancen hat Manfred Weber.

Denn: Seine Fraktion hat die meisten Stimmen im Parlament.

Der neue Präsident soll im November mit seiner Arbeit anfangen.

Vorher sollte es also eine Entscheidung geben.



Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichtenwerk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance/dpa, Fotograf: Patrick Pleul. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 24-26/2019
Die nächste Ausgabe erscheint am 1. Juli 2019.